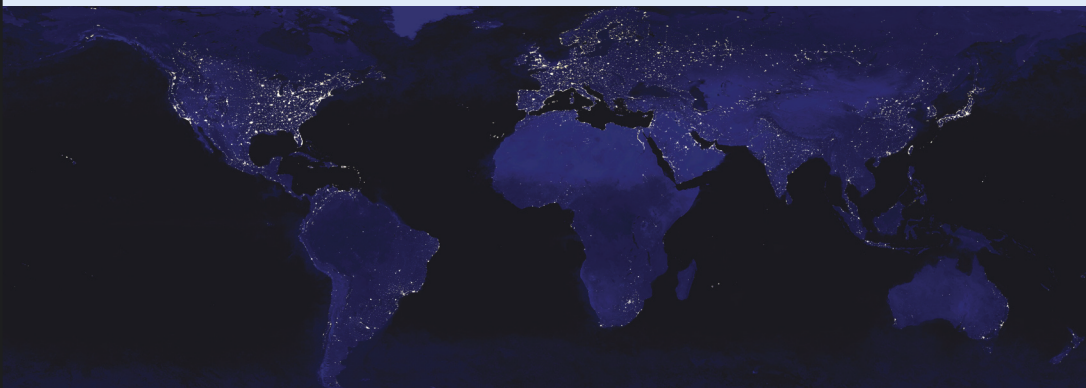


2 Studentische Schriften zu den Sozialwissenschaften

Alexander Brand, Annika Schubert,
Daniel Schubert, Jakob Wiesinger (Hg.)

Nationalismus und Globalisierung

Spannungsfelder der Gegenwart



University
of Bamberg
Press

2 Studentische Schriften zu den Sozialwissenschaften

Studentische Schriften zu den Sozialwissenschaften

Herausgegeben vom Studiendekanat, von der Fachschaft und
vom AK Soziologie e.V. der Fakultät Sozial- und Wirtschafts-
wissenschaft der Otto-Friedrich-Universität Bamberg

Band 2

Nationalismus und Globalisierung

Spannungsfelder der Gegenwart

Herausgegeben von Alexander Brand, Annika Schubert,
Daniel Schubert, Jakob Wiesinger



Bibliographische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Informationen sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de/> abrufbar.



Mit Unterstützung des Absolventenvereins der Bamberger Soziologie (ABS):



Dieses Werk ist als freie Onlineversion über das Forschungsinformationssystem (FIS; fis.uni-bamberg.de) der Universität Bamberg erreichbar. Das Werk – ausgenommen Cover, Zitate und Abbildungen – steht unter der CC-Lizenz CC-BY.



Lizenzvertrag: Creative Commons Namensnennung 4.0
<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Herstellung und Druck: docupoint Magdeburg
Umschlaggestaltung: University of Bamberg Press
Umschlagbild: earth-74015_960_720, Pixabay License

© University of Bamberg Press Bamberg, 2020
<http://www.uni-bamberg.de/ubp/>

ISSN: 2365-2284
ISBN: 978-3-86309-733-2 (Druckausgabe)
eISBN: 978-3-86309-734-9 (Online-Ausgabe)
URN: urn:nbn:de:bvb:473-irb-472974
DOI: <http://dx.doi.org/10.20378/irb-47297>

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	i
1 Das Ende des nationalen Wohlfahrtsstaats? Technische und kapitalistische Determinanten	1
JAKOB WIESINGER	
2 Wie kann bildungstheoretische Didaktik eine stärkere Inhaltsorientierung für die Erwachsenenbildung bieten? Didaktische Analyse am Beispiel von Bildung für nachhaltige Entwicklung	33
KATHRINA SCHAFHAUSER	
3 Eine neue Form des Imperialismus – Wie die westliche Ideologie die Welt durchdringt	47
DOMINIK HUF	
4 Rooted in Belief? An Empirical Analysis of the Influence of Religion on Climate Change Concerns in Europe	69
ANNIKA SCHUBERT	
5 Führt soziale, ökonomische und politische Unsicherheit zu einer Überbewertung der eigenen Nation? Eine Analyse anhand der demokratischen Staaten in Europa	123
THOMAS BOLLWEIN	
6 Who Wants Which Europe? The Role of Different Effects on Support for Aspects of European Integration	145
SABINE HOFMANN	
Autorinnen und Autoren	181
Studentische Schriften zu den Sozialwissenschaften	183

Vorwort

Als gegen Ende des Jahres 2016 die Entscheidung für das Thema dieses Sammelbandes fiel, war Donald Trump gerade zum Präsidenten der USA gewählt worden, die Debatte über den Umgang mit Geflüchteten in der Europäischen Union in vollem Gange und die globale Klimakrise begann im Zentrum der öffentlichen Debatte immer präsenter zu werden. Das Spannungsfeld zwischen nationalen Handlungskompetenzen und globalen Problemstellungen schien sich deshalb für die absehbare Zukunft als eines der entscheidenden Felder menschlichen Zusammenlebens zu verfestigen. So war es naheliegend, dem wissenschaftlichen Nachwuchs einen Platz für die Auseinandersetzung mit dieser Thematik zu bieten. Dieser Sammelband beinhaltet deshalb ausgewählte Beiträge von Studierenden der Otto-Friedrich-Universität Bamberg zum Thema *Nationalismus und Globalisierung*.

Heute, zum Zeitpunkt des Erscheinens, wird bei der Münchner Sicherheitskonferenz unter dem Schlagwort *westlessness* der Verlust des Einflusses der westlichen Wertegemeinschaft auf die Weltpolitik diskutiert; die Frequenz, in der Rassismus in Deutschland für Schlagzeilen sorgt, erlebt aufgrund der Landtagswahlen in Thüringen und des Anschlags in Hanau einen weiteren Höhepunkt und im Rahmen des G20-Formats wird – nicht zum ersten Mal – über eine weltweit einheitliche Steuer für Internetfirmen wie Google und Co. verhandelt. All das findet statt, während die internationale Gemeinschaft weiterhin um Handlungsfähigkeit in der Klimakrise ringt. Als hätte das Thema damit noch nicht genügend Brisanz, so verdeutlicht die Corona-Krise zusätzlich, was es bedeutet, in einer globalisierten Welt zu leben.

So ist es heute noch mehr als vor zwei Jahren geboten, Vorgänge im Spannungsfeld von Nationalismus und Globalisierung soziologisch einzuordnen. Das Thema bot so die Möglichkeit, sowohl Nahes, als auch Fernes in allen Facetten sozialwissenschaftlicher Theorien und Methoden zu beleuchten. Besonders froh sind wir deshalb über die Vielfalt an Perspekti-

ven, die von unseren Autorinnen und Autoren abgedeckt wird. Der Bogen der Disziplinen lässt sich von der Erwachsenenbildung über die Politikwissenschaft bis hin zur Soziologie spannen. Auch die Bezüge erstrecken sich von lokalen über europäische bis hin zu globalen Blickwinkeln. So findet sich die Breite der studentischen Interessen in den studentischen Schriften zu den Sozialwissenschaften wieder.

Die erste Hälfte des Sammelbandes beinhaltet theoriegeleitete Ausarbeitungen zu einem möglichen Bildungskonzept zur Förderung von Nachhaltigkeit, der Entwicklung des Wohlfahrtsstaates, unter Bedingungen zunehmender technischer Möglichkeiten und der Frage nach der imperialen Qualität globaler Strukturen. Die zweite Hälfte liefert empiriebasierte Analysen zu der Rolle sozialer, ökonomischer und politischer Unsicherheit für die Bewertung der eigenen Nation in Europa, dem Einfluss von Religiosität auf Einstellungen zum Klimawandel und abschließend von Faktoren der Unterstützung einer zunehmenden europäischen Integration.

So setzt der zweite Band der Reihe *Studentische Schriften zu den Sozialwissenschaften* die erfolgreiche Geschichte des ersten Bandes fort, Studierenden der Sozialwissenschaften eine Plattform zu bieten, wissenschaftlich tätig zu werden und unter fachkundigem Coaching erste Erfahrungen mit dem Publikationsprozess zu sammeln. Bei den Beiträgen handelt es sich um überarbeitete Seminar- oder Abschlussarbeiten. Wir wünschen eine spannende und lehrreiche Lektüre.

An dieser Stelle wollen wir, die Herausgeberinnen und Herausgeber, allen danken, die uns im Prozess der Publikation dieses Sammelbandes unterstützt haben.

Dazu gehören der wissenschaftlichen Beirat und die Studiendekanin der Fakultät Sozial- und Wirtschaftswissenschaften der Otto-Friedrich-Universität für die wissenschaftliche Expertise und das Ermöglichen der Veröffentlichung. Unseren Lektorinnen und Lektoren, für die zügige Unterstützung, die in Anbetracht des näherrückenden Drucktermins eine erfreuliche Abwechslung war. Wir danken dem Arbeitskreis Soziologie e.V. und dem Absolventenverein der Bamberger Soziologie und

Surveystatistik e.V. für die große Hilfe bei der Organisation, die richtigen Kontakte zur richtigen Zeit und die finanzielle Unterstützung. Eine derartiges Projekt wäre ohne ihre ständige Bereitschaft zur Mithilfe nur schwer realisierbar gewesen. Wir wünschen allen nachfolgenden Veröffentlichungen dieser Reihe ein ebenso professionelles und hilfsbereites Umfeld.

Bamberg, Ostermontag 2020

Die Herausgeberinnen und Herausgeber des Sammelbandes

Alexander Brand

Annika Schubert

Daniel Schubert

Jakob Wiesinger

Das Ende des nationalen Wohlfahrtsstaats?

Technische und kapitalistische Determinanten

JAKOB WIESINGER

Abstract

Ausgehend vom Weberschen Legitimationsbegriff wird nachgezeichnet, wie die Entwicklung der Technologie es ermöglicht, dass kapitalistische Motivlagen die nationalstaatlichen Wohlfahrtssysteme unter Druck setzen. Auf der Grundlage technischer Möglichkeiten bewegen sich die globalen Finanzströme zunehmend außerhalb eines demokratisch reglementierten Rahmens. Dieser Rückgang an Kontrollfähigkeit gegenüber einem globalisierten Finanzsektor führt dazu, dass nationale Wohlfahrtssysteme tendenziell rückgebaut werden. Die historische Parallele des Ausbaus der Informationstechnologie und dem Abbau der Sozialleistungen soll anhand der Logik des Kapitalismus in einen kausalen Zusammenhang gestellt werden.

Schlagworte: Legitimation, Wohlfahrtsstaaten, Kapitalismus, Krise des Kapitalismus, Weltgesellschaft

Einleitung

„ Wir müssen also die Gesetze dieses neuen Zeitalters verstehen, nicht um dagegen anzukämpfen – das wäre verlorene Mühe –, sondern um von der Idee der Freiheit das zu retten, was man retten kann und mu[ss]. “

Guéhenno (1994: 14)

Seit den 1970er Jahren ist ein Abbau der wohlfahrtsstaatlichen Daseinsvorsorgen in weiten Teilen des politischen Westens zu betrachten.¹ Zeitgleich erleben wir eine immer stärker aufeinander bezogene, immer globalisiertere Welt. Um diese Tendenzen von Liberalisierung² und einer gleichzeitig immer engeren weltweiten Vernetzung nicht nur in einen zeitlichen, sondern auch in einen kausalen Zusammenhang setzen zu können, bedarf es eines inneren Zusammenhangs. Worin besteht also diese Verknüpfung?

Auf der einen Seite steht ein Prozess der Konkurrenz zwischen Staaten, genauer gesagt von Finanzstandorten, mit der Folge des Abbaus von Sozialleistungen. Auf der anderen Seite führt ein immer rasantere Züge annehmender technologischer Fortschritt dazu, dass Informationen nahezu ohne Zeitverlust um den gesamten Erdball geschickt werden können.

Als Folge dieser Entwicklung wird es für den Nationalstaat zunehmend schwierig, Lösungen für Probleme anzubieten, welche bisher in dessen Aufgabenbereich angesiedelt waren. Beispiele dafür sind etwa die Umweltpolitik, welche nur noch in begrenztem Maßstab national denkbar ist (vgl. Castells 2016b: 300). Klar wurde dies erst jüngst durch den Austritt der USA aus dem Pariser Klimaabkommen. Eine globalisierte elektronische Kommunikation greift aber ebenso in das Gewaltmonopol des Staa-

¹Zum Begriff des Wohlfahrtsstaats liegen diverse Definitionsversuche vor. Grundlegend stimmen diese dabei überein, dass es einen Wohlfahrtsstaat ausmacht, sich um die Daseinsvorsorge seiner Bürger zu kümmern. Wichtig für den Kontext dieser Arbeit ist die damit einhergehende Notwendigkeit der Durchsetzungsfähigkeit eines Nationalstaats, beim Eingriff in das Marktgeschehen mit dem Ziel der sozialen Absicherung seiner Bürger (vgl. Ullrich 2005: 15).

²Liberalisierung im Sinne von Rückbau und Abbau wohlfahrtsstaatlicher Strukturen.

tes ein und erschwert so die bewährten Legitimationsmechanismen – wie Repräsentanz in den Medien – weiterhin zu nutzen (vgl. Castells 2016b: 276). Auch für die Entfaltung der internationalen Kriminalität bieten sich neue Möglichkeiten (vgl. Castells 2016b: 295). Dabei sei nicht nur an Terrorismus gedacht, sondern viel mehr an Drogen- sowie Waffenhandel und Steuerhinterziehung. Diese Beispiele zeigen, dass der globale Informationsaustausch eine Vielzahl von Herausforderungen für den Nationalstaat mit sich bringt.

Häufig handelt es sich um die Frage, wie die erweiterten Handlungsmöglichkeiten genutzt werden können und sollen. Bezüglich der Finanzierung der Sozialleistungen finden wir jedoch eine gegenläufige Tendenz. Bei der Aufgabe der sozialstaatlichen Daseinsvorsorge ringt der Nationalstaat um seine Handlungskompetenzen. Zurückkehrend zur Anfangsfrage muss nach dem inneren Zusammenhang von globalen Kommunikationsräumen und den Schwierigkeiten bei der Rechtfertigung des Sozialstaats gesucht werden. Eines der häufigsten Argumente für den Abbau ist ein bestehendes oder zu erwartendes Finanzierungsproblem durch sinkende Einnahmen oder die Erwartung dessen. Die globalisierte Welt hat also zur Folge, dass die Finanzierung der Staaten, wenn nicht zwangsweise schlechter, dann doch gewiss unsicherer geworden ist. Es handelt sich somit für Nationalstaaten um einen teilweisen Kontrollverlust der Finanzsituation, auf Grundlage der weltweiten Vernetzung. Kapitalistischen Akteuren ist es gelungen in Räume vorzudringen, welche von demokratischer Kontrolle erst noch erschlossen werden müssten. Wie im Laufe der Arbeit gezeigt werden soll, ist dieser durch Technik befeuerte Konflikt zwischen der demokratischen Kontrolle entzogenen Räumen und kapitalistischem Wettbewerb ein wichtiger Grund dafür, dass den Nationalstaaten die Grundlage für die Aufrechterhaltung des Wohlfahrtsstaats abhanden kommt.

Es lassen sich somit drei entscheidende Faktoren ausmachen, die maßgeblich für den Charakter der Entwicklung verantwortlich sind und in auffälliger zeitlicher Nähe stehen: Erstens die rasante technische Weiterent-

wicklung seit Beginn der 1970er Jahre. Im Zuge dieser Entwicklung hat sich die Menschheit, wie bei bereits zuvor beobachtbaren technologischen Entwicklungssprüngen – etwa der Industrialisierung – eine neue gesellschaftliche Grundlage geschaffen. Das Zeitalter des Informationalismus, wie Castells es bezeichnet, stellt viele der bisher üblichen Praktiken sowohl der alltäglichen Lebensführung als auch der gemeinschaftlichen Organisation in Frage. Zweitens wird durch die technische Entwicklung dem Kapitalverkehr nahezu grenzenlose Flexibilität und Mobilität ermöglicht. Den Kapitalströmen ist es so möglich, sich in globalen Räumen zu bewegen, die von anderen Gesellschaftssystemen noch nicht erschlossen sind. Drittens befinden sich die Staaten durch den freien Kapitalverkehr in einer veränderten Finanzierungssituation und finden sich somit in einem Unterbietungswettbewerb wieder. Die damit einhergehende Schwierigkeit als Nationalstaat eigenständig, in eindeutig abgegrenzten Gebieten und zu Sachthemen, Staatsgewalt auszuüben, ist somit eine logische Konsequenz der ersten beiden Schritte.

Die Triade

Die in der Einleitung umrissene Darstellung des hier besprochenen Themas setzt eine Vielzahl von Grundannahmen voraus. Im Laufe dieses Kapitels werden diese erläutert und auf ein wissenschaftliches Fundament gestellt. Außerdem werden die notwendigen Einschränkungen erläutert, die dem Rahmen dieser Arbeit und damit auch ihrem Gegenstand eine klare Kontur verleihen. Streeck folgend wird die Krise der Legitimierung von Nationalstaaten auf die reichen Demokratien des Kapitalismus beschränkt (vgl. Streeck 2015: 54)³. Um eine zeitliche Einordnung zu ermöglichen, wird der Beginn dieser Entwicklung übereinstimmend von Streeck und Castells in die 1970er Jahre gelegt. Castells sieht zu diesem Zeitpunkt den Beginn einer technologischen Wende und Streeck den *Wendezeitraum* und Beginn der Krisensequenz (vgl. Castells 2016a: 62; vgl. Streeck 2015: 12 f.).

³Streeck hat sich in seiner Analyse auf die OECD-Staaten konzentriert.

Der Begriff der Triade wurde ausgewählt, um den Sinnzusammenhang der drei gesellschaftlichen Teilbereiche von Technik, Wirtschaft und des Staates zu verdeutlichen. Besonders klar soll dadurch werden, dass ein Verständnis der Gesamtentwicklung nur unter Berücksichtigung aller drei Faktoren möglich ist.⁴ Dabei fungiert die Wirtschaft als vermittelnder Mechanismus, welcher aufgrund von Veränderungen in der Technik zu einem Anpassungsdruck der Nationalstaaten führt.

Ein aus heutiger Perspektive früh erkanntes Problem ist der Konflikt zwischen Globalisierung und staatlicher Legitimation. So ist dieses Problem bereits 1983 bei Jürgen Habermas ein zentrales Thema, wobei sich erste Tendenzen in diese Richtung noch deutlich früher finden lassen. Dabei ist die Legitimationskrise der Staaten noch kein generelles Infragestellen der Nation, sondern viel eher ein Charakterwechsel, der damit einhergeht, dass Nationalstaaten ihren Handlungsspielraum in Bezug auf ihre Sozialpolitik verlieren.

Die Sozialpolitik wird in erster Linie durch finanzielle Argumente zurückgedrängt. Der Rückgang der Finanzierung der Staaten ist daher mit ausschlaggebend für den Rückbau des Sozialstaats. Der große Kurswechsel der Wohlfahrtsstaaten ist ab der Mitte der 1970er Jahren zu erkennen und zeigt sich unter anderem in der initiierten Abkehr der USA vom Keynesianismus. Die durch den Beginn der Globalisierung der Finanzmärkte einsetzenden Finanzierungsprobleme der Staaten sind somit eine Folge der Mobilität und der Flexibilität des Kapitals.

Grundbedingung für dieses Verändern der Machtverhältnisse zwischen Nationalstaat und Finanzwirtschaft ist die kommunikationstechnologische Entwicklung, welche ebenso in den 1970er Jahren an Fahrt gewann. Seither hat die informationstechnologische Revolution sich in jeden Bereich der menschlichen Aktivitäten ausgebreitet (vgl. Castells 2016a: 5). Verbunden mit dem technischen Aspekt folgte eine Neustrukturierung der Wirtschaftsform: Die Umstellung auf den Informationalismus (vgl.

⁴Besonders zu betonen ist die technologische Entwicklung in diesem Zusammenhang, da auf diese Grundlage gerne verzichtet wird.

Castells 2016a: 16). Kern dieses neuen Paradigmas ist das Einwirken des Wissens auf das Wissen selbst, welches zur Hauptquelle der Produktivität wird (vgl. Castells 2016a: 20). Somit wird der menschliche Verstand zur unmittelbaren Produktivkraft (vgl. Castells 2016a: 37). Eine globalisierte Produktion, Konsumption und Zirkulation von Waren und Finanzen charakterisieren den kapitalistischen Informationismus (vgl. Castells 2016a: 89). Grundlage dieser Veränderung ist die Vernetzung durch ein globales Interaktionsnetzwerk zwischen Unternehmen, dem Internet (vgl. Castells 2016a: 89). Ob dem tatsächlich ein neues gesellschaftliches Paradigma zu Grunde liegt, sei an dieser Stelle dahingestellt, denn selbst wenn dieser letzte Schritt in Castells Argumentationslinie auf Widerstand stößt, so bleiben die Beobachtungen zum technischen Wandel zutreffend. Dabei kann, wie unschwer zu beobachten, keineswegs eine Abschaffung des Kapitalismus betrachtet werden. Es verhält sich viel mehr so, dass ein informationeller Kapitalismus eine kapitalistische Neustrukturierung hervorbringt, welche die globale Finanzwirtschaft extrem befördert (vgl. Castells 2016a: 20 f.). Informationell und nicht nur informationsbasiert kann diese Entwicklung genannt werden, weil jeder Lebensbereich erschlossen und angepasst werden muss (vgl. Castells 2016a: 116 f.). Genau diese Durchdringung der Wirtschaft, bis zur informationellen Wirtschaft ist die Grundlage der Legitimationskrise und soll daher im Folgenden dargelegt werden.

Die technischen Bedingungen

Warum ist es für eine soziologische Betrachtung relevant, sich mit technischen Details zu beschäftigen? Worin liegt der Mehrwert für die Erklärung der sozialen Umstände? Diese Fragen mögen einem bereits bei der Betrachtung des Aufbaus dieser Arbeit durch den Kopf gehen. Spätestens jedoch, wenn in wenigen Sätzen Begriffe wie Glasfasertechnologie, Transistor und Halbleiter die Seiten füllen, stellen sie sich. Das Fundament des damit verfolgten Erklärungsansatzes kann auf eine einfache Formel gebracht werden: Die Verbindung zwischen materieller und mentaler Welt. So lässt sich weder das eine noch das andere verstehen ohne den

Bezug aufeinander. Gleichzeitig wirken beide permanent aufeinander ein. Eine soziale Welt ist immer auch Ausdruck der materiellen Gegebenheiten, gleichzeitig wird die materielle Welt von ihnen gestaltet. Ein einfaches Beispiel hilft dabei, dies zu verdeutlichen. Ein Teil der materiellen Welt ist etwa ein Werkzeug, mit Hilfe dessen ein Gegenstand zum Nutzen der Gemeinschaft geschaffen werden kann. Somit ist ein Werkzeug sowohl Ausdruck menschlicher Bedürfnisse als auch Grundlage für die Befriedigung dieser. Es beschränkt und ermöglicht menschliches Handeln im selben Maße und ist somit für das Verständnis menschlichen Zusammenlebens von entscheidender Bedeutung. Eben diese Handlungsgrundlage hat sich im Laufe der letzten Jahrzehnte elementar verändert und muss deshalb hier Erwähnung finden. Da unser Hauptaugenmerk auf der Frage der globalen Vernetzung und der damit einhergehenden Veränderung des Kommunikationsverhaltens liegt, muss als erster Schritt die Entwicklung der materiellen Grundlage erläutert werden. Dies ist folglich das Werkzeug, auf dessen Grundlage Handeln erst geschehen kann.

Was den spezifischen Charakter der technischen Entwicklung angeht, so handelt es sich um Technologien der Informationsverarbeitung und der Kommunikation, welche diesen prägen. Darum kann die Entwicklung der 1970er Jahre bis heute mit einem Wort auf den Punkt gebracht werden: das Internet. Dieses ist zum Kommunikationsnetzwerk unseres Lebens (vgl. Castells 2016a: XXVIII) geworden. Das bedeutet gleichzeitig, dass die technologischen Veränderungen jeden Bereich menschlicher Aktivität berührt (vgl. Castells 2016a: 5) und den menschlichen Verstand als unmittelbare Produktivkraft etabliert. Dies zeigt sich beispielsweise in der Veränderung von Erwerbsarbeit. Wo früher überwiegend mit Werkzeug auf Material eingewirkt wurde, ist heute die kognitive Arbeit immer relevanter. So sinken die Kosten für Information stetig bei gleichzeitig immer schnellerer Zugänglichkeit. Dies ist ein globaler Prozess, trotz verschiedener Entwicklungsstufen (vgl. Castells 2016a: 37).

Um zu den wirklichen Grundlagen dieser Entwicklung vordringen zu können, ist es notwendig, einige technische Innovationsschritte verständ-

lich zu machen. Gerade in einer hoch technisierten Welt ist die Relevanz für die Grundlagen kaum zu überschätzen. Die aus technischen Entwicklungen resultierenden Möglichkeiten werden in der soziologischen Debatte ausführlich behandelt, was jedoch weniger stark repräsentiert ist, ist das Einbeziehen der technologischen Determinanten. So sind die Betrachtungen vor allem der Möglichkeit beraubt, Veränderungen frühzeitig zu erkennen und zu beurteilen. Aus diesem Grund soll hier ein kleiner Exkurs in die Welt der Technik gewagt werden, um dieses Wissen in die soziologische Perspektive miteinzubeziehen. Für den Gegenstand dieser Arbeit ergeben sich dadurch zwei entscheidende Stränge: Zum einen die rasanten Fortschritte in der Halbleitertechnologie und daran anschließend die Vernetzung der Welt durch die daraus resultierenden Möglichkeiten. Der Grund dafür, dass entscheidende Innovationen wie Telefonie und Radio nicht weiter erwähnt werden, ist der spezielle Charakter der Internetkommunikation als Massen-Selbst-Kommunikation⁵ (vgl. Castells 2016a: XXXV).

Um ein grundsätzliches Verständnis zu schaffen, bietet es sich an, kurz einige Entwicklungsschritte der Datenverarbeitung nachzuzeichnen, um ein Gefühl für die Dimensionen zu vermitteln. Die Konsequenz aus diesen Schritten soll ebenso vermittelt werden.

Beginnend mit der durch den Nobelpreis ausgezeichneten Erfindung des Transistors 1947 lässt sich eine rasante Weiterentwicklung beobachten. Der Transistor ermöglicht, grundlegend erklärt, die Codierung von Signalen in einen binären Code aus Nullen und Einsen. Der entscheidende Schritt war die Möglichkeit des Zusammenschlusses mehrerer Transistoren in einem Bauelement zu einem sogenannten IC (integrated circuit) (vgl. Castells 2016a: 47). Die damit eröffneten Möglichkeiten in der Mikroelektronik sorgten für einen wahren Entwicklungsboom, welcher zu stark sinkenden Preisen, bei gleichzeitig beachtlichem Anstieg der Rechenvorgänge führte. So wurde die Produktionskapazität bis in die 1970er massiv

⁵Massen-Selbst-Kommunikation zeichnet sich durch den horizontal strukturierten und in Echtzeit ablaufenden Austausch von Informationen auf lokaler und globaler Ebene aus (vgl. Castells 2016a: XXXV).

ausgeweitet, bis 1971 der nächste Meilenstein gelegt wurde, die Entwicklung des Mikroprozessors. Dieser ermöglichte die starke räumliche Komprimierung von Rechenkraft. Gleichzeitig begann damit die Integration von Mikroelektronik in Alltagstechnologie, was den Einzug der Datenverarbeitung in das Alltagsleben bedeutet (vgl. Castells 2016a: 48). Seither ist die Leistungsfähigkeit dieser Chips enorm gestiegen. Die drei wichtigsten Merkmale, Komprimierbarkeit, Speicherkapazität und Geschwindigkeit durchbrachen regelmäßig zuvor vermutete feste physische Grenzen. Diese Entwicklung hat zur Folge, dass der Anwendungsbereich immer weiter ausgedehnt werden kann und gleichzeitig die Verbindung mit Datenverarbeitung ermöglicht wird. Deutlich zeigt sich dies in besonderem Maße durch das Aufkommen von PCs, welche von wahren Ungeheuern in den Kellern der Militäranlagen hin zu unverzichtbaren Alltagsgegenständen transformiert wurden. Die Entwicklung und der Einzug der PCs führt uns direkt zum zweiten Teilbereich der technologischen Innovation, dem Internet. Was den Gebrauch von Rechnern eine komplett neue Dimension verlieh, war die Möglichkeit der Vernetzung. Die Kommunikation zwischen den Geräten war zuerst nur lokal (LAN) möglich, wurde aber sehr bald über ein zuerst für militärische Zwecke dezentrales Netzwerk⁶ aus dem Keller der Institute in die Alltagswelt befördert (vgl. Castells 2016a: 51 ff.). Dieses Eintreten in den Alltagsraum war nicht nur aufgrund der Rechenleistung möglich, sondern ebenso durch den Ausbau der Übertragungsinfrastruktur. Neben der Verbesserung der Anknüpfungspunkte war die Steigerung der Übertragungskapazität der Leitungen von entscheidender Bedeutung. Dafür war das Einführen der Glasfasertechnologie der maßgebliche Schritt, um globale Massenkommunikation zu ermöglichen (vgl. Castells 2016a: 52). Diese Entwicklung, welche hauptsächlich in den 1990ern abgelaufen ist, wurde noch durch die Einbindung von Satellitentechnologie ergänzt. Was sich in all diesen Entwicklungen zeigt, ist der eigene Charakter dieser Entwicklungen. So findet jede neue Innovation statt,

⁶Das ARPANET besaß als erstes eine vollständig dezentrale Architektur und wurde somit zum Grundstein des heutigen Internets (vgl. Castells 2016a: 7).

in dem das gewonnene Wissen auf die bestehende Technologie angewandt wird. Diese Anwendung von Wissen auf Wissen zeichnet nach Castells den besonderen Charakter dieser neuen gesellschaftlichen Entwicklung aus (vgl. Castells 2016a: 36). Der Wandel hin zu einer Wissensgesellschaft kommt darin am deutlichsten zum Ausdruck (vgl. Streeck 2015: 102). Damit ist in aller Kürze klargemacht, wie im Zuge der technologischen Innovation das Alltagsleben durch und durch von datenverarbeitenden Geräten erfüllt wurde. Was also heutzutage für viele eine Selbstverständlichkeit darstellt, ist bei genauer Betrachtung eine in rasantem Tempo abgelaufene historische Neuerung.

Materielle Veränderungen dieser Größenordnung bringen neben den enormen Möglichkeiten auch die Notwendigkeit der gesellschaftlichen Anpassung mit sich. Mentale Infrastrukturen müssen daran ebenso angepasst werden. So ist die Verbreitung eines libertären Geists in der materiellen Kultur (vgl. Castells 2016a: 6 f.) befördert worden. Daraus ergeben sich Problemfelder wie der spezifische Charakter der Globalisierung, verflochtene Eigentumsverhältnisse, Flexibilität und Allgegenwart der Technologie und die Autonomie und Vielfalt der Medien. Eine neue Ära der extraterritorialen Kommunikation begann, aus der ein Kontrollverlust des Staates über die Medien folgt (vgl. Castells 2016b: 291 f.). Diese Kontrolle diente unter anderem dazu die Staatsmacht zu verankern (vgl. Castells 2016b: 287). So werden traditionelle Verteidigungslinien des Staates durch technologische Faktoren wirkungslos (vgl. Castells 2016b: 288). Mit Bezug auf Mattelart stellt Castells eine Kapitulation des Nationalstaats vor diesem Problem fest (vgl. Castells 2016b: 287).

Was für den Bereich der räumlich entgrenzten Kommunikation logisch und schnell greifbar erscheint, spielt sich im Bereich der Finanzströme in ähnlicher Art und Weise ab. Die Loslösung des Finanzkapitals von räumlichen Beschränkungen hat die selbe Grundlage und hat weit führende Auswirkungen für die Wohlfahrtsstaaten. Diesen Zusammenhang soll das folgende Kapitel nachvollziehbar machen.

Die Entfesselung des Kapitals

Im letzten Kapitel wurde dargestellt, wie durch technische Innovationen die Datenverarbeitung Einzug in jeden Teilbereich des Lebens gehalten hat. Es wird nun darauf aufbauend betrachtet, wie im Speziellen die kapitalistische Logik (vgl. Weber 2015: 21) sich dieser Technik bedient. Um zu zeigen, dass sich die beiden Entwicklungen aufeinander beziehen, werden zum einen Analogien in der Entwicklungsrichtung betrachtet, aber gleichzeitig wird die Grundlage für beobachtete kapitalistische Vorgänge dargestellt. Die Perspektive von Wolfgang Streeck bietet gerade im Blick auf die institutionellen Grundlagen der Veränderung des Kapitalismus und der Rückbindung zum nationalen Wohlfahrtsstaat eine Vielzahl von wichtigen Erkenntnissen für unsere Fragestellung. Was die Bewertung als Krisenszenarien und kapitalistische Endzeit betrifft, so soll davon für unsere Betrachtung Abstand genommen werden. Diese Frage muss an anderer Stelle geklärt werden. Da der Bezug bei Streeck jedoch ganz klar ein Dreierschritt der Krise des Kapitalismus ist, muss diese Trennung klargemacht werden. Die Beschreibung der Phänomene, unabhängig von der Bewertung, liefert jedoch wichtige Erkenntnisse für diese Arbeit, welche die Übersetzung aus der technischen Perspektive hinein in den Raum des Spiels zwischen Kapitalismus und gesellschaftlichen Institutionen liefern soll.

In Anlehnung an die Durchdringung aller Lebensbereiche durch die Datenverarbeitung folgt dem die Kapitalisierung neuer Räume (vgl. Streeck 2015: 84) wie ein Schatten. „Niemand kann nachdem, was 2008 geschehen ist, Politik und politische Institutionen verstehen, ohne sie in enge Beziehungen zu Märkten und wirtschaftlichen Interessen [...] zu setzen.“ (Streeck 2015: 59). Das beschreibt die Notwendigkeit der Verbindung von kapitalistischen Mechanismen und den daraus abzuleitenden Konsequenzen für die Akteure nationaler Gesetzgebung, die auch entscheidend für die Sozialstaatlichkeit sind. Ebenso verlaufen Öffnungsprozesse, verbunden mit Konsumismus, dem Ende der Knappheit und einer Beschleunigung (vgl. Streeck 2015: 82) als kennzeichnend für die Entwicklung der

letzten Jahrzehnte. Ausschlaggebend dafür sind technische Innovationen (vgl. Streeck 2015: 83 f.). In dieser Gemengelage handelt das *Kapital als Akteur*, welcher aktiv einen Ausgang aus der Regulierung sucht (vgl. Streeck 2015: 86 f.) und findet einen willigen Diener in der globalen Vernetzung.

Eine Sequenz von Inflation, Staatsverschuldung und Privatverschuldung begleitet durch Liberalisierungsprozesse beschreibt die Vorgänge des Finanzmarktes seit den 1970er Jahren (vgl. Streeck 2015: 9 f., 17). Ganz besonders die steigende Mobilität des Kapitals führt zu der Situation, dass steigende Staatseinnahmen durch Steuernachlässe erzielt werden sollen (vgl. Streeck 2015: 24). Weil dies eben nicht funktioniert (Streeck spricht deshalb von der Laffer-Illusion⁷) ist eine davon beeinflusste Entwicklung der Konsolidierungsstaat. Notwendige Investitionen in Infrastruktur und Gesellschaft werden privatisiert (vgl. Streeck 2015: 26). Diese Privatisierungen geschehen in einem Umfeld der globalen und unregierten kapitalistischen Wirtschaft (vgl. Streeck 2015: 48). Dabei ist besonders ausschlaggebend, dass es sich um unregierte Prozesse handelt. Die Wirtschaft ist also aus dem nationalen Regulierungsrahmen entwichen und kann sich stärker an eigenen Bedürfnissen und Regeln orientieren. Um diesen Ablauf auf das Fundament der technischen Entwicklung zu stellen, sei daran erinnert, dass die Liberalisierungsprozesse bereits ein Kernelement der Vernetzung sind. So kann die Sequenz, welche dann kapitalistische Systematiken nachzeichnet, gerahmt werden.

Wenn es darum geht, die spezifische Eigenart des Kapitals zu beschreiben, kann festgestellt werden, dass die Macht des Kapitals darin besteht, es der Allgemeinheit zu entziehen. Damit dient das Kapital als Druckmittel für die Wirtschaft gegenüber dem Staat (vgl. Streeck 2015: 19 f.). Die Rede vom Kapital als *scheuem Tier* fußt also auf der gesteigerten Flexibilität und Mobilität, wodurch der Fluchtradius erweitert wird.

⁷Die Laffer-Kurve soll das Verhältnis zwischen der Höhe der Steuern und den Steuereinnahmen beschreiben. Dabei fallen sowohl bei 0 % als auch bei 100 % Steuern keine Staatseinnahmen an. Dazwischen gilt es ein Gleichgewicht für maximale Steuererträge zu finden. Dabei steigen diese erst bis zu einem gewissen Punkt an, reduzieren sich aber, wenn die Steuerbelastung zu hoch wird (vgl. Malcomson 1986: 264).

Deutlich wird dies durch eine Reihe von Symptomen, welche das Resultat des Versuches sind, die Stabilität trotzdem aufrechtzuerhalten, jedoch in einer gesteigerten Abhängigkeit der Staaten vom Kapital resultieren (vgl. Castells 2016b: 277). Der Kontrollverlust der Nationalstaaten wird weiterhin verstärkt dadurch, dass zwischen den wichtigsten drei Währungen Dollar, Yen und Euro starke Abhängigkeiten bestehen und so die Handlungsfreiheit von Nationalstaaten eingeschränkt wird (vgl. Castells 2016b: 277). Die im Zuge der beschriebenen Entwicklung veränderte Sachlage reduziert also erstens die finanzielle Handlungsfreiheit, da bisherige Ansprüche an Kapitalgeber durch die Mobilität des Kapitals nicht mehr gestellt werden können (vgl. Castells 2016b: 278). Der globale Wettbewerb verändert also die Finanzierungsgrundlage des Staates. Zweitens führt zunehmende Transnationalisierung der Produktion zu reduzierter Fähigkeit, im Staatsgebiet die produktiven Grundlagen zur Schaffung von Staatseinkommen zu garantieren. Da keine Notwendigkeit mehr besteht z. B. die Produktion in einem bestimmten Land zu halten, kann auch der Firmensitz beliebig verlegt werden. Daraus folgt eine neue Finanzierungskrise des Staats – ausgelöst eben durch den zunehmenden Widerspruch zwischen Internationalisierung von Investitionen, Produktion und Konsumption einerseits und der Tatsache, dass Steuersysteme nationale Grundlagen haben (vgl. Castells 2016b: 278 f.; vgl. Guéhenno 1994).

Zusammenfassend kann also eine steigende Abhängigkeit der Regierungen von globalen Märkten (vgl. Castells 2016b: 282) festgestellt werden. Neben den „geordneten“ Prozessen, die zwar nicht reguliert, aber doch anerkannt und bekannt sind, führt die internationale Kriminalität dazu, dass der nationale Handlungsspielraum weiter eingeschränkt wird, da gerade solche Vorgänge in großem Maßstab Einfluss auf die Verflechtungen der Währungen nehmen (vgl. Castells 2016b: 295).

Es ist bereits deutlich geworden, wie stark der kapitalistische Apparat auf die technischen Möglichkeiten zurückgreift und diese nutzt, um den nationalstaatlichen Regulierungen entgegen zu können. Zur Bekräftigung soll ein kurzes kontrafaktisches Gedankenexperiment zur Hilfe genom-

men werden. Um zu versuchen, sich eine Finanzwelt ohne globale Informationsströme vorzustellen, hilft es, den Vorgang einer Auslandsinvestition – anhand einiger wichtiger Schritte – mit ausschließlich analogen Mitteln zu beschreiben. Um einen solchen Vorgang abzuschließen, müsste man in ein fremdes Land reisen, vor Ort in fremder Sprache die Bedingungen und die Sicherheit einer Anlage überprüfen. Die Höhe der Investition müsste vor Antritt der Reise bekannt sein, also müssen entweder zuvor Informationen vorliegen, oder es sind mehrere Reisen nötig. Mehrere Reisen wären in jeden Fall dann nötig, wenn man sich vor Ort von dem Fortgang der Geschäfte überzeugen möchte oder die Rendite einziehen will. Spart man sich solche weiteren Reisen, muss ein Assistent beauftragt werden, regelmäßig Korrespondenz zu liefern. Die damit verbundenen Kosten, sowohl der Reisen, als auch des Assistenten bauen eine solch hohe Hürde auf, dass es kaum realistisch erscheint, ein solches Vorgehen mit kapitalistischer Logik zu vereinbaren. Selbst, wenn ein Weg der Institutionalisierung entwickelt werden könnte, Staaten hätten trotzdem die Möglichkeit durch Zölle oder andere Hindernisse, den real fassbaren Geldverkehr besser zu steuern. Bedenkt man dann noch die Dauer eines solchen Vorgangs, dann zeigt sich, dass nur in höchst profitablen Fällen ein solcher Aufwand betrieben werden könnte, wenn es sich um die Generierung von Profit handelt.

Diese Betrachtung wirkt wie ein Blick zurück in eine gar nicht allzu ferne Vergangenheit und verdeutlicht, wie die Digitalisierung den Zugriff der Staaten auf Finanzströme erschwert oder gar unmöglich macht. Heute kann all diesen Hürden mit der Hilfe von Technik begegnet werden, zum Zwecke der Profitsteigerung.

Zusammenfassend wird diese Entwicklung von Streeck beschrieben als „Entfesselung des globalen Kapitalismus im letzten Drittel des 20. Jahrhundert, als Erfolg des Widerstands der Besitzer von der Verfügung über Kapital gegen die vielfältigen Auflagen, die der Kapitalismus nach 1945 akzeptieren musste, um unter der Bedingung der Systemkonkurrenz wieder politisch akzeptabel zu werden.“ (Streeck 2015: 68). Die technische

Entwicklung hat also tendenziell den privaten Kapitaleignern in die Karten gespielt. Um trotzdem weiter handlungsfähig zu bleiben, haben Staaten versucht, durch finanzielle Aufwendungen alte Standards zu sichern. Diese Entwicklung wird erklärt durch eine „staatliche[r] Politik, die dem kapitalistischen System mit Geld Zeit kaufte, indem sie dem neoliberalen Gesellschaftsprojekt als Konsumgesellschaft zunächst durch Inflationisierung der Geldmenge, dann durch steigende Staatsverschuldung und schließlich durch freizügige Kreditvergabe an private Haushalte eine Art Massenloyalität sicherte [...]“ (Streeck 2015: 68). Der Glaubensaspekt von Wirtschaftskrisen zeigt sich darin, dass sie immer aus einer Vertrauenskrise des Kapitals resultieren (vgl. Streeck 2015: 91). Bezeichnend dafür ist beispielsweise die Relevanz von Ratingagenturen, welche durch ein negatives Urteil die Finanzierungsgrundlage eines Nationalstaats beeinflussen können. Relevanz hat dieser Aspekt des Kapitalismus deshalb, weil die Reaktion auf ein solches Vertrauensproblem auf der Grundlage technischer Gegebenheiten geschieht. Somit ist auch hier die technologische Grundlage entscheidend dafür, dass Staaten dem Druck ausgesetzt sind, sich diesen Mechanismen zu beugen.

Was sich damit deutlich zeigt ist, dass kapitalistische Wirtschaftsgesellschaften von innen her instabil sind (vgl. Streeck 2015: 13 f.). Diese Instabilität basiert auf dem andauernden Verteilungskonflikt zwischen den Klassen der Lohnabhängigen und der Profitabhängigen (vgl. Streeck 2015: 17). Eine Vielzahl von Faktoren erfordert ein permanentes Ausbalancieren der Kräfteverhältnisse. Wohin die Technisierung dieses Kräfteverhältnis verschoben hat, wird anhand der Betrachtung des Wohlfahrtsstaates sehr deutlich. Der Staat zeigt seine Unfähigkeit, die Dinge des alltäglichen Lebens zu regeln und verliert Vertrauen. Dieser Vertrauenskrise folgt eine Legitimierungskrise (vgl. Streeck 2015: 91). Im Laufe des folgenden Kapitels wird erläutert, welche essenzielle Rolle Legitimierung für nationalstaatliches Handeln spielt und wie diese auf der bisher dargelegten Grundlage ins Wanken gerät.

Die Legitimierungskrise des Wohlfahrtsstaats

” *Die instrumentelle Fähigkeit des Staates wird entscheidend durch die Globalisierung der wirtschaftlichen Kernaktivitäten untergraben, durch die Globalisierung der Medien und die elektronische Kommunikation sowie durch die Globalisierung der Kriminalität.* “

Castells (2016b: 276)

Bisher haben wir also festgestellt, wie es dem Kapitalismus möglich war, aus der regulierenden Reichweite der Staaten zu entfliehen. Die Organisationsstrukturen von kapitalistischen Akteuren haben folglich mehr Reichweite als die von Staaten. Das verdeutlicht die mangelnde Möglichkeit der demokratisch legitimierten Kontrolle gegenüber diesen Gebilden. Gegenwärtig demonstrieren Internetkonzerne wie Facebook und Google wie es gelingt, Staaten gegeneinander auszuspielen, um beispielsweise Steuern zu vermeiden. Dieses zeigt seine volle Wirkung in der bereits erwähnten Laffer-Illusion (vgl. Streeck 2015: 24 f.). Der globale Unterbietungswettbewerb ist also in vollem Gange. Was nun das Problem der abnehmenden Legitimität angeht, so wird dies unter anderem dadurch verdeutlicht, dass die Expansion der Finanzwirtschaft von Anfang an begleitet wurde durch den Rückgang der gewerkschaftlichen Organisation und der Wahlbeteiligung (vgl. Streeck 2015: 9 f.).

Um die Auswirkungen dieses Legitimationsverlustes der Nationalstaaten verständlich zu machen, wird zuerst ein grundlegender Blick darauf geworfen, was Legitimation in diesem Kontext überhaupt bedeutet. Dies soll dabei helfen, relevante Faktoren zu identifizieren, welchen den Verlust einer solchen anzeigen. Gleichzeitig kann so festgestellt werden, ob die zu überprüfende Verbindung zwischen Technologie, Wirtschaft und der Legitimation wohlfahrtsstaatlichem Handeln besteht. Um die Grundlage der verlorengegangenen Legitimation identifizieren zu können, soll mit der Hilfe von Max Weber eine Begriffsbestimmung erfolgen. Daran

anschließend können Phänomene des Legitimationsverlusts ausgemacht werden.

Eine Ordnung hat dann Geltung, wenn eine tatsächliche Orientierung der Handelnden daran erfolgt. Handeln kann also an einer legitimen Ordnung orientiert werden (vgl. Weber 1980: 16). Ordnung gibt einen Rahmen außerhalb der reinen Selbstinteressen vor und appelliert, neben den Nachteilen, die durch eine Verletzung entstehen, an ein Gefühl der Pflicht (vgl. Weber 1980: 16). Ordnung – beziehungsweise die Orientierung an einer solchen – gibt Stabilität (vgl. Weber 1980: 16). Auch das Umgehen einer Ordnung gibt, durch die Art und Weise des Handelns, Auskunft über diese.

Wichtig ist dabei, dass Orientierung auch an verschiedenen sich widersprechenden Ordnungen erfolgen kann (vgl. Weber 1980: 17). Ordnung entsteht immer durch die Folgen einer Reaktion Dritter (vgl. Weber 1980: 17). Dritte sind für den Anwendungsbereich dieser Arbeit die Nationalstaaten, welche versuchen, im Rahmen ihres Geltungsbereichs den kapitalistischen Akteuren ihre Ordnung aufzuerlegen. Im Weiteren soll ein klarer Fokus auf die gegenwärtig vorherrschende, zumeist rationale Orientierung erfolgen⁸.

Klar ist nun, was eine geltende Ordnung ausmacht. Die anschließende Frage ist: Wann wird diese Ordnung als legitim angesehen?

Die geltende Ordnung ist die Chance der Orientierung an der Vorstellung vom Gelten einer Ordnung (vgl. Weber 1980: 17). Diese Ordnung kann durch zwei verschiedene Arten legitimiert werden, so zum einen durch rein innerlichen Antrieb als Folge von affektuellen, wertrationalen oder religiösen Motivationen (vgl. Weber 1980: 17). Die zweite Möglichkeit stellt die Interessenlage dar, was konkret, eine Erwartung äußerer Folgen des Handelns bedeutet (vgl. Weber 1980: 17). Diese beiden Arten unterscheiden sich durch die Möglichkeit der Sanktionierung. Erstere wird durch Konventionen geregelt und eine Verletzung zieht Folgen wie Boykott nach sich. Bei der zweiten Möglichkeit der Legitimierung handelt

⁸Der überwiegend rationale Charakter ist in der Profitorientierung zu erkennen.

es sich um Recht. Dabei wird Ordnung durch einen Erzwingungsstab durchgesetzt (vgl. Weber 1980: 18). Fehlt die Möglichkeit der Umsetzung des Rechts, dann bleibt nur die Konsequenz der Repressalien und der Missbilligung.

Im Kontext unserer Problemstellung muss zunächst gefragt werden, wie die Ordnung im Sinne des Rechts zustande kommt und durchgesetzt werden kann. Da von einem Rückgang dieser Qualität der Ordnung gegenüber international handelnden kapitalistischen Akteuren ausgegangen wird, muss in einem zweiten Schritt die Konsequenz des Fehlens einer solchen Ordnung eruiert werden.

„[D]ie Fügsamkeit gegenüber formal korrekt und in der üblichen Form zustande gekommenen Satzungen“ (Weber 1980: 19) setzt ein Verfahren voraus, welches in der Art und Weise, sowie im Geltungsrahmen allgemein anerkannt ist. Handelnde schreiben einer Ordnung unter anderem legitime Ordnung zu kraft rationaler Satzung, an deren Legalität geglaubt wird. Der Glaube an diese Interessen wird durch Übereinstimmung ermöglicht. Wo dies nicht der Fall ist, kann eine als legitim erachtete Herrschaft auch durch Oktroyierung und Fügsamkeit der Bürger legitimiert werden (vgl. Weber 1980: 19). Herrschaft kann in dieser Form also nicht legitimiert werden, wenn weder übereinstimmende Interessen identifiziert werden können, noch eine als rechtmäßig anerkannte Herrschaft besteht. Diese Herrschaft kann auch, wie wir oben gelernt haben, nur dann wirklich Geltung zeigen, wenn ein Erzwingungsstab existiert, der die Gesetze auch umsetzt.

An dieser Stelle nähern wir uns der entscheidenden Einsicht für die Fragestellung dieser Arbeit: der fehlenden Erweiterung des demokratisch legitimierten Handlungsrahmens auf globaler Ebene. Doch zuerst wir wollen wir versuchen, den Rahmen noch etwas enger zu fassen.

Davon ausgehend, dass ein in gegenwärtiger Form global agierender Finanzmarkt ein übereinstimmendes Interesse ausdrückt, zeigt sich, dass die Grundlage dieser Ordnung ein inhärentes Problem aufweist. So führen rein zweckrationale und materielle Bindungen zwischen Verwaltung

und Herrschaft zu labilen Verhältnissen (vgl. Weber 1980: 122). Dies stimmt mit der oben erwähnten Diagnose von Streeck überein, dass die kapitalistische Ordnung durch ihre innere Logik instabil ist.

Es reicht also nicht aus, sich nur auf gemeinsame Interessen zu berufen. Der Glaube an die Legitimität ist der entscheidende Faktor, welcher in diesem Rahmen stabilisierend wirken würde (vgl. Weber 1980: 122). So würde eine Struktur gefestigt und Instabilität abgebaut. An diesem Punkt ist es wichtig die Herrschaft – und deren Legitimität – zu betrachten. Denn die Etablierung einer legitimisierten Ordnung bedeutet auch, dass die Möglichkeit der Durchsetzung einer solchen existiert. Diese kann über rationale, traditionale oder charismatische Herrschaft erzeugt werden, dabei liegt keiner dieser Typen in Reinform vor (vgl. Weber 1980: 124). Die gewöhnlich am stärksten vertretene Form ist die Legitimierung durch das Rationale. Dieser Charakter basiert „auf dem Glauben an die Legalität gesetzter Ordnungen und des Anweisungsrechts der durch sie zur Ausübung der Herrschaft berufenen“ (vgl. Weber 1980: 124). Es handelt sich also um eine unpersönliche Ordnung (vgl. Weber 1980: 124).

Wie wir bereits gesehen haben, ist es das Ziel von Herrschaft, neben einer tatsächlichen Wirkung auch immer den Glauben an die Legitimität zu erwecken und zu erhalten (vgl. Habermas 1983: 133 f.). Darin zeigt sich die Selbstrechtfertigung von Herrschaft (vgl. Habermas 1983: 134). Habermas unterscheidet zwei Arten von Legitimität. Zum einen die von Weber verwendete Art, welche den Glauben an die Berechtigung des Verfahrens, also die Legalität in den Vordergrund stellt. Der zweite Ansatz erweitert die Legalität um die Dimension des Glauben an die Berechtigung. Es müssen also Gründe für die Berechtigung des Verfahrens vorhanden sein (vgl. Habermas 1983: 134 ff.). Für den ersteren Begriff von Weber reicht die Fiktion aus, dass Legitimation hinterfragt werden kann aus (vgl. Habermas 1983: 136).

Setzt man diese Merkmale von Herrschaft über nationale und globale Räume in Relation, zeigt sich, dass die Wirkung des Erzwingungsstabs nicht die gleiche Qualität aufweist, wenn man die Umsetzung der Inter-

essen von Nationalstaaten betrachtet. Im Alltag zeigt sich Herrschaft primär durch die Verwaltung (Weber 1980: 126). „Die bürokratische Verwaltung bedeutet: Herrschaft kraft Wissen: dies ist ihr spezifisch rationaler Grundcharakter.“ (Weber 1980: 125). Dies zeigt erneut die große Lücke zwischen nationalen Räumen und dem Globalen. Es existiert keine bürokratische Umsetzung nationaler Interessen – bestenfalls ein Kampf um Unterbietung dieser – daher gibt es auch keine Verfahren. Der Diskurs, welcher Verfahren legitimieren könnte, ist bis auf wenige international handelnde Zusammenschlüsse⁹ national organisiert. Die internationalen Formate sind weiterhin nicht demokratisch legitimiert, weshalb kein übereinstimmender – von rationalen Interessen unabhängiger – Glaube an die Berechtigung eines Verfahrens entstehen kann. Ein geordnetes Verfahren der demokratischen Kontrolle wäre ein möglicher Grund, dessen Berechtigung anzuerkennen.

Wie Habermas folgerichtig feststellt, ist die Konsequenz von Legitimationentzug zwangsläufig die Reduktion des Handlungsspielraums: und das gerade dann, wenn es nötig wäre diesen zu erweitern (vgl. Habermas 1983: 98). Das Problem der Wiedergewinnung von Handlungsräumen ist, dass wenn Legitimation in Frage gestellt wurde, erst Aufwand betrieben werden muss – in Form eines Diskurses – um die Praxis aufrechterhalten zu können (vgl. Habermas 1983: 102). Dieses Infragestellen geschieht durch freies Kapital und zwar auf der ganzen Welt, da der Entzug von Finanzmitteln ein globales Phänomen ist. Der Diskurs ist jedoch meist auf nationaler Ebene organisiert. Dies erschwert die Wiedergewinnung des Handlungsspielraums für die Gegenwart.

Die einzige Möglichkeit den verlorenen Sinn zu erhalten wäre es, ein Mehr an Wert zu liefern (vgl. Habermas 1983: 104). Dies führt erneut zu einer Problemlage. Ein Sinnverlust entsteht, der den Entzug der finanziellen Mittel bedingt. Diese wären jedoch nötig, um den Wert zu erhalten oder, was notwendig wäre, zu steigern, etwa für Sozialleistungen. Somit

⁹Etwa die WTO oder die G7-/ G20-Formate.

geraten Staaten in das Problem, dass der Sinn schneller abnimmt, als der Wert steigt (vgl. Habermas 1983: 104).

Was die Logik der Legitimationskrise angeht, so kann damit ein Wandel im Werte- und Normensystem unterstellt werden. Folgend, der Unterscheidung zwischen Legitimationsglauben und der faktischen Geltung (vgl. Habermas 1983: 132). Die privilegierte Aneignung des gesellschaftlich produzierten Reichtums, also die soziale Mehrproduktion muss ungleich, jedoch legitim verteilt werden (vgl. Habermas 1983: 132 ff.). Dies zeigt sich auch darin, dass die Akteure der Legitimationskrise Staat, Kapital und Lohnabhängige (vgl. Streeck 2015: 88) sich in permanenter Auseinandersetzung um finanzielle Mittel und deren Reglementierung befinden. Das Werte- und Normensystem ist jedoch nicht auf die alte Art der Verteilung eingestellt, es folgt eine Legitimationskrise. Staaten führen dann eine legitime Herrschaft, wenn „[...] ihr eigener Legitimationsanspruch der Art nach in einem relevanten Maß gilt, ihren Bestand festigt und die Art der gewählten Herrschaftsmittel mit bestimmt“ (vgl. Habermas 1983: 133). So beruft sich Jürgen Habermas auf Max Weber und nennt drei zu beachtende Punkte: Erstens der Geltungsbereich, also der Geltungsanspruch, folglich Legitimationsanspruch, zweitens die Sicherung des Bestehens und drittens, dass die Art der gewählten Herrschaftsmittel mitbestimmt werden kann.

Was die Genese dieser Legitimität angeht, so soll im Kapitel zur Zukunft des Wohlfahrtsstaats kurz darauf Bezug genommen werden. Den Bezugspunkt dieser Arbeit betreffend gilt es zu identifizieren, wer den Rahmen der demokratischen Kontrolle verlassen kann. Einiges ist bereits darüber gesagt worden. So sind kurz gefasst jene in der Lage, die die ausreichende Menge an dazu geeignetem Kapital besitzen, um dieses gewinnbringend in die globalen Finanzströme einzuspeisen. Dabei können sowohl Unternehmen als auch Personen und Staaten Handelnde sein.

Worin zeigt sich nun diese Legitimationskrise, was sind ihre Auswirkungen und wie können diese identifiziert werden, gerade in Bezug auf den Wohlfahrtsstaat?

Zuerst einmal kann der Aspekt einer Dauerhaftigkeit einer sich wandelnde Rolle von Staat und Politik im sich gleichzeitig wandelnden Kapitalismus (vgl. Streeck 2015: 21) festgestellt werden. Gerechtigkeits- und Verteilungsprobleme im Kapitalismus liegen in der Natur der kapitalistischen Sache (vgl. Streeck 2015: 22 f.). Abhängig davon ist der angesprochene Wandel der staatlichen Institutionen und der Politik. Dieser entsteht durch Konflikte um die Organisation des Gemeinwesens zwischen Individualisierung und den Aufgaben des Staates. Gerade die Aufgaben der Besteuerung im Spannungsfeld von öffentlicher Produktion und privater Aneignung steht dabei im Zentrum (vgl. Streeck 2015: 24).

Was die Diskrepanz zwischen dem Werte- und Normensystem und der Fähigkeit der Sanktionen angeht, so hat der Blick auf die Reaktion gegenüber der globalen Hochfinanz und international agierenden Unternehmen einige Erkenntnisse zu bieten. Missbilligung und Boykott bieten dafür Anhaltspunkte: Erstens in Form von Protesten oder Petitionen von Seiten der Bürger. Zweitens von Seiten der Medien gegen den Staat, welcher nicht handelt, und Unternehmen, welche unregulierte Bereiche zur Gewinnmaximierung ausnutzen. Drittens von Seiten der Politiker, die Reglementierungen fordern, jedoch keine durchsetzen können. Die jahrzehntelange Debatte über die Umsetzung einer Finanztransaktionssteuer, auch auf Ebene der EU, ist Ausdruck des fehlenden Erzwingungsstabs. Die Angst vor der Flucht der Unternehmen im Finanzsektor und die dadurch entstehenden Nachteile bilden stets das wirkungsvollste Argument der Gegner. Diese Angst wird gezielt geschürt und scheint daher nicht unbegründet. So ist ein typischer Mechanismus, welcher damit in Verbindung steht, der Investitionsstreik (vgl. Streeck 2015: 92). Der fehlende Zwangsstab kann zu Kapitalflucht führen, und die Bedingungen dafür sind besser geworden (vgl. Streeck 2015: 91). Bei diesem Beispiel dienen die durch die technischen Möglichkeiten erschlossenen Räume als Rückzugsort. Gleichzeitig zeigt die Fluchtrichtung aber auch die bestehende Ordnung an. So wird nicht innerhalb von Nationen ein Ausweg gesucht, sondern die Richtung ist aus der Nation, in den internationalen Raum.

Ein klassisches Beispiel ist das Nutzen einer Briefkastenfirma in einem anderen Staat, um Steuern zu sparen.

Dabei besteht immer noch der Versuch des Staates, zwischen dem sozialen Leben und den Imperativen der Kapitalverwaltung zu vermitteln (vgl. Streeck 2015: 53). Dies ist somit ein dynamischer Prozess. Das politisch ökonomische System muss sich hier gegenüber beiden Seiten legitimieren (vgl. Streeck 2015: 88 f.). Beschrieben wird damit die Auflösung der Verbindung zwischen Kapitalismus und Demokratie (vgl. Streeck 2015: 69). Begleitet ist diese Entwicklung durch eine Entdemokratisierung des Kapitalismus durch die Entökonomisierung der Demokratie (vgl. Streeck 2015: 70).

Was genau sind nun aber die Konsequenzen einer solchen Entwicklung für die Bürger der Nationalstaaten? Es folgt aufgrund der sich verschlechternden Bedingungen eine Legitimationskrise auf Seiten der Lohnabhängigen (vgl. Streeck 2015: 92). Die gesellschaftliche Reaktion bestand in einer Liberalisierung und Expansion nach außen und nach innen durch Kapitaleigner (vgl. Streeck 2015: 96 f.). Somit steht am Ende der Analyse die Essenz der Globalisierung als Argument für die Flexibilisierung und Aufweichung des Wohlfahrtsstaates (vgl. Streeck 2015: 98 f.) und damit einhergehend der Privatisierung des Wohlfahrtsstaats (vgl. Streeck 2015: 99; vgl. Castells 2016b: 303) mit der Folge des Anstiegs der Ungleichheit. Dem Markt werden diese Aufgaben übertragen (vgl. Streeck 2015: 100), da der Staat keine Legitimation mehr für ihre Umsetzung besitzt.

Dieser Prozess läuft in den hier angesprochenen Nationalstaaten zwar nicht immer in gleicher Art, aber trotzdem unter gleichen Bedingungen ab. Das Problem ist also ein systemisches und globales (vgl. Castells 2016b: 275 f.). Dieses resultiert aus der Unfähigkeit des Staates, der Disparität von globalen Netzwerken und singulären Identitäten zu begegnen (vgl. Castells 2016b: 276). Problematisch wird diese Tatsache durch die großen Kostenunterschiede bei den Sozialabgaben (vgl. Castells 2016b: 285). Somit kommt eine Abwärtsspirale der Konkurrenz bei den Sozialabgaben (vgl. Castells 2016b: 285) in Gang. Die Informationstechnologie ermöglicht die

Ansiedlung an unterschiedlichen Standorten und trotzdem das Aufrechterhalten des Kontakts zu den verschiedenen Märkten. Vor der technischen Entwicklung konnte dieser Gefahr noch mit Produktivitäts- und Qualitätsunterschieden oder protektionistischer Politik begegnet werden. Global existieren jedoch Bestrebungen, den Freihandel zu fördern und gleichzeitig werden Produktivitätsunterschiede immer schneller aufgeholt. Somit bleibt immer weniger Raum für Unterschiede der Wohlfahrtsstaaten. Daraus folgt die Reduzierung des Wohlfahrtsstaates auf den kleinsten gemeinsamen Nenner, mit der Tendenz zu weiteren Kürzungen. Die Legitimität und Stabilität des Wohlfahrtsstaats verschwindet also durch die fehlende ökonomische Handlungsfähigkeit des Staates (vgl. Castells 2016b: 285 ff.).

Die Zukunft von Wohlfahrtsstaaten

” [Die] Privatisierung des globalen Humanitarismus unterminiert allmählich einen der letzten Gründe für die Notwendigkeit des Nationalstaates. “

Castells (2016b: 303)

Das Ende des letzten Kapitel lässt uns pessimistisch zurück. Bedeutet die immer weiter sinkende Legitimationsfähigkeit von Nationalstaaten zwangsweise das Ende des Sozialsystems? Was kann die Alternative dazu sein? Im Folgenden sollen kurz ausgewählte Ansätze beleuchtet werden, welche eine Reaktion auf dieses Dilemma darstellen. Einige Tendenzen, den demokratisch legitimierten Wirkungsraum auszudehnen, werden einer Betrachtung unterzogen. Ziel dieser Perspektive ist es, auszuloten, welches Fundament bereits besteht, um diesen globalen Raum zu erschließen.

Die von Wolfgang Streeck zum Ausdruck gebrachte Ratlosigkeit (vgl. Streeck 2015: 76) führt zu einem ernüchternden Blick in die Zukunft mit begrenztem nationalstaatlichen Handlungsspielraum. Streeck sieht

die Spätzeit der Demokratie, in der eine Reduktion auf Rechtsstaat und öffentliche Unterhaltung besteht (vgl. Streeck 2015: 70), am Horizont. Diese Endzeit zeichnet sich durch eine dreifache Krise der Banken, der Staatsfinanzen und der Realökonomie aus (vgl. Streeck 2015: 72 ff.). Ermöglicht wurde dieser Komplex aus Krisen durch die innere Logik der Politik. Diese präferiert kurzfristige Lösungen, das steht langfristigen Lösungen im Wege (vgl. Streeck 2015: 76). In der Folge einer Legitimationskrise kann die Notwendigkeit beobachtet werden, das administrative System so weit wie möglich vom legitimatorischen System unabhängig zu machen (vgl. Habermas 1983: 98). Das politische System übernimmt in der Folge Aufgaben der Ideologieplanung (vgl. Habermas 1983: 99).

Neben diesem pessimistischen Szenario können aber auch Chancen erkannt werden. So folgt zwar eine Entstaatlichung und eine Entnationalisierung von Gesellschaft (vgl. Castells 2016b: 293), jedoch kann gerade der beschriebene Machtverlust eine Bedingung für das Fortbestehen von Nationalstaaten (vgl. Castells 2016b: 303) sein, da diese, würden sie sich dem oben beschriebenen Mechanismen als einzeln agierende, verschließen, noch mehr Legitimitätsverlust hinnehmen müssten. Wird die Unfähigkeit, alleine zu handeln durch kollektives Handeln kompensiert, reduzieren sich immer die Eingriffsmöglichkeiten.

Staat funktionierte bisher immer im Kontext der Nation und wurde auf Nationalstaat bezogen. Die offene Frage ist, was passiert, wenn die nationale Gemeinschaft nicht länger die relevante Gemeinschaft ist (vgl. Castells 2016b: 345). Ein neuer Ansatz der Trennung von Identität und Instrumentalität könnte an die Stelle des Nationalstaats treten. Folglich besäßen neue Machtverhältnisse die Fähigkeit, instrumentelle Netzwerke auf Grundlage spezifischer Identitäten kontrollieren zu können (vgl. Castells 2016b: 346). Eine Theorie der Macht verdrängt dann eine Theorie des Staats (vgl. Castells 2016b: 346). Dahinter steht die These, dass ein stärkerer Wohlfahrtsstaat in Zukunft nur noch in supranationalen demokratisch legitimierten Gebilden möglich ist. Es gibt keinen anderen sichtbaren demokratisch le-

gitimierbaren Akteur auf internationaler Ebene, jedenfalls wenn die soziale Sicherung nicht an die Privatwirtschaft abgegeben werden soll.

Der Staat schuf den Nationalstaat in der Neuzeit, nicht die Nationen (vgl. Castells 2016b: 305). Folglich handelt es sich bei Nationalstaaten um ein Elitenprojekt. Eine dann entstehende gemeinsame Geschichte führt zu sozialen Bindungen (vgl. Castells 2016b: 305). Dies zeigt, dass solche Gebilde durchaus willentlich geschaffen werden können. Im internationalen Raum lassen sich dazu zwei verschiedene Strömungen betrachten, zum einen der Super-Nationalstaat und andererseits supranationale Institutionen. Beide können in Bezug auf den Wohlfahrtsstaat eine wichtige Rolle spielen, unterscheiden sich jedoch grundsätzlich in ihrem Charakter. Ersterer ist im Gebilde der EU zu finden. Dabei handelt es sich nicht um *Global Governance*, sondern die Erweiterung der nationalen Interessen (vgl. Castells 2016b: 301 f.). Zweck dieses Verbandes ist somit die Festigung des Nationalstaats, welche in übernational koordiniertem Handeln die Legitimität der Nationalstaaten sichert (vgl. Castells 2016b: 300 f.). Problematisch bei diesem Ansatz ist jedoch, dass es sich nur um eine Integration über den Markt handelt. Gerade die Sozialpolitik spielt auf der Ebene der EU keine Rolle. Ein theoretisches Potenzial muss diesem Gebilde mit Hinblick auf den Wohlfahrtsstaat trotzdem zugeschrieben werden.

Die zweite institutionelle Strömung sind supranationale Institutionen. Dabei sind beispielsweise die WTO, NATO, G7 oder die UN angesprochen (vgl. Castells 2016b: 302 f.): also eine Vielzahl von verschiedenen inhaltlichen Orientierungen, welche im transnationalen Raum Wirkung entfalten. Diese beinhalten gegenwärtig die Aushandlung und Übereinstimmung von Interessen nationaler Regierungen. Daneben führen diese supranationalen Institutionen aber auch ein Eigenleben, welches die Verdrängung staatlicher Macht als Konsequenz hat und gleichzeitig zu einer globalen Bürokratie führt (vgl. Castells 2016b: 303 f.). Das ideologische Potenzial von transnationalen Organisationen wie dem IWF stellt ein Problem dar, weil für diese Institutionen keine demokratisch legitimierte Kontrolle existiert (vgl. Castells 2016b: 304).

Was aber für beide Strömungen festgehalten werden kann ist, dass was den Machtbereich der Nationalstaaten übernimmt, nicht die gleiche Art von Legitimation (vgl. Castells 2016b: 304) wie ein Nationalstaat hat. Dies setzt einen Druck in Richtung von Demokratisierung durch die Notwendigkeit der Legitimation an (vgl. Habermas 1983: 105).¹⁰ Jedenfalls besteht in einer solchen Welt die neue Rolle des Nationalstaats in der Legitimierung supranationaler Mechanismen (vgl. Castells 2016b: 344). Folglich geht der Souveränitätsverlust von Nationalstaaten aufgrund der Abhängigkeit von diversen Machtstrukturen und -quellen (vgl. Castells 2016b: 345) noch weiter.

Abseits dieser Bestrebung muss ein weiterer Aspekt angesprochen werden, gerade aufgrund der in vielen europäischen Ländern präsenten, nationalistisch ausgerichteten politischen Strömungen. Es handelt sich um die Idee vom Nationalstaat, welcher seine Stärke aus einer gesellschaftlichen Homogenität speist und eine klare kulturelle Identität aufweist (vgl. Castells 2016b: 347). Diese Idee scheint in einer globalisierten Welt absurd, bietet aber viele Projektionsflächen zur vermeintlichen Lösung der gegenwärtigen Probleme. Gerade die Hoffnung auf die Wiedererlangung von verlorengegläubter Souveränität steht dabei im Fokus.

Trotz der Veränderung der Charakteristika von Nationalstaaten spricht momentan nichts für ihr Verschwinden. Ihr Einfluss bleibt bestehen, jedoch kann Macht nur noch im Verbund generiert werden (vgl. Castells 2016b: 347 ff.). Es gilt einen Widerspruch zu lösen: „Je mehr [...] Staaten den Kommunalismus betonen, desto weniger effektiv werden sie als Mit-Akteure eines globalen Systems der Machtteilung. Je mehr sie auf planetarer Bühne in enger Partnerschaft mit den Agenten der Globalisierung triumphieren, desto weniger repräsentieren sie ihre nationale Basis.“ (Castells 2016b: 348). Ein globaler Gesellschaftsvertrag wäre nötig, um die Unterschiede der einzelnen Nationalstaaten zu sichern. Internationale Zollabkommen könnten ein wichtiger Punkt eines solchen Vertrags sein. Die

¹⁰Zeigt sich z.B. im Wandel der EU, wenn die Demokratisierung auch nicht intendiert war.

Chancen dafür scheinen jedoch schlecht zu stehen (vgl. Castells 2016b: 286).

Wir sehen an dieser Stelle also viel Schatten, doch ebenso Licht. Jedoch bildet sich keine klare Tendenz heraus, welcher man zwingender Weise folgen müsste. Es bleibt spannend, die Entwicklung weiterhin aufmerksam zu beobachten.

Kritik

Die Kritik muss fragmentarisch bleiben und soll eher aufzeigen, dass eine Vielzahl von ungewissen Faktoren existieren, welche die Aussagefähigkeit stark einschränken. Gerade im Bereich der Wirtschaft fließen Befindlichkeiten, Stimmungen und verzögerter Anpassungsmechanismen in die Analyse ein. Bestes Beispiel dafür ist das Auswerten von Wachstumszahlen. Was Streeck als einsetzende Krise bereits vor 2008 beschreibt, kann auch andere Ursachen haben. So erklärt Castells, dass ein Zeitversatz zwischen Entwicklung, gesellschaftlicher Durchdringung und Akzeptanz besteht (vgl. Castells 2016b: 98 f.). Darum kann eine Zeit lang, von den 1970ern bis in die 1990er, ein Rückgang der Produktivität gemessen werden. Messinstrumente müssen jedoch auch erst auf eine Veränderung eingestellt werden. So ist eine solche Messung zum einen generell mit Problemen behaftet und zum anderen durch den veränderten Charakter der Investitionen verzerrt (vgl. Castells 2016a: 101 ff.).

Pauschal von Wohlfahrtsstaat zu sprechen ist schwierig. Der Wohlfahrtsstaat zeichnet sich durch eine Vielzahl an Leistungen aus, welche wiederum verschiedene Bevölkerungsgruppen betreffen. Je nachdem, wie ausgeprägt verschiedene Gruppen vertreten sind und welche Möglichkeiten der gemeinsamen Organisation wahrgenommen werden, besteht eine unterschiedliche Repräsentation innerhalb des politischen Systems. Da im Zuge des demographischen Wandel, die Gruppe an älteren Personen mit mehr Macht ausgestattet wird, kann von dieser Seite mehr Druck ausgeübt werden. Es kann zwar sein, dass Arbeitsverhältnisse flexibilisiert, jedoch Rentenansprüche gefestigt werden. Es ist schwer, solche Tendenzen

gegeneinander aufzurechnen und generell von einem Abbau des Wohlfahrtsstaat zu sprechen.

Um ein umfangreicheres Bild der Auswirkung des technischen Wandels zu zeichnen, müssten weitere Teilbereiche einbezogen werden, die eine breitere Perspektive erlauben. So ist das sich wandelnde Mediensystem in Wechselwirkung mit dem politischen System mitverantwortlich für die Veränderung und Auflösung von Legitimation. Außerdem können damit Tendenzen, die eine Stärkung des Nationalismus trotz der Krise des Nationalstaats bewirken (vgl. Castells 2016b: 346) besser gefasst werden, gerade im Kontext lokaler Medien, die diese Gegenbewegung zur Globalisierung mit tragen (vgl. Castells 2016b: 291).

Die Auseinandersetzung um die vorherrschende Gesellschaftsordnung wurde in dieser Arbeit komplett ausgeblendet, gerade was die beiden sich gegenüberstehenden Pole bei Streeck und Castells angeht. Wo ersterer immer noch eine kapitalistische Ordnung sieht, welche daher auch nur innerhalb einer Theorie des Kapitalismus zu verstehen ist (vgl. Streeck 2015: 51), beschreibt Castells dieses Paradigma als sich in Auflösung befindend. Diese beiden Ansichten könnten im Kontext dieser Arbeit auch als sich entgegenstehende und kollidierende Ansichten betrachtet werden. Hier wurden aber die übereinstimmenden Elemente betont und somit die Position Castells in ihrem Gewicht eingeschränkt. Trotzdem muss angemerkt werden, dass die von Castells vertretene Position des Informationalismus viele der losen Punkte bei Streeck aufklären könnte, vor allem wenn es um die von ihm angesprochene Ratlosigkeit (vgl. Streeck 2015: 76) geht. So könnte man auch argumentieren, dass Wolfgang Streeck den Paradigmenwechsel schlicht verpasst hat und sich in der Endzeit wiederfindet, weil seine Erklärungsmuster am Gegenwartsbezug scheitern.

Fazit

Dieser Beitrag versteht sich nicht als Kapitalismuskritik, sondern bestenfalls als Warnhinweis für alle, welche weiterhin vor einer demokratischen Erweiterung über Nationalstaaten hinaus zurückschrecken. Ein Festhal-

ten an den nationalen Befugnissen wird die Herrschaft der Konzerne auf lange Sicht festigen und allen Bestrebungen nach sozialer Grundsicherung den Boden rauben. In einer Welt, mit diesen technischen Möglichkeiten, kann es kein Zurück zu nationalen Befugnissen geben. Die Wertschöpfung geschieht digital. Der Informationsfluss lässt sich nicht effektiv an nationalen Grenzen stoppen. Und wenn doch, dann nur zum Preis der Freiheit der Bevölkerung.

Wir stehen also an einem Wendepunkt zwischen Freiheit, international demokratisch legitimer Handlungsfähigkeit, einer pluralen Gesellschaft und der Möglichkeit auf soziale Grundsicherung einerseits und andererseits der Kontrolle durch Konzerne, eingeschränkter Freiheit, Gesellschaften mit der Tendenz sich zu homogenisieren und einem im ständigen Unterbietungswettbewerb der Staaten verschwindenden Sozialsystem. Die Globalisierung gefährdet in der gegenwärtigen Form den Wohlfahrtsstaat und damit verbunden auch die Legitimität des Nationalstaats (vgl. Castells 2016b: 285). In diesem Kontext ist die Wichtigkeit der EU und der Weltgesellschaft kaum zu überschätzen. Der Kapitalismus muss regulierbar bleiben, wenn man den Wohlfahrtsstaat oder die dadurch gewährten Leistungen sichern möchte (vgl. Streeck 2015: 70).

Das Bewusstsein darüber, dass traditionelle Verteidigungslinien des Staates durch technologische Faktoren nutzlos und somit wirkungslos werden, ist eine der wichtigsten Erkenntnisse dieser Arbeit. Dieser Öffnungsprozess muss auch von einem Schließungsprozess begleitet werden. Klar ist, dass es keine Zwangsläufigkeit gibt, dass eine Krise von selbst an ein gutes Ende kommt (vgl. Streeck 2015: 50). Gesellschaft muss gestaltet werden. Gerade im Kontext sich verschiebender Kräfteverhältnisse ist diese bewusste Gestaltung umso wichtiger.

Probleme beschreiben muss nicht bedeuten, Lösungen zu finden (vgl. Streeck 2015: 50), was nicht Aufgabe der Soziologie ist. Sie soll nur Problemstellungen herausarbeiten und Ursachen finden. Die besondere Schwierigkeit besteht darin, dass der Ursache-Wirkung-Zusammenhang im gesellschaftlichen Kontext große Zeiträume in Anspruch nimmt (vgl.

Streeck 2015: 56). Jedoch lässt das vergangene halbe Jahrhundert zu, klarere Schlüsse zu ziehen. Technologie führt glücklicherweise auch zu gesteigerter Erkenntnismöglichkeit und damit zur Gelegenheit, ein gesteigertes Bewusstsein zu entwickeln (vgl. Castells 2016b: 300). Der Kapitalismus muss nicht abgeschafft oder überwunden werden. Vielmehr müssen Strukturen geschaffen werden, die es erlauben, ihn global fassbar und kontrollierbar zu machen, wenn ein demokratisch legitimiertes Solidarsystem einem privatwirtschaftlichen vorgezogen werden soll. In letzter Konsequenz wird der Weltstaat durch die technischen Möglichkeiten determiniert. Ansonsten gibt es keine Möglichkeit, einen Wohlfahrtsstaat aufrecht zu erhalten.

Literaturverzeichnis

- Castells, Manuel (2016a): Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft: Das Informationszeitalter. Wirtschaft. Gesellschaft. Kultur. Band 1. Wiesbaden: Springer VS.
- Castells, Manuel (2016b): Die Macht der Identität: Das Informationszeitalter. Wirtschaft. Gesellschaft. Kultur. Band 2. Wiesbaden: Springer VS.
- Guéhenno, Jean-Marie (1994): Das Ende der Demokratie. München: Artemis & Winkler.
- Habermas, Jürgen (1983): Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Malcomson, James M. (1986): Some analytics of the laffer curve. *Journal of Public Economics* 29(3): 263–279.
- Streeck, Wolfgang (2015): Gekaufte Zeit: Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus. Berlin: Suhrkamp.
- Ullrich, Carsten G. (2005): Soziologie des Wohlfahrtsstaates: Eine Einführung. Campus Studium. Frankfurt am Main: Campus.
- Weber, Max (1980): Wirtschaft und Gesellschaft. Tübingen: Mohr.

Weber, Max (2015): Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus. Hamburg: Nikol.

Wie kann bildungstheoretische Didaktik eine stärkere Inhaltsorientierung für die Erwachsenenbildung bieten?

Didaktische Analyse am Beispiel von Bildung für nachhaltige Entwicklung

KATHRINA SCHAFHAUSER

Abstract

In der Erwachsenenbildung sind die zu vermittelnden Bildungsinhalte zu Gunsten der Vermittlungsmethoden in den Hintergrund gerückt. Für die nachhaltige Gestaltung einer lebenswerten Zukunft ist aber gerade die Auseinandersetzung mit den dafür benötigten Bildungsinhalten und -werten notwendig. Im vorliegenden Beitrag wird die Planung einer Veranstaltung zum Thema Bildung für nachhaltige Entwicklung an einem ausgewählten Beispiel dargestellt.

Schlagworte: Bildung für nachhaltige Entwicklung, didaktische Analyse, Erwachsenenbildung, Gestaltungskompetenz, bildungstheoretische Didaktik, Nachhaltigkeit

Warum sind Inhalte als Basis didaktischen Handelns wichtig?

In der Erwachsenenbildung ist seit der reflexiven Wende in den 1980ziger Jahren mit der Hinwendung zu den Teilnehmenden zusehends das Wissen, das vermittelt werden soll, in den Hintergrund gerückt und die Form der Aneignung des Wissens in den Vordergrund getreten. „Es interessiert der ‘lernende Erwachsene’. Der Gegenstand auf den sich dieses Lernen richtet, gerät dabei aus dem Blick“ (Nolda 2001: 107). Diese Entwicklung sorgt zunehmend für Kritik und die Forderung nach einer neuen Inhaltlichkeit (Lehner 2013: 7) wird in der Fachliteratur diskutiert: „Die Kernaufgabe didaktischen Handelns, die Vermittlung zwischen Thema und Lernendem ist nahezu aus dem didaktischen Diskurs verschwunden“ (Lehner 2013: 1).

Einen Trend zur Rückbesinnung auf die Inhalte beobachtete Wolfgang Klafki in den 1950er Jahren in der Schulpädagogik, und entwickelte in dieser Diskussion die didaktische Analyse als Werkzeug, den zu vermittelnden Inhalt einer Sache zu spezifizieren.

Mit *Bildung für nachhaltige Entwicklung* ist eine Bildung gemeint, die Menschen zu zukunftsfähigem Denken und Handeln befähigt, d.h. welche Konsequenzen hat aktuelles Handeln für zukünftige Generationen, wie kann eine lebenswerte Zukunft gestaltet werden. „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung spielt eine wichtige Rolle in den bildungstheoretischen und praktischen Diskussionen“ (Michelsen 2005: 31). Bildung für nachhaltige Entwicklung soll in der formalen, non-formalen und informellen Bildung integriert werden. Eine Bildung für nachhaltige Entwicklung benötigt einerseits Fachwissen, andererseits werden sich daraus Kompetenzen zur Gestaltung der Zukunft entwickeln.

Am Beispiel der Bildung für nachhaltige Entwicklung soll mittels der didaktischen Analyse von Wolfgang Klafki (1965) aufgezeigt werden, dass eine stärkere Inhaltsorientierung möglich und nötig ist. Mit dem Instrument der didaktischen Analyse deshalb, weil für die Bildung für nachhalti-

ge Entwicklung an erster Stelle eine Auseinandersetzung mit den Inhalten nötig ist, um das entsprechende Wissen – ohne das die Bildung für nachhaltige Entwicklung nicht verstanden werden kann – zu vermitteln. Daran anschließen muss sich aber auch eine Auseinandersetzung mit der Art der Wissensvermittlung, der Methodik und der Kompetenzentwicklung. Gerade solche komplexen Themengebiete wie die Bildung für nachhaltige Entwicklung erfordern ein solches Vorgehen. Dieses Vorgehen wird in der vorliegenden Arbeit zum besseren Verständnis anhand eines Beispiels – Planung einer Veranstaltung zur Bildung für nachhaltige Entwicklung – dargestellt.

Um diese Analyse durchführen zu können, werden in den nächsten Kapiteln zunächst einige Begrifflichkeiten erläutert: Im zweiten Kapitel sind die geschichtliche Entwicklung der Bildung für nachhaltige Entwicklung und ihre Inhalte dargestellt. Eine kurze Einführung zur bildungstheoretischen Didaktik erfolgt im dritten Kapitel. Im vierten Kapitel wird die didaktische Analyse allgemein erklärt. Es schließt sich im fünften Kapitel die Durchführung der didaktischen Analyse – für die Planung einer Bildungsveranstaltung – zum Thema Bildung für nachhaltige Entwicklung an. Chancen und Grenzen bildungstheoretischer Didaktik werden im sechsten Kapitel diskutiert und im siebten Kapitel erfolgt die Diskussion über Chancen und Grenzen der Bildung für nachhaltige Entwicklung. Abschließend werden im achten Kapitel die gewonnenen Erkenntnisse vor dem Hintergrund der Forschungsfrage kritisch reflektiert und zusammengefasst.

Bildung für eine nachhaltige Entwicklung

Das Prinzip der Nachhaltigkeit stammt ursprünglich aus der Forstwirtschaft, 1713 beschrieb Hans Carl von Carlowitz in seinem Buch *Silvicultura Oeconomica*, dass nur so viel Holz eingeschlagen werden darf, wie auch wieder nachwachsen kann (Carlowitz 2013). Dieser Grundgedanke – den kommenden Generationen ebenso gute Bedingungen zu gewährleisten wie der gegenwärtigen Generation – wurde 1987 als politisches Leit-

prinzip durch den Brundtland-Bericht formuliert: Nachhaltige Entwicklung ist eine Entwicklung, die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen (Hauff 1987). Nachhaltigkeit bezieht sich seitdem auf die drei Säulen Ökologie, Soziales und Ökonomie. Auf der Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung in Rio 1992 wurde die nachhaltige Entwicklung *Sustainable Development* zu einem weltweit anerkannten Leitbild staatlichen Handelns erklärt. Ein Ergebnis der Konferenz war die *Agenda 21*: ein bildungs- und umweltpolitisches Aktionsprogramm, das unter anderem eine „Neuausrichtung der Bildung auf eine nachhaltige Entwicklung“ (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit 2001: 280) forderte. 2002 wurde auf dem Weltgipfel *Rio+10* in Johannesburg die Weltdekade *Bildung für nachhaltige Entwicklung* von 2005–2014 ausgerufen. Im vergangenen Jahr wurden von den Vereinten Nationen Ziele nachhaltiger Entwicklung – Sustainable Development Goals – SGDs verabschiedet (United Nations 2015). Diese Ziele können nur durch eine Bildung erreicht werden, die über eine reine Wissensvermittlung hinausgeht: Vorausschauendes Denken, interdisziplinäres Wissen, autonomes Handeln, Partizipation an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen. Dies sind Kompetenzen, die mit einer Bildung für nachhaltige Entwicklung erworben werden sollen. Unter dem Begriff *Gestaltungskompetenz* fasste Gerhard de Haan diese Kompetenzen 2008 im „Transfer-21“-Programm zusammen. Ein Bestandteil der SGDs ist eine globale Bildungsagenda für die Jahre 2016–2030: „Bis 2030 sicherstellen, dass alle Lernenden die notwendigen Kenntnisse und Qualifikationen zur Förderung nachhaltiger Entwicklung erwerben, unter anderem durch Bildung für nachhaltige Entwicklung und nachhaltige Lebensweisen, Menschenrechte, Geschlechtergleichstellung, eine Kultur des Friedens und der Gewaltlosigkeit, Weltbürgerschaft und die Wertschätzung kultureller Vielfalt und des Beitrags der Kultur zu nachhaltiger Entwicklung“ (UNESCO 2015). Für die Umsetzung der Bildungsagenda ist deshalb das Weltaktionsprogramm Bildung für nachhaltige Entwick-

lung von 2015–2019 von der UNESCO ausgerufen worden. Vereinfacht gesprochen geht es darum zu erkennen, dass lokales Handeln globale Folgen haben kann und im Sinne eines Generationenvertrages nur gemeinsam eine lebenswerte Zukunft gestaltet werden kann.

Gerade in dieser einfachen Erkenntnis liegt die Schwierigkeit der Bildung für nachhaltige Entwicklung. Mit dem Konzept der Nachhaltigkeit werden immer die drei Bereiche Ökonomie, Ökologie und Soziales eingeschlossen, erst durch „eine gemeinsame Sicht dieser verschiedenen Aspekte“ (Michelsen 2005: 31) können Probleme und Lösungsmöglichkeiten verstanden werden. Um den Blick auf die globale Perspektive zu erweitern, sind Kooperationen lokaler Bildungseinrichtungen zu empfehlen, z.B. durch lokale *Agenda-21*-Prozesse (Michelsen 2005). Bildung für nachhaltige Entwicklung kann auch durch non-formale und informelle Bildung erworben werden, z.B. eigenverantwortlich organisierte Reisen in andere Länder, um sich als Teil der Weltgesellschaft erfahren zu können.

Die bildungstheoretische Didaktik

Die bildungstheoretische Didaktik wurde von Wolfgang Klafki in den 1950er Jahren als eine Didaktik der Bildungsinhalte entwickelt, die sich mit der Erschließbarkeit von fachlichen Inhalten befasst (Lehner 2009). Die pädagogische Diskussion verlagerte damals ihren Schwerpunkt, von der Frage der Methodik: Wie kann etwas vermittelt werden, auf die Frage der Didaktik: Was soll vermittelt werden; und damit auf die „Theorie der Bildungsinhalte und -werte“ (Klafki 1965: 25). Es stand die Frage im Raum, was Bildung eigentlich ist. Bezugspunkte für eine Reflektion der Frage waren für Klafki die Bildungstheorien: Die materialen Bildungstheorien, die den Blick auf die Objektseite, also die Inhalte legen und die formalen Bildungstheorien, die das Subjekt, welches gebildet werden soll, im Blick haben (Klafki 1965: 27).

Die materialen Bildungstheorien teilen sich auf in zwei Grundformen:

1. Den bildungstheoretischen Objektivismus: Gebildet ist, wer möglichst viel Wissen enzyklopädisch angehäuft hat. Wissensaufnahme findet in Form von Inhalten statt, die als Kulturinhalte verstanden werden. „Ziel des Bildungsprozesses ist hier das ‘auf der Höhe der Kultur’ stehen“ (Klafki 1965: 28). Die Inhalte werden unhinterfragt als gültig und werthaltig angenommen. Kritikpunkte dieses Ansatzes waren die stetig wachsenden Inhalte und die fehlenden Auswahlkriterien (Klafki 1965).
2. Die Bildungstheorie des Klassischen: Gebildet ist, wer z.B. Goethe und Schiller gelesen hat, denn nicht jeder Kulturinhalt ist bildend, „wahrhaft bildend ist nur das Klassische“ (Klafki 1965: 30). Aber wer legt fest, was klassisch ist?

Die formalen Bildungstheorien gliedern sich ebenfalls in zwei Grundformen:

1. Die Theorie der funktionalen Bildung: Gebildet ist, wer seine verborgenen geistigen und körperlichen Fähigkeiten und Kräfte so entwickeln kann, dass er diese Kräfte auch auf andere Situationen übertragen kann. Aber durch welche Inhalte werden diese Kräfte entwickelt (Klafki 1965)?
2. Und die Theorie der methodischen Bildung: Gebildet ist, wer das Lernen gelernt hat, wer Methode hat. Die Selbsttätigkeit der Lernenden rückt hier in den Blick. Trotzdem bestimmt der Inhalt die Methode – so die Kritik.

Die Bildungstheorien schafften es nach Klafki nicht ausreichend, „den Wesenskern des Bildungsphänomens und des Bildungsvorganges theoretisch in den Griff zu bekommen“ (Klafki 1965: 38). In der kategorialen Bildung versuchte Klafki, dieses „Wesen der Bildung“ (Klafki 1965: 39) zu fassen. Aus den materialen Bildungstheorien wurde der Aspekt der Inhalte übernommen: Ein Inhalt kann als Allgemeinbildung verstanden werden, wenn er eine Rolle im Leben des Lernenden spielt, wenn er ihm eine

Bedeutung in Gegenwart und Zukunft zuerkennt. Um die Inhalte zu verstehen, muss „der Schüler den ‘Weg’, der zu ihnen führt, mindestens in vereinfachter Form selbst gehen“ (Klafki 1965: 41), diesen Gedanken übernahm Klafki aus den formalen Bildungstheorien.

Um diese Bildung zu ermöglichen, darf kein Spezialwissen vermittelt werden und kein Vorratslernen betrieben werden, für die Wahl der Inhalte muss gefragt werden: Was ist das Elementare, also welches allgemeine Prinzip wird vermittelt? Was ist das Exemplarische – an welchen Beispielen kann das Allgemeine im Besonderen nachgebildet werden? Was ist das Typische, welche fundamentale Einsicht kann mit diesem Inhalt erlangt werden (Lehner 2009)?

Um diese Bildungsinhalte zu bestimmen, entwickelte Klafki die *didaktische Analyse* als Kern der Unterrichtsvorbereitung (Klafki 1965: 126).

Die didaktische Analyse

Die Kernfrage der didaktischen Analyse ist die Frage nach der zu vermittelnden Sache, nach den Bildungsinhalten. Erst wenn diese Frage geklärt ist, können methodische Überlegungen angestellt werden (Klafki 1965). Ein Bildungsinhalt steht für viele Kulturinhalte, er soll das Grundsätzliche, das Allgemeine sichtbar machen.

Nach Klafki gliedert sich die didaktische Analyse in fünf Grundfragen, die „im Verhältnis wechselseitiger Abhängigkeit voneinander“ (Klafki 1965: 135) stehen, deren Reihenfolge deshalb abweichen kann und deren Einzelantworten erst in Verbindung mit allen weiteren Antworten vollständig sind.

1. Welchen Sinn- oder Sachzusammenhang erschließt dieser Inhalt? Wofür ist das Thema exemplarisch, typisch?
2. Welche Bedeutung hat der Inhalt für die Gegenwart der Lernenden? Spielt das Thema bereits eine Rolle in der Lebenswelt?
3. Welche Bedeutung hat der Inhalt für die Zukunft der Lernenden? Ist er Allgemeinbildung?

4. Was ist die Struktur des Inhaltes?
5. Wie kann die Struktur zugänglich, begreifbar gemacht werden? Welches sind die besonderen Fälle, Situationen, Personen, Ereignisse?

Mit der „didaktischen Analyse soll ermittelt werden, worin der allgemeine Bildungsinhalt des jeweils besonderen Bildungsgehaltes liegt“ (Klafki 1965: 134).

Didaktische Analyse beispielhaft durchgeführt am Thema Bildung für nachhaltige Entwicklung

Um zu verdeutlichen, wie sinnvoll die didaktische Analyse zur Planung einer Bildungsveranstaltung genutzt werden kann, wird sie im Folgenden an einem praktischen Beispiel durchgeführt.

Eine Bildungsveranstaltung soll für Waldbesitzende geplant werden, unter der Annahme, dass die betreffenden Personen ihren Wald geerbt oder gekauft haben und bisher noch keine Erfahrung mit nachhaltiger Forstwirtschaft sammeln konnten, bzw. noch keine Veranstaltungen zum Thema Bildung für nachhaltige Entwicklung besucht haben.

Der größere Sinn- oder Sachzusammenhang, den Bildung für nachhaltige Entwicklung in diesem Fall exemplarisch verdeutlicht, ist der der nachhaltigen Bewirtschaftung eines Waldstücks: Es soll nicht mehr genutzt werden, als auch nachwachsen kann. Diese Nachhaltigkeit darf nicht nur auf eine einzelne Holzernthemaßnahme in einem Winter angewendet werden, sondern muss auf eine gesamte Umtriebszeit bezogen werden. Die Umtriebszeit ist abhängig von Baumart, Bewirtschaftungsziel und angestrebter Holzverwertung. Die Umtriebszeit kann also als angestrebter Erntezeitpunkt eines Baumes verstanden werden. Durch nachhaltige Bewirtschaftung können langfristig anhaltende Erträge mit dem Wald erzielt werden. Ein langfristig, gesichertes Einkommen aus dem Wald – Ökonomie – ermöglicht den Waldbesitzenden, ökologische und soziale Belange besser zu berücksichtigen.

Für den zweiten Punkt der didaktischen Analyse, die Gegenwartsbedeutung, ist es wichtig zu klären, ob das Thema bereits eine Rolle im Leben der Teilnehmenden gespielt hat. Sowohl für die Gegenwart als auch für die Zukunft muss das Konzept der Nachhaltigkeit verstanden werden. Die drei Säulen der Nachhaltigkeit kommen auch hier wieder – mit ihrer wechselseitigen Abhängigkeit – zum Tragen. Für die Zukunft soll das Wissen über nachhaltige Entwicklung angewendet werden und Probleme nicht nachhaltigen Handelns erkannt werden. Die Teilnehmenden erkennen, wie sich ihr Wirtschaften auf die ökonomischen und ökologischen Grundlagen der folgenden Generation auswirken kann.

Die Frage nach der Struktur des Inhaltes kann in mehreren Teilfragen beantwortet werden und muss an den Wissensstand der Teilnehmenden angepasst sein. Hier ist es Bildung, Nachhaltigkeit, nachhaltige Entwicklung, die drei Säulen der Nachhaltigkeit und ihr Verhältnis zueinander. Ist die Struktur des Inhaltes geklärt, geht es noch darum, sie anschaulich zu machen. Die Schwierigkeit der Bildung für nachhaltige Entwicklung liegt darin, den Begriff überhaupt als Ganzes erfassen zu können. Zudem fällt Denken in globalen Dimensionen schwer. Plan- und Rollenspiele können helfen, diese globale Perspektive zu gewinnen, um die es bei Bildung für nachhaltige Entwicklung geht.

Chancen und Grenzen der bildungstheoretischen Didaktik

Die bildungstheoretische Didaktik bietet mit der didaktischen Analyse eine große Chance, sich wieder mehr mit den Inhalten auseinanderzusetzen, sie ist aber auch genau wegen dieser stark inhaltlichen Ausrichtung in die Kritik geraten und wurde von Klafki in den 1980er Jahren zur kritisch-konstruktiven Didaktik weiterentwickelt (Lehner 2009). Kritisch bezieht sich dabei „auf die Forderung, den Unterricht so zu gestalten, dass er den drei grundlegenden Zielsetzungen entspricht: Selbstbestimmungsfähigkeit, Mitbestimmungsfähigkeit, Solidaritätsfähigkeit“ (Lehner 2009:

76). Konstruktiv ist die Aufforderung, sich aktiv an der Verbesserung gesellschaftlicher Verhältnisse zu beteiligen. Diese praktische Orientierung zeigte sich in der „Aufstellung sogenannter Schlüsselprobleme“ (Lehner 2009: 76). Schlüsselprobleme sind z.B. die Umweltfrage, die Ungleichheit der Menschen – also genau Themen, die sich in der Bildung für nachhaltige Entwicklung wiederfinden. Hier bietet die didaktische Analyse die Möglichkeit, pädagogische Schlussfolgerung für diese Themen zu ziehen.

Durch die Analysierung des zu vermittelnden Inhaltes – des Wissens – kann dessen Wirkung nicht als versteckter Lehrplan wirksam werden. Vielmehr können Inhalte teilnehmerorientiert aufbereitet werden, um dadurch ein breiteres Publikum anzusprechen. Durch die Auseinandersetzung mit zu vermittelnden Inhalten können auch komplexe Themen – wie z.B. die Bildung für nachhaltige Entwicklung – *gesellschaftsfähig* gemacht werden. Am Beispiel der Volkshochschulen zeigt sich deutlich, dass eine stärkere Inhaltsorientierung dringend angezeigt ist: In den Volkshochschulen sollen die lokalen *Agenda-21*-Programme umgesetzt werden, sie sind aber nicht als Anbieter von Veranstaltungen für Bildung für nachhaltige Entwicklung präsent (Michelsen 2005). Durch eine stärkere Inhaltsorientierung können Themen wie Bildung für nachhaltige Entwicklung als roter Faden in den Bildungsplänen der Länder angesiedelt werden, damit eine Bildung für nachhaltige Entwicklung in allen Generationen ermöglicht werden kann.

Chancen und Grenzen der Bildung für nachhaltige Entwicklung

Mit Bildung für nachhaltige Entwicklung werden die in der kritisch-konstruktiven Didaktik angesprochenen Schlüsselprobleme bearbeitet. Es geht dabei nicht um die *Katastrophenpädagogik* der 1970er Jahre, die mit der Schilderung drastischer Szenarien im ökologischen Bereich eine Verhaltensänderung der Bürger herbeiführen wollte, sondern um eine umfassende Bildung, die politische Themen, Umweltschutz und soziale The-

men behandelt. Mit einer solchen umfassenden Bildung kann Gestaltungskompetenz erreicht werden: Sach- und Methodenkompetenz können durch eine fächerübergreifende Vermittlung von Wissen erworben und dem Umgang mit Wissenslücken kann durch Einübung von problemlösendem Verhalten begegnet werden. An bereits vorhandenes Wissen wird angeknüpft. Der Erwerb sozialer Kompetenz kann ermöglicht werden, indem zu kooperativem und empathischem Verhalten ermutigt wird, Toleranz und Offenheit für gemeinsames Handeln kann gelebt werden. Die eigenen Grenzen und Potenziale zu erkennen, fördert Selbstvertrauen. Bildung für nachhaltige Entwicklung ermutigt zu vorausschauendem Denken und autonomem Handeln. Die Fähigkeit zur Selbstreflexion führt zur Selbstkompetenz. Kommunikative Kompetenz rundet die Gestaltungskompetenz ab. Bildung für nachhaltige Entwicklung soll zu tragfähigen Kompromissen zwischen den Generationen führen. Bildung für nachhaltige Entwicklung bietet also die Chance für einen echten geistigen Perspektivwechsel der Lernenden, der langfristig zu einer Verhaltensänderung führen kann. Das Problem liegt hier in der Langfristigkeit: langfristiges Denken, ohne kurzfristigen, direkt erkennbaren Nutzen ist unpopulär. Für eine Bildung für nachhaltige Entwicklung muss auch auf politischer Ebene ein Umdenken angestrebt werden. Politische Schwerpunkte sind aber in der Regel kurzfristige, öffentlichkeitswirksame Entscheidungen. Für kurzfristige – oft auch medienwirksame – Entscheidungen ist eine Finanzierbarkeit oder staatliche Förderung meist auch deutlich leichter zu erreichen, als für langfristige und auf den ersten Blick unscheinbare Entscheidungen.

Folglich bleibt die Bildung für nachhaltige Entwicklung häufig in ihrer Praxiswirksamkeit beschränkt, weil sie in der Kompetenz- und Inhaltsdimension verbleibt, oder politisch bedingt verbleiben muss.

Der globale Mentalitätswandel, den Bildung für nachhaltige Entwicklung anstrebt, ist Chance und Grenze gleichermaßen. Für dieses Ziel gilt es Wissen zu vermitteln, sowie Normen- und Wertvorstellungen über die Generationen hinweg zu verändern.

Bildung für nachhaltige Entwicklung muss dafür in den Bildungsplänen verankert werden, nur wenige Bundesländer haben dies bisher realisieren können. Auch in der Erwachsenenbildung wurden bisher kaum Leitlinien zur Bildung für nachhaltige Entwicklung aufgestellt. Hier müssen vor allem Möglichkeiten zur Vernetzung und Finanzierung verbessert werden (Michelsen 2005).

Warum eine stärkere Inhaltsorientierung durch die didaktische Analyse ermöglicht wird

Die eingangs gestellte Frage, ob durch die didaktische Analyse eine stärkere Inhaltsorientierung möglich ist, kann nach den aufgezeigten Sachverhalten nicht mit einem einfachen Ja beantwortet werden. Die Aufforderung, die in der Fachliteratur diskutiert wird, sich bei der Planung einer Bildungsveranstaltung in erster Linie auf die Bildungsinhalte zu konzentrieren, weil nur anhand eines klar definierten Inhaltes auch eine passende Methode gewählt werden kann, wird unterstützt. Durch eine Vorbereitung mittels der didaktischen Analyse erfolgt zwangsläufig eine starke Auseinandersetzung mit den zu vermittelnden Inhalten, sie kann deshalb als angemessenes Werkzeug für die Vorbereitung genutzt werden. Wesentlich entscheidender ist aber noch, dass vorher erkannt wird, dass es Sachverhalte gibt, die nur durch inhaltliche Auseinandersetzung erschlossen werden können.

Genauso wie diese Erkenntnis in den 1950er Jahren in der allgemeinen Pädagogik gereift ist, muss sie jetzt in die Erwachsenenbildung Eingang finden.

Anhand des Beispiels, an dem die didaktische Analyse durchgeführt wurde, ließ sich gut aufzeigen, warum erst die inhaltliche Erarbeitung, also die Auseinandersetzung mit dem zu vermittelnden Wissen, erfolgen muss und dann die Wahl der Methode erfolgen kann. Die nachhaltige Bewirtschaftung eines Waldes ist ein so komplexes Thema, dass Waldbesitzende geringe Chancen haben, das notwendige Wissen zu erwerben,

wenn sie nicht eine entsprechende Bildungsveranstaltung besuchen oder sich selbstorganisiert weiterbilden. Das erworbene Wissen kann als Basis verstanden werden, mit dieser Basis wird Verständnis und Interesse für eine Bildung für nachhaltige Entwicklung geweckt. Auf dieser Basis kann aufgebaut werden, sie kann in den Betrieb der Waldbesitzenden getragen werden, Betriebe können nach weiteren Angeboten suchen, die Perspektive wird erweitert vom Individuum auf den Betrieb. Der Betrieb kann sich weitere Betriebe zu Kooperationen suchen. Die Waldbesitzenden werden durch Bildung für nachhaltige Entwicklung in die Lage versetzt, Bildungsinhalte für sich selbst zu definieren und auch zukünftig mit solchen Bildungsinhalten arbeiten zu wollen.

Im Moment tut sich die Erwachsenenbildung schwer, die Übernahme von vorgegebenen Inhalten nur als ersten Schritt in einem Lernprozess anzunehmen. Das aufklärerische Verständnis des Wissensbegriffs in der Erwachsenenbildung ist zu sehr auf die Form der Wissensaneignung fixiert. Erst wenn der zu vermittelnde Inhalt geklärt wurde, kann zu diesem Inhalt die passende Methode ermittelt werden. Mit diesem Vorgehen kann sowohl einer neuen Inhaltsorientierung als auch einer bewährten Subjektorientierung Rechnung getragen werden.

Literaturverzeichnis

- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Hg. 2001). Agenda 21. Aktionsprogramm der Konferenz für Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen (UNCED) in Rio de Janeiro 1992. <https://www.bmu.de/download/agenda-21/> [09.04.18].
- Carlowitz, Hans Carl von (2013): *Sylvicultura oeconomica* oder Haußwirthliche Nachricht und Naturmäßige Anweisung zur Wilden Baumzucht. München: Oekom-Verlag.
- Hauff, Volker (1987): *Unsere gemeinsame Zukunft: Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung*. Grevin: Eggenkamp.

- Klafki, Wolfgang (1965): Studien zur Bildungstheorie und Didaktik. Weinheim: Beltz.
- Lehner, Martin (2009): Allgemeine Didaktik. Bern: Haupt Verlag.
- Lehner, Martin (2013): Inhalte als zentrale Aspekte einer Didaktik der Erwachsenenbildung. *Magazin erwachsenenbildung.at. Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs* Ausgabe 20: 1–10.
- Michelsen, Gerd (2005): Verpasst die Weiterbildung einen wichtigen Diskurs? Erwachsenenbildung für eine nachhaltige Entwicklung. *Die Zeitschrift für Erwachsenenbildung* (4): 31–34.
- Nolda, Sigrid (2001): Vom Verschwinden des Wissens in der Erwachsenenbildung. *Zeitschrift für Pädagogik* 47(1): 101–120.
- UNESCO (2015). Education 2030 Framework for Action. www.uis.unesco.org/Education/Documents/incheon-framework-for-action-en.pdf [11.08.2016].
- United Nations (2015). Resolution der Generalversammlung, verabschiedet am 1. September 2015: 69/315. Entwurf des Ergebnisdokuments des Gipfeltreffens der Vereinten Nationen zur Verabschiedung der Post-2015-Entwicklungsagenda. <http://www.un.org/depts/german/gv-69/band3/ar69315.pdf> [11.08.2016].

Eine neue Form des Imperialismus

Wie die westliche Ideologie die Welt durchdringt

DOMINIK HUF

Abstract

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit der Frage, ob sich in den vorherrschenden globalen Strukturen eine imperiale Qualität identifizieren lässt. Dazu werden auf der Grundlage der Arbeiten von Michel Foucault Machtmechanismen erkennbar gemacht. Der von Foucault beschriebene Übergang von einer Disziplingesellschaft zu einer Kontrollgesellschaft wird in den Kontext der Kolonialisierung gestellt und es kann gezeigt werden, dass dieser Übergang zu einer Assimilation der kulturell unterschiedlichen Lebenswelten beiträgt. Abschließend werden diese Homogenisierungstendenzen der Kulturen anhand der herausgebildeten gesellschaftlichen Strukturgleichheit empirisch überprüft.

Schlagworte: Imperialismus, Rationalisierung, Weltkultur, Kolonialismus, Biopolitik, Isomorphie

Einleitung

Das Wort *Imperialismus* impliziert historische Kategorien und erinnert an vergangene Weltreiche, wie das römische Reich, das britische Empire, das Mongolenreich oder das persische Reich. Alle diese Imperien waren daran interessiert, ihren Herrschaftsraum auszuweiten und dadurch ihre Macht und militärische Überlegenheit zu demonstrieren. Diese Herrschaftsgebiete wurden von einer elitären Gruppe geführt und mit der Androhung und Ausübung von physischer Gewalt zusammen gehalten und erweitert. In diesem Kontext entstehen für ein Imperium „Assoziationen von herrscherlicher Willkür und roher militärischer Gewalt“ (Osterhammel 2006: 4). Diese Form der Herrschaft wird durch eine autoritäre Zentralgewalt gekennzeichnet, welche das unterworfenen Territorium für die Befriedung der eigenen Interessen ausbeutet. Die Machthaber dieser Imperien sind oftmals von größenwahnsinnigen Ideen motiviert und streben gar die Weltherrschaft an.

Vor diesem Hintergrund scheint ein Imperium eine ziemlich blutige und gewalttätige Angelegenheit zu sein, die sich in den gegenwärtigen friedlichen Zeiten, zumindest innerhalb der westlichen Welt, nicht mehr finden lässt. Doch in welchem Zusammenhang lässt sich dann noch von einem Imperium in der Gegenwart sprechen? Lassen sich alternative Machtmechanismen identifizieren, die ein Herrschaftsreich auszeichnen, welches man Imperium nennen könnte?

In dieser Arbeit wird dem Phänomen nachgegangen, dass eine globale Assimilierung der Lebenswelten stattfindet, die auch die Handlungen und Einstellung der Individuen einschließt. Es entsteht der Eindruck, dass die westliche Ideologie einen universellen Charakter aufweist, der es ermöglicht, alle Individuen unter der integrativen Kraft der Demokratie und der kapitalistischen Marktwirtschaft zu vereinen. An dieser Stelle möchte diese Arbeit ansetzen, wobei die These aufgeworfen wird, dass entgegen dem demokratischen Postulat von Freiheit, Autonomie und Selbstbestimmtheit der Individuen alternative Machtmechanismen identifiziert werden

können, welche individuellen Gehorsam produzieren und damit zu der Vorherrschaft eines spezifischen kulturellen Wertesystems beitragen.

Um dieser Fragestellung nachzugehen, bilden in dieser Arbeit Werke des französischen Soziologen Michel Foucault die theoretische Grundlage. Foucault identifiziert eine neue Form von Herrschaft und Macht und liefert damit eine interessante Perspektive, um ein gegenwärtiges Imperium zu beschreiben. Zunächst sollen historische Entwicklungen die Verbreitung und Institutionalisierung dieses Herrschaftssystems verdeutlichen. Abschließend wird die aufgeworfene These mit den komparativen, makrosoziologischen Studien von John W. Meyer empirisch gefestigt.

Machtmechanismen des Imperialismus

” *Damals schrieb der König seinem ganzen Reich vor, alle sollen zu einem einzigen Volk werden und jeder solle seine Eigenart aufgeben. [M]an solle eine Lebensform übernehmen, die dem [eigenen] Land fremd war.* “

Buch der Makkabäer

Der Imperialismus kann als eine faktische Beherrschung von Ländern außerhalb des eigenen Staatsgebiets bezeichnet werden. Hierbei besteht die große Herausforderung darin, ein multikulturelles Gebilde in eine einheitliche Struktur zu bringen. Es besteht hierbei die Notwendigkeit, in dieser Heterogenität eine soziale Ordnung zu schaffen und zwischen den Interessen der Individuen einen „ideologischen Konsens“ (Wehler 1976: 84) zu bilden, der ein universelles Weltbild formiert. Im Folgenden wird daher der Fokus auf das westliche Weltbild gelegt, wobei die Bedingungen für dessen globales Auftreten herausgearbeitet werden.

Nach dem französischen Soziologen Michel Foucault lässt sich die Ausbreitung und die Produktivität des westlichen Systems beziehungsweise Weltbilds auf Disziplinierungsverfahren aus dem 18. Jahrhundert zurück-

führen. Dabei wird ein Transformationsprozess im Bestrafen von Individuen beschrieben, den Foucault als den Übergang von der Disziplinar-gesellschaft zur Kontrollgesellschaft kennzeichnet. Waren es im 18. Jahr-hundert noch (aus heutiger Perspektive) brutal erscheinende Methoden der öffentlichen Demütigung und Hinrichtung von Gesetzesbrechern, so bilden sich durch die zunehmenden Kenntnisse der Humanwissenschaf-ten Methoden heraus, die auf eine Veränderung des Körpers abzielen. In diesem Zusammenhang wird der Körper aber auch gleichzeitig zu einer „Zielscheibe von Macht“ (Foucault 1976: 174). Es wird nicht weiter physi-sche Gewalt angewendet, um Individuen zu erziehen, vielmehr steht das Verhalten der Personen im Mittelpunkt. Diese „politische Ökonomie des Körpers“ (Foucault 1976: 36) zielt darauf ab, die Haltung von Individuen so zu manipulieren, dass diese zu der Reproduktion eines Herrschaftssys-tems beitragen. Durch verschiedene Institutionen wie Schulen, Gefäng-nisse oder Anstalten werden, nach Foucault, militärische Methoden der Disziplinierung auf andere Gesellschaftsbereiche übertragen. Das Ergeb-nis dieser Methoden ist beispielsweise an einem strukturierten Zeitplan, einer geplanten Sitzordnung oder an dem unterwürfigen und respektvol-len Verhalten gegenüber Vorgesetzten zu erkennen. Dabei wird die Hal-tung der Individuen geformt, wobei ein „kalkulierter Zwang den gesam-ten Körper“ (Foucault 1976: 173) durchzieht und so zur Gewohnheit wird. Die Macht bewegt sich hierbei auf der Ebene der „Mikrophysik“ (Foucault 1976: 38), wobei die Disziplin alle Lebensbereiche durchdringt und so die Individuen der „Bindung an einen Produktionsapparat und der lebens-langen Kontrolle“ unterwirft (Foucault 1976: 41). Auf dieser Basis stellt Foucault die europäische Entwicklung in die Moderne dar. Diese wurde maßgeblich durch die Disziplinierung beeinflusst und wäre ohne diese überhaupt nicht auf diese Weise möglich gewesen. Aus der Disziplin re-sultieren auch ein höheres Wissen und verbesserte Fähigkeiten. Darüber hinaus bringt diese Disziplin die Individuen zu tiefer gehenden Erkennt-nissen über ihren Lebensraum. Der Disziplinierungsmechanismus darf daher nicht nur negativ verstanden werden, etwa im Sinne eines Macht-

instruments. Allerdings ist das Verständnis über diese Techniken und ihre jahrhundertelange Anwendung sowie der gegenwärtige Export dieses Modells über die ganze Welt hinweg grundlegend, um zu erkennen, wie freie Individuen mit ihren Handlungen zur Reproduktion der bestehenden Herrschaft beitragen. Auf den ersten Blick sehen sich die Individuen in einer freien Welt als souveräne Bürger, doch die „Disziplin im Unterbau garantiert Unterwerfung“ (Foucault 1976: 285). Diese Logik ist die Vollendung der bentham'schen Utopie des Panoptikums, eines kreisrunden Gebäudes mit einem Wachturm in der Mitte. Der Wächter in dem Wachturm wird vom Gefangenen nicht gesehen, dies ermöglicht „zu sehen, ohne selbst gesehen zu werden“ (Bentham 2013: 29), was bei den Überwachten ein Gefühl der ständigen Beobachtung auslöst und sie so ständig zu einem regelkonformen Verhalten motiviert. Dieses regelkonforme Verhalten stellt für Foucault die Disziplin dar, wobei sich die Individuen „eingeschlossen in das Räderwerk der panoptischen Maschine“ wiederfinden (Foucault 1976: 279).

An diesem Punkt lässt sich die Sichtweise von Foucault gut auf das gegenwärtige Phänomen des Imperiums übertragen. Dieses Imperium wird zunächst durch die globalen Wertschöpfungsketten und den grenzübergreifenden Welthandel charakterisiert – kurz: durch das kapitalistische Wirtschaftssystem. Um das Funktionieren und das fortschreitende Wachstum dieses Systems zu garantieren, ist es nötig, Wissen und die westliche Ideologie der protestantischen Lebensführung weltweit zu verbreiten. Max Weber zufolge findet diese Lebensführung ihren Ursprung im Calvinismus, wonach jedes Individuum auf der Welt ist, um das unvollendete Werk Gottes zu vollenden. Das Paradies soll bereits im Diesseits realisiert werden, wodurch das Gnadenwohl erlangt wird (Weber 2010a: 152). Der Mensch wird dabei zu einem „Werkzeug göttlicher Macht“ (Weber 2010a: 152). Hier identifiziert Weber die fundamentale Ursache der westlichen Arbeitsmoral, die sich in einer „rastlose[n] Berufsarbeit“ (Weber 2010a: 151) widerspiegelt. Denn nach dieser Vorstellung erlangt jegliche Beteiligung am göttlichen Arbeitsprojekt die Qualität einer Gottesverehrung.

Diese Form des Protestantismus entledigt sich jeglicher Mythen und charakterisiert die Verbundenheit zu Gott durch das nüchterne und körperliche asketische Handeln (vgl. Weber 2010a: 152). Weber kennzeichnet diese – spezifisch westliche – Mentalität als die ausschlaggebende Triebfeder der weltweiten Verbreitung des okzidentalen Kapitalismus. Auf dieser kulturellen Basis trat der Westen den Weg in die Moderne an und lässt sich in seiner kulturellen Werterhaltung noch immer auf diese, ursprünglich religiösen Ideale zurückführen.

Auf dieser Basis werden – mitunter auch – die westlichen Disziplinen und Erkenntnisse der Humanwissenschaft exportiert und mit ihnen ein geteiltes Verständnis einer “richtigen“ Anwendung. Dabei werden viele Institutionen und Bereiche des öffentlichen Lebens miteinander verknüpft, wobei diese das strukturierte und geplante Lebensmodell des westlichen Individuums repräsentieren. Diese Strukturierung kann beispielsweise an der – aus europäischen Klöstern stammenden – Zeitplanung erkannt werden (vgl. Foucault 1976: 192). Hierbei hat sich eine ursprünglich religiöse Praxis auf das Gesellschaftsleben übertragen, wobei sich gegenwärtig eine Art der westlichen Lebensführung, und mit ihr die westliche Disziplin auf alle Bereiche – weltweit – ausbreitet. Die Lebensläufe der Individuen erhalten auf diese Weise, von der Erziehung und Ausbildung, bis hin zum späteren Erwerbsleben, einen hohen Grad an globaler Ähnlichkeit. Die durch diese Institutionen vermittelte Disziplin bringt die „Vielfältigkeit der Menschen in Übereinstimmung“ (Foucault 1976: 281) und transformiert dabei das menschliche Wesen in ein Objekt kühler Kalkulation.

Foucault beschreibt die Entstehung der Disziplinierungstechnologien im 17. und 18. Jahrhundert. Zu dieser Zeit breitete sich die Industrialisierung und Kommerzialisierung in Europa aus. Es entstanden Gesellschaftsgruppen, die in ihrem ökonomischen Status weitgehend selbstständig waren und nach mehr Unabhängigkeit strebten. Diese Gruppen sahen sich durch die Gesetze der jeweiligen Länder in ihrer wirtschaftlichen Freiheit eingegrenzt und formierten sich daher zu einer Opposition gegenüber dem Königtum. Durch diese Spannungen kam es vorerst in England

und Frankreich zu einer bürgerlichen Revolution (Moore 1969). Anknüpfend an diesen Hintergrund bezeichnet auch Foucault das „Bürgertum als herrschende Klasse“ (Foucault 2001: 46 f.) zu dieser Zeit. Das Bürgertum zeichnet sich vor allem durch seine ökonomischen Interessen und den Bestrebungen aus, die freie Spielart des Kapitalismus zu garantieren. Der menschliche Körper wird in diesem Zusammenhang im Wesentlichen auf seine Produktivkraft für die Wirtschaft reduziert (Foucault 2001: 47). Erst die Ausübung der Disziplinierungstechnologien waren für die bürgerliche Gesellschaft das „grundlegende Instrument bei der Errichtung des Industriekapitalismus“ (Foucault 2001: 52). Die Herrschaft, beziehungsweise die Macht, die sich ursprünglich immer in einer Person oder einer elitären Gruppe manifestierte, verschwindet und durchdringt mit neuen Technologien die individuellen Körper. Dadurch wird die angestrebte Souveränität des Einzelnen garantiert, aber auch eingeschränkt. Der soziale Körper wird „zutiefst von den Mechanismen des Disziplinarzwangs“ durchdrungen (Foucault 2001: 53), wobei dabei zum einen die Rechte der Souveränität in eine legitime Illusion geraten und zum anderen die „gesetzmäßige Verpflichtung zum Gehorsam“ (Foucault 2001: 41) sichergestellt wird. So kann zusammenfassend festgehalten werden, dass mit dem Aufkommen des Bürgertums und dessen Herrschaft die Bestrebungen darin lagen, die individuelle ökonomische Freiheit zu sichern und zu garantieren, aber auch ebenso die freien Individuen einer Macht zu unterwerfen, die sie zu disziplinierten und systemtreuen Akteuren formt. Die Körper der Individuen dienen dem Funktionieren der Wirtschaft und sollen möglichst effizient zu deren Verbesserung und Aufrechterhaltung beitragen, wobei der Mensch in der Illusion seiner Freiheit lebt und demnach den Ursprung seiner Handlung im eigenen freien Willen sieht. In diesem Zusammenhang stellt der Philosoph Byung-Chul Han treffend fest: „die Selbstausschöpfung ist effizienter als die Fremdausschöpfung, weil sie mit dem Gefühl der Freiheit einhergeht“ (Han 2013: 93).

Ausgehend von den Disziplinierungsmechanismen beschreibt Foucault einen neuen Machtmechanismus, der nicht mehr länger nur auf den Kör-

per des Menschen ausgerichtet ist, sondern auf den „lebendigen Menschen, den Menschen als Lebewesen“ (Foucault 2001: 286) abzielt. Dabei sind direkte Eingriffe in die Biologie der Menschen gemeint, die auf die Art des Lebens einwirken, um dieses zu verbessern. Das Individuum wird also zunächst durch Institutionen, wie Schulen oder Gefängnissen, zu einem spezifischen Verhalten diszipliniert. Daraus formiert sich die „Disziplinargesellschaft“ (Foucault 2001: 269), deren Mechanismen sich in der weiteren Entwicklung verselbstständigen. Darauf aufbauend greift die neue Machttechnologie intervenierend, mit dem gegenwärtigen Wissen aus den Humanwissenschaften, direkt in die Biologie der Individuen ein, was sich beispielsweise im Gesundheitswesen niederschlägt. Diese Technologie richtet sich an kollektiven Phänomenen aus und möchte gesellschaftliche Gesamtprozesse wie Geburten, Tode, Produktion oder Krankheiten kontrollieren und regulieren (Foucault 2001: 290). Aus dieser Regulierung der biologischen Prozesse und der damit einhergehenden neuen additiven Entwicklung der Disziplinarmechanismen resultiert nach Foucault die „Regulierungsmacht“ (Foucault 2001: 298). Diese Macht steuert das menschliche Leben in der Absicht, „globale Gleichgewichtszustände und Regelmäßigkeiten“ (Foucault 2001: 291) zu erzielen.

An dieser Stelle knüpfen auch Hardt und Negri mit ihrem Buch *Empire* an, indem sie die biopolitische Produktion des Lebens als den grundlegenden Mechanismus identifizieren, der „das imperiale Werk tatsächlich in Gang“ (Hardt & Negri 2002: 37) setzt. Ausgehend von den zugrundeliegenden Disziplinierungsmechanismen der westlichen Gesellschaft wird eine weltweite Assimilation aller Lebensbereiche erzielt, die sich in Verhaltensweisen und Gewohnheiten der Individuen niederschlägt und zu einem neuen Kennzeichen des gegenwärtigen Imperialismus wird. Der von Foucault (1976) beschriebene Übergang von der Disziplinar- zur Kontrollgesellschaft drückt sich dadurch aus, dass die Vermittlung der Disziplin sich nicht länger auf einen institutionellen Rahmen beschränkt, sondern dadurch, dass sich diese Disziplinierungsmechanismen gegenüber den Vermittlungsinstitutionen emanzipieren und in der Folge sämt-

liche gesellschaftliche Bereiche durchdringen. Die Disziplin wirkt nun in dem Ausmaß, in welchem sie komplett von den Individuen internalisiert und ständig reproduziert wird, wobei sich die Individuen gegenseitig anhand der Kriterien von diszipliniertem Verhalten kontrollieren. Die Macht drückt sich in diesem Zusammenhang „als Kontrolle aus, die Bewusstsein und Körper der Bevölkerung und zur gleichen Zeit die Gesamtheit sozialer Beziehungen durchdringt“ (Hardt & Negri 2002: 39). Durch diesen fundamentalen Eingriff in die Gestaltung des Lebens von Individuen und der damit verbundenen Unterwerfung unter eine Ideologie der Disziplin lässt sich die Behauptung aufstellen, dass ein homogenes Muster der Gesellschaft gestaltet wird, welches gleiche Lebensläufe, gleiche Wünsche und Ziele der Individuen, bis hin zu den gleichen Vorstellungen eines guten Lebens produziert. Die Verbreitung der westlichen Disziplin und der damit einhergehenden Formation der Lebensweise ist dabei ein essentielles Charakteristikum des hier beschriebenen theoretischen Konstrukts des Imperiums.

Als Potenzial der biopolitischen Produktion identifizieren Hardt und Negri zum einen transatlantische Konzerne und zum anderen die Kommunikationsindustrien. Das Agieren von transnationalen Konzernen und deren zunehmende Bedeutung auch auf der politischen Bühne (vgl. Coni-Zimmer & Flohr 2014), sowie die Strukturierung von Gesellschaften nach wirtschaftlichen Interessen schafft ein globales Netz von Verbindungen. Dieser komplexe Wirtschaftsapparat und die gleichzeitige monetäre Vereinnahmung der Welt und des Lebens beschreiben Hardt und Negri als die „neue biopolitische Struktur der Welt“ (Hardt & Negri 2002: 46). Foucault setzt in gewisser Weise die Vorbedingungen für diese neue biopolitische Struktur, indem er die westliche Disziplinierung als Voraussetzung für die „Bewältigung der Akkumulation“ (Hardt & Negri 2002: 47), sowie der globalen Ausbreitung des Kapitalismus erfasst. Die Kommunikationsindustrien hingegen werden als ein grundlegendes Element der immanenten Legitimation des Imperiums verstanden, wobei diese eine Landschaft schaffen, in der die Individuen ihr „eigenes Bild der Autorität“ (Hardt &

Negri 2002: 48) produzieren. An dieser Stelle muss man die wirtschaftliche Dimension der sich verbreitenden Disziplinierungsmechanismen festhalten. Diese erziehen nicht nur die Individuen nach einer westlichen Ideologie, sondern garantieren zugleich das Funktionieren der Marktwirtschaft.

Die koloniale Vergangenheit

Um ein historische fundiertes Verständnis für die gegenwärtige Struktur der Welt zu schaffen, soll zunächst die Zeit der Kolonialisierung betrachtet werden, die der westlichen Strukturierung der Welt massiven Aufschwung verschaffte und die Herausbildung eines Imperiums befeuerte. Die westlichen Kolonien dienten – oder dienen – der Ausbeutung von Rohstoffen und der Rekrutierung von günstigen Arbeitskräften. Zudem wurden diese als *Ventile* betrachtet, welche notwendig waren, um die wirtschaftliche Expansion zu sichern und damit den sozialen Frieden innerhalb des Staatsgebiets der Kolonialmacht aufrecht zu erhalten (vgl. Wehler 1976: 85). Diese Vorgehensweise hielt lange Zeit an und bedurfte keiner Rechtfertigung. Erst zu der Zeit nach dem amerikanischen Bürgerkrieg und dem Aufkommen der abolitionistischen Bewegung wurde die Ausbeutung und Unterdrückung von Menschen in Frage gestellt. Die industrialisierten Teile Amerikas, sowie die britischen Eliten sahen in der freien Lohnarbeit die „ideologische Untermauerung des Kapitalismus“ (Burbank & Cooper 2012: 365) und machten so dieses Modell zukunftsfähiger und offener im Vergleich zu der Versklavung von Arbeitern. Trotzdem wurde den Menschen nicht einfach die Freiheit geschenkt. Das hätte womöglich viele Kolonien in der Hinsicht destabilisiert, dass die Ausbeutung der Rohstoffe nicht mehr so reibungslos funktionierte wie bisher. Eine andere mögliche Folge wäre, dass diese Gebiete in Bürgerkriegen zwischen verschiedenen Gruppen, die lokale Machtansprüche erhoben hätten, versunken wären. Letztendlich trägt die abolitionistische Rhetorik dazu bei, dass „moralische Fundament für [die] industriegesellschaftliche Ordnung“ (Eckert 2012: 18) zu bilden.

Die Vorstellung des Westens folgt der stark ethnozentrischen Annahme, dass andere Gesellschaften auf dieselbe Weise zivilisiert werden müssen, wie der Westen selbst, um an einen Entwicklungsstand zu gelangen, den man als modern bezeichnen kann. Dabei ist oft die Rede von einer sogenannten „Notwendigkeit des Fortschritts“ (Eckert 2012: 19). Die europäischen Kolonialherren sahen sich selbst als die Träger von Zivilisation an und waren der Ansicht, dass die unterworfenen Gesellschaften ohne ihren Einfluss nicht zu „Ordnung und Selbstkontrolle“ (Eckert 2012: 19) fähig wären. Aus diesem Grund wurde sichergestellt, dass die dekolonisierten Nationen die westliche Selbstdisziplin adaptieren und so zu „rationalen wirtschaftlichen Akteuren“ (Burbank & Cooper 2012: 366) werden, die damit die Aufrechterhaltung der ökonomischen Strukturen garantieren. Des Weiteren ist die Integration in den Arbeitsmarkt ethnisch und kulturell neutral und birgt damit die Möglichkeit, heterogene Strukturen in ein homogenes Muster zu integrieren. Aufbauend auf diesem Sachverhalt kann die neue imperiale Struktur der Welt als Erbe der Dekolonisation betrachtet werden, als eine Manifestierung der Machtansprüche in kolonisierten Ländern unter anderen Gesichtspunkten, wie der Verlagerung einer physischen und monopolisierten Herrschaft in eine Assimilation, die ihren Ursprung in den Strukturen der eigenen Gesellschaft findet. Herrschaft verteilt sich demnach, und ist nicht länger in der Verkörperung einer Person oder eines Staates zu finden, sondern findet ihren Ausdruck in der Angleichung anderer Länder an die eigenen Strukturen. Das führt zu einer ständigen Abhängigkeit, da stets die gegenwärtigen Verhältnisse, der ursprünglichen Kolonialherren, als das Ziel von Modernität verstanden wird, welche zu erreichen das höchste Bestreben ist. Um diesen Zustand des Fortschritts und der Moderne zu realisieren, der einer europäischen beziehungsweise westlichen Geschichte entspringt, ist es für diese Länder nötig, sich den auferlegten Strukturen zu beugen und sich gleichzeitig in eine Abhängigkeit zu begeben, wobei die eigene Souveränität untergraben wird. Diese Abhängigkeit verläuft auf einer ökonomischen Ebene und fin-

det ihre Manifestation in Institutionen wie etwa dem Internationalen Währungs- und Entwicklungsfond oder in Form von Entwicklungshilfe.

Aus dieser Sicht kristallisiert sich das neue Verständnis als einem Imperium in einer Art Eltern-Kind-Beziehung heraus, in deren Verlauf die Kinder, in diesem Fall die Entwicklungsländer, nach den Vorstellungen und Wünschen der Eltern erzogen und geformt werden und umgekehrt die Kinder, durch einen eingegrenzten Blick- und Handlungsraum, genauso wie die Eltern sein möchten. In diesem Zusammenhang wird auch von einem „erzieherischen und bildenden Einfluss Europas in Afrika“ (Faber 2005: 27) gesprochen.

Wie bereits erwähnt hatte der europäische Ethnozentrismus erheblichen Einfluss auf die Gestaltung der kolonisierten Länder. Die komplette Vereinnahmung der westlichen Ideen und Ideale und die Vorstellungen von Freiheit wurden auf die gesamte Menschheit als universell gültig übertragen. Das gewaltsame Vorgehen in den Kolonien wurde, diesem Verständnis gemäß, nun als legitim betrachtet, da der europäische Einfluss letztendlich auf die Entwicklung der Länder hin zu einer Demokratie nach westlichem Vorbild abzielte. Aufgrund dieser Annahme verlieh die westliche „Zivilisierungsmission“ (Eckert 2012: 20) dem Vorgehen und Verhalten in den Kolonien eine „universelle und demokratische Komponente“ (Eckert 2012: 20) und vereinte damit Kolonialismus und Demokratisierung.

Die Ursprünge der gegenwärtigen Gesellschaftsstrukturen – von ehemals kolonialisierten Ländern – lassen sich mit Hilfe dieser Betrachtungsweise auf ihre westliche Herkunft zurückführen. Es erscheint dahingehend nicht verwunderlich, dass sich die vermittelte westliche Ethik von den Institutionen, in denen diese vermittelt wird, befreit und das individuelle Leben durchdringt. Ein historischer Ausdruck davon lässt sich in der Dekolonisierung sehen, die erst auf Druck von gebildeten Eliten der unterworfenen Länder befeuert wurde. Diese Eliten wurden durch ihr Studium in Europa von den „großen politischen Ideen des Westens – Freiheit, Demokratie, Recht auf Menschenwürde, Nationalismus“ (Geiss 1965: 428)

motiviert und strebten danach, diese Ideale auch in ihren Heimatländern zu realisieren. In gewisser Weise findet man hier den neuen Ausdruck des Imperiums, der sich durch die Assimilierung von westlichen Strukturen und Idealen formiert hat. Natürlich gaben die Kolonialmächte diesem Druck nach, nicht nur aus Angst vor einer Radikalisierung der Kolonien oder einer Entwicklung in kommunistische Richtung (vgl. Geiss 1965: 428), sondern auch aufgrund der Überzeugung, dass die eigenen Ideale überlegen waren.

Die Europäer standen während des Prozesses der Dekolonisation, der durch völkerrechtliche Ansichten und dem damit einhergehenden globalen Wertewandel befeuert wurde, vor dem wichtigen politischen Ziel, mit den ehemals unterworfenen Staaten eine harmonische Beziehung aufzubauen (vgl. Jansen & Osterhammel 2013: 7 f.). Die Intention der ehemaligen Kolonialmächte war es, ihre Vorherrschaft und Einflussnahme auch in einem modernen Kontext, also ohne Anwendung physischer Gewalt, zu sichern. Durch die Internalisierung von Normen, Regeln und Gesetzen wirkt die beherrschende Gewalt auf einer anderen Ebene und sorgt dadurch für die Aufrechterhaltung der gewünschten Ordnung (vgl. Mann 2004: 113). Die angestrebte politische und soziale Stabilität wurde zum einen durch die Schaffung einer einheitlichen Ordnung, die im Prozess der Dekolonisation die Grundlage für den erfolgreichen Übergang in die Unabhängigkeit war, wie zum anderen durch die Einbeziehung einer Elite, der Privilegien zugesprochen wurden und die bereits vom Kolonialsystem profitiert hatte, erreicht (Jansen & Osterhammel 2013: 59, 77). In Indien lässt sich erkennen, dass die „britische politische Kultur und rechtsstaatliche Demokratie“ (Jansen & Osterhammel 2013: 57) auch nach der Dekolonisation erhalten blieb und damit die in der Kolonialzeit erschaffenen Strukturen als die Grundlage der Unabhängigkeit identifiziert werden können. Aus dieser Perspektive entsteht die Auffassung als formte sich, nach einem massiven Eingriff in die gesellschaftliche Struktur, automatisch eine Welt, die die Freiheiten des Westens anstrebt und somit auf dem Gedankengut der Aufklärung basiert und für die freie Entwick-

lung der Wirtschaft eintritt. In diesem Kontext stellt der Historiker Imanuel Geiss treffend fest, dass der „Kolonialismus als Medium oder Vehikel für die Modernisierung der außereuropäischen Welt“ (Geiss 1965: 423) diene. Hierbei kann wieder Foucaults beschriebene Verselbstständigung der Disziplinarmechanismen erkannt werden, die zu einem neuen biopolitischen Regulationsmechanismus führen und dadurch ein Gleichgewicht in der globalen Bevölkerung herstellen (Foucault 1976: 290). Dieses Gleichgewicht lässt sich in dem Versuch erkennen, eine möglichst homogene Weltgesellschaft zu schaffen, die auf dem westlichen Verständnis von Demokratie aufbaut. Gegenwärtig kann man die Realisierung auch schon in der globalen Angleichung der ökonomischen Strukturen erkennen (vgl. Müller et al. 2014).

Jedoch muss hierbei auch festgehalten werden, dass die Hegemonie des Westens vorrangig auf der Grundlage der „geistig-moralische[n] Erziehung“ (Mann 2004: 130) der kolonialisierten Länder legitimiert wurde, jedoch in der Realität letztlich in der militärischen Überlegenheit ihre wahre Begründung findet. Die massive Anwendung von physischer Gewalt, um westliche Eigenschaften wie Fleiß, Tüchtigkeit, Gehorsam und Duldsamkeit durchzusetzen, führte eher dazu, dass sich dieses harte Vorgehen in einer „Kriegskultur“ (Mann 2004: 128) manifestierte. Das brutale Vorgehen der Kolonialmächte hatte die Disziplinierung der unterworfenen Menschen zum Ziel, veränderte allerdings das Bewusstsein der Individuen eher auf Basis der Erfahrungen, die aus den Gewaltsituationen resultierten, und zerschlugen damit die „kaum vorhanden Strukturen der Disziplinalgesellschaft“ (Mann 2004: 128). Erst die der Bevölkerung eingeräumte Möglichkeit zur demokratischen Teilhabe und die zur Verfügung gestellten Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst befähigte die Kolonialmächte dazu, ihre Kultur effizient durchzusetzen, da nun auch die Unterworfenen Nutznießer der geschaffenen Strukturen waren (vgl. Mann 2004: 133 f.).

Die Rationalität des Westens

Die von den westlichen Mächten vermittelten und aufgezwungenen Kultur- und Strukturmuster sind in einem Rahmen entstanden, der von Max Weber als „okzidentale Rationalisierung“ (Krücken 2005: 12) bezeichnet wird. Darunter wird die westliche Herangehensweise verstanden, die komplexen Strukturen der Natur in handhabbare Modelle zu übertragen und auf dieser Grundlage die Natur nach den menschlichen Bedürfnissen und Interessen zu strukturieren. Spirituelle Verhaltensweisen und Denkmuster werden verdrängt, da diese ihre Legitimation gegenüber rationalen und damit wissenschaftlich begründeten Handlungen verlieren. Weber bezeichnet dieses westliche Phänomen als „die Entzauberung der Welt“ (Weber 2002: 488). Ganz allgemein lässt sich Rationalität als „Fortschritts-glaube, Säkularisierung und die Durchsetzung zweckrationalen Handelns in sämtlichen Gesellschaftsbereichen“ (Krücken 2005: 9) beschreiben. In dieser Rationalität sowie ihrer globalen Verbreitung, sieht auch John W. Meyer die Basis der von ihm entworfenen „Weltkultur“. Dieses Modell kann im Folgenden als Erweiterung des Konzeptes des *Imperiums* dienen. Dabei sollen Strukturen identifiziert werden, die dazu führen, dass Individuen von der gleichen rationalen Lebensauffassung durchdrungen sind. Wie Foucault, so schreibt auch Meyer den Institutionen einen hohen Stellenwert für die Vermittlung und Verbreitung westlicher Ethik zu. Jedoch sind Institutionen zunächst keine materiellen Gebilde, sondern „kulturelle Regeln“ (Meyer et al. 2005: 46), die soziales Handeln ordnen und absehbar machen. Erst die Institutionalisierung dieser Regeln schreibt diesen ursprünglich subjektiven Normen eine universelle Gültigkeit zu und etabliert sie auf einer nahezu unantastbaren Ebene. Hierbei wird also ein anfangs ideologisches Projekt einer Gesellschaft in beispielsweise einer Verfassung institutionalisiert und damit, in seiner Fortentwicklung, zu einer universellen und objektiven Wirklichkeit. Auf dieser Grundlage wird der Handlungs- und Entstehungsraum von Alternativen und Innovationen eingeschränkt, da dieser nur noch im Rahmen der westlichen Rationalität stattfindet. Mit anderen Worten kann man auch sagen, dass alles,

was nicht rational begründet werden kann, seine Legitimität verliert. In gleicher Weise wurde früher durch die „kirchliche Symbolstruktur“ (Meyer et al. 2005: 39) vermittelt, was als wahr und real zu gelten hat. So wird diese Wahrnehmung in der säkularisierten, modernen Welt von dem kulturellen Modell des Westens definiert.

Der zunehmende Einfluss der okzidentalen Rationalität durchdringt nun nahezu alle Lebensbereiche und wirkt sich auch auf die „Organisation des Sozialen“ (Meyer et al. 2005: 44) aus. Erst die rationale Struktur, die das individuelle Leben durchdringt, formt das Imperium in der Hinsicht, dass sich die Akteure ähneln und ihr Leben den gleichen standardisierten Prinzipien folgt. So folgen die Individuen im Allgemeinen auch global dem gleichen Bildungs- und Erwerbslebensweg, sind motiviert von dem Ziel der finanziellen Unabhängigkeit und finden scheinbar ihren Lebenssinn im materiellen Konsum (vgl. Welzer 2013: 64 ff.). Übergreifend kann man diese Assimilierung damit begründen, dass die Individuen in einer sozialen Ordnung eingebettet sind, welche einem kulturellen System unterworfen ist, das seine Ursprünge in einer protestantischen und anglo-amerikanischen Lebensweise hat (vgl. Meyer & Jepperson 2005: 65 ff.). Diese Lebensweise, aus der die westliche Rationalität entstanden ist, durchdringt alle Individuen eines Kulturkreises und formt diese anschließend zu Vermittlern ihres Selbst, zu Trägern der westlichen Kultur, was Meyer als den „Aspekt der Agentschaft“ (vgl. Meyer & Jepperson 2005: 61) bezeichnet. Die Strukturen der Agentschaft vereinnahmen den modernen Akteur und tragen zur Herausbildung einer starken Standardisierung bei (vgl. Meyer & Jepperson 2005: 61). Dieser Aspekt, der standardisierte Individualitäten hervorbringt, ist in Meyers Weltkultur ein Punkt in der globalen Assimilierung des sozialen Lebens. Ebenso wird in der strukturellen Ähnlichkeit von Organisationen und Nationalstaaten ein wichtiger Indikator identifiziert, der die globale Angleichung an das westliche Modell zeigt. Diese weltweite Angleichung an okzidentale Strukturen bezeichnet Meyer als Prozesse der „Isomorphie“ (vgl. Meyer & Jepperson 2005: 71).

Einen Versuch, diesen Prozess der Isomorphie auch empirisch zu beobachten, unternimmt John W. Meyer mit der näheren Betrachtung der Bildungssysteme (Meyer & Ramirez 2005: 212 ff.). Vor allem die frühe Schulbildung ist ein elementares Werkzeug des Nationalstaats, um Werte, Normen, Regeln etc. zu vermitteln. In diesem Zusammenhang hat die Bildung, zum einem, eine wichtige Funktion für die Sicherstellung der herrschenden Ordnung und trägt dabei auch zum Machterhalt der vorherrschenden Elite oder des vorherrschenden Systems bei. Zum anderen schafft diese Institution durch die Anpassung der Lehrpläne ein homogenes Muster, was das Bewusstsein einer nationalen Einheit der Bevölkerung fördert. Die Bildungseinrichtungen repräsentieren demnach die Strukturen des Nationalstaats. Als Ziel dieser Einrichtungen können rationale Vorstellungen von Entwicklung und Fortschritt verstanden werden. Vor dem Hintergrund der okzidentalen Kultur ist hierbei nochmals hervorzuheben, dass das westliche Verständnis von Rationalität alle gesellschaftlichen Bereiche durchdringt und sich somit auch in den Bildungseinrichtungen widerspiegelt. Die kulturelle Vorstellung, sowie Modelle des „Fortschritts und der Gerechtigkeit“ (Meyer & Ramirez 2005: 221) konstruieren die Bildung und schaffen gebildete Individuen, die derselben „Definition der Welt“ (Meyer & Ramirez 2005: 234) unterliegen. Die Bildungssysteme erscheinen als wichtiges Kennzeichen eines Imperiums, das durch die Assimilierung der Lebenswelten geprägt wird, wobei auch Meyer diesem Sachverhalt eine globale Perspektive zuschreibt. An dieser Stelle fallen globale Ähnlichkeiten in der Struktur von Bildungseinrichtungen auf, vor allem im Hinblick auf standardisierte Lehrpläne (vgl. Meyer & Ramirez 2005: 224).

Nicht zuletzt genießen die Erkenntnisse der aus der westlichen Rationalität heraus entstandenen Wissenschaften ein weltweit hohes Ansehen und geben einen Anhaltspunkt für die Entscheidungsfindung und die Auswahl von Handlungsmöglichkeiten. Die aus diesen Erkenntnissen resultierenden allgemeinen Vorstellungen tragen zu einer Homogenisierung der Bildungssysteme bei. Zudem wird durch die Bereitstellung von Bil-

dungschancen das Bildungsniveau der Bevölkerung gehoben, was sich positiv auf die wirtschaftliche Entwicklung der Nationalstaaten auswirkt. Besonders aus einer wirtschafts- oder naturwissenschaftlichen Perspektive lassen sich dabei Ähnlichkeiten feststellen, die auf ein stark homogenisiertes und standardisiertes Bildungssystem hinweisen. So besteht für Menschen mit Migrationshintergrund beispielsweise die Möglichkeit, die im Ausland erworbene Qualifikation für verschiedene Berufe in Deutschland anerkennen zu lassen (Bundesministerium für Bildung und Forschung 2015: 20), da die technischen Standards und vor allem die wissenschaftlichen Erkenntnisse, aus denen diese hervorgegangen sind, stark aneinander angepasst sind. Ähnliches lässt sich bei der Anerkennung von Zeugnissen erkennen.

Der beschriebene Neoinstitutionalismus von Meyer folgt der Logik, dass sich Nationalstaaten in der Entwicklung ihrer Merkmale von globalen Modellen beeinflussen lassen. Auf dieser Grundlage entsteht eine Weltgesellschaft, die sich auf gemeinsame Vorstellungen bezieht und daher auch das Bildungssystem ähnlich ausrichtet. Allerdings liegen dieser Annahme nicht ausreichend empirische Daten zugrunde, wobei sich, den Ergebnissen zufolge, lediglich eine Isomorphie auf der unteren Ebene der Bildung bestätigen lässt (Meyer & Ramirez 2005: 233). Zudem geht Meyer von einer Realisierung der Weltgesellschaft aus, was unter dem Aspekt der Vergemeinschaftung, also einer Gemeinschaft auf Basis einer „subjektiv gefühlte[n] Zusammengehörigkeit“ (Weber 2010b: 29) von Individuen, keine Bestätigung findet. Dennoch geben diese hier genannten Arbeiten Aufschluss darüber, wie das gegenwärtige Imperium formiert ist und was es zusammen hält. Die Ähnlichkeit der Bildungssysteme trägt zur Assimilierung der Gesellschaften bei und lässt eine Tendenz hin zu einer globalen Homogenität erkennen.

Fazit

In der vorliegenden Arbeit wurde der angestaubt scheinende Begriff des Imperialismus auf gegenwärtige Phänomene übertragen. Ein Herrschaftsbereich wurde in früheren Zeiten vorrangig durch die Androhung von physischer Gewalt zusammengehalten und erweitert. In der heutigen Situation findet diese Form von Gewalt wenig, beziehungsweise keine Verwendung mehr, wobei die Sicherung des Herrschaftsgebiets sich auf eine andere Ebene der menschlichen Kontrolle verlagert. Die Studien von Michel Foucault haben gezeigt, dass die tiefgründige Manipulation von Individuen, die vorrangig in der Bildung stattfindet, Menschen formt, die in ihren Denk- und Handlungsstrukturen homogene Muster aufweisen. Diese Mechanismen, die zugleich auch Träger der westlichen Ideologie sind, zielen darauf ab, Individuen zu disziplinieren und garantieren dabei Systemtreue und regelkonforme Charaktere, die dafür ausgebildet wurden, die bestehenden Verhältnisse zu erhalten. Durch diesen fundamentalen Eingriff wird das Bewusstsein stark geprägt, wobei eine begrenzte Welt des Denkbaren erschaffen wird. Eine Welt, die durchdrungen von Mechanismen der Kontrolle und Disziplin in einer bestimmten Form eine allgemeine und homogene Sichtweise produziert. An dieser Stelle findet der hier beschriebene Imperialismus seinen geeigneten Ausdruck.

Allerdings sollte auch noch erwähnt werden, dass diese Beschreibung und Erfassung des Imperialismus hauptsächlich auf der theoretischen Ebene stattfand. Empirisch haltbare Studien zu diesem Thema sind kaum zu finden und mit einem sehr hohen Forschungsaufwand verbunden. Es scheint nahezu unmöglich, den Einfluss der westlichen Kultur auf das Bewusstsein von Individuen zu messen. Unzählige Variablen müssten berücksichtigt werden und es müssten, vor allem, auch Studien vorliegen, die Aufschluss über die ursprüngliche Situation liefern, um eine Veränderung feststellen zu können. Außerdem ist es, in diesem Kontext, von großem Interesse, auch alternative Bildungssysteme von Ländern ohne kolonialer Vergangenheit zu betrachten. Weitergehende Forschung ist nö-

tig, um das in der vorliegenden Arbeit skizzierte Verständnis imperialer Strukturen empirisch zu untermauern.

Literaturverzeichnis

- Bentham, Jeremy (2013): Das Panoptikum oder das Kontrollhaus. Berlin: Matthes & Seitz.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (2015). Bericht zum Anerkennungsgesetz 2015. www.bmbf.de/upload_filestore/pub/Bericht_zum_Anerkennungsgesetz_2015.pdf [07.05.2016].
- Burbank, Jane & Cooper, Frederick (2012): Imperien der Weltgeschichte: Das Repertoire der Macht vom alten Rom und China bis heute. Frankfurt: Campus-Verlag.
- Coni-Zimmer, Melanie & Flohr, Annegret (2014): Transnationale Unternehmen. Problemverursacher und Lösungspartner? *Aus Politik und Zeitgeschichte: Welthandel* 64(1-3): 34–40.
- Eckert, Andreas (2012): Rechtfertigung und Legitimation von Kolonialismus. *Aus Politik und Zeitgeschichte: Kolonialismus* 62(44-45): 17–22.
- Faber, Richard (2005): Imperialismus in Geschichte und Gegenwart. Würzburg: Königshausen & Neumann.
- Foucault, Michel (1976): Überwachen und Strafen: Die Geburt des Gefängnisses. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (2001): In Verteidigung der Gesellschaft: Vorlesungen am Collège de France (1975 - 76). Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Geiss, Imanuel (1965): Die historische Leistung des Kolonialismus. In: Bundesvorstand des DGB (Ed.): *Gewerkschaftliche Monatshefte. Ausgabe 07/1965*: 423–430.
- Han, Byung-Chul (2013): Im Schwarm: Ansichten des Digitalen. Berlin: Matthes & Seitz.
- Hardt, Michael & Negri, Antonio (2002): Empire: Die neue Weltordnung. Frankfurt am Main, New York: Campus-Verlag.

- Jansen, Jan C. & Osterhammel, Jürgen (2013): Dekolonisation: Das Ende der Imperien. München: Verlag C.H.Beck.
- Krücken, Georg (2005): Einleitung. In: Meyer, John W. (Ed.): *Weltkultur*. Frankfurt am Main: Suhrkamp: 7–16.
- Mann, Michael (2004): Das Gewaltdispositiv des modernen Kolonialismus. In: Dabag, Mihran; Gründer, Horst & Ketelsen, Uwe-K (Ed.): *Kolonialismus*. München: Fink: 111–135.
- Meyer, John W.; Boli, John & Thomas, George M. (2005): Ontologie und Rationalisierung im Zurechnungssystem der westlichen Kultur. In: Meyer, John W. (Ed.): *Weltkultur*. Frankfurt am Main: Suhrkamp: 17–46.
- Meyer, John W. & Jepperson, Ronald L. (2005): Die Akteure der modernen Gesellschaft: Die kulturelle Konstruktion sozialer Agentschaft. In: Meyer, John W. (Ed.): *Weltkultur*. Frankfurt am Main: Suhrkamp: 47–84.
- Meyer, John W. & Ramirez, Francisco O. (2005): Die globale Institutionalisierung der Bildung. In: Meyer, John W. (Ed.): *Weltkultur*. Frankfurt am Main: Suhrkamp: 212–234.
- Moore, Barrington (1969): Soziale Ursprünge von Diktatur und Demokratie. Die Rolle der Grundbesitzer und Bauern bei der Entstehung der modernen Welt. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Müller, Franziska; Claar, Simone & Ziai, Aram (2014): Zur Architektur des Welthandels. *Aus Politik und Zeitgeschichte: Welthandel* 64(1-3): 16–21.
- Osterhammel, Jürgen (2006): Imperien im 20. Jahrhundert: Eine Einführung. *Zeithistorische Forschungen* 3(1): 4–13.
- Weber, Max (2002): Wissenschaft als Beruf [1919]. In: Käsler, Dirk (Ed.): *Max Weber. Schriften 1894 - 1922*. Stuttgart: Kröner: 474–511.
- Weber, Max (2010a): Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus. München: Beck.
- Weber, Max (2010b): Wirtschaft und Gesellschaft: Grundriss der verstehenden Soziologie. Frankfurt am Main: Zweitausendeins.

- Wehler, Hans-Ulrich (1976): Imperialismus. Köln: Kiepenheuer & Witsch.
- Welzer, Harald (2013): Selbst denken: Eine Anleitung zum Widerstand.
Frankfurt am Main: S. Fischer.

Rooted in Belief?

An Empirical Analysis of the Influence of Religion on Climate Change Concerns in Europe

ANNIKA SCHUBERT

Abstract

Religious groups could play a major role in enabling the world's societies and individuals to address climate change as they are major social institutions with economic, institutional and political resources and could mobilise millions of adherents. However, research examining the effect of religion on climate change concerns found that Christians and in particular Protestants are less concerned about climate change than the non-religious. This study extends the existing research by exploring the relationship between membership of three religious affiliations – Catholics, Protestants and Muslims – and climate change concern in Europe using data from the 2008 European Values Study. Applying ordered logistic regression models revealed that Catholics, Protestants and Muslims are less likely to be highly concerned about climate change compared with non-religious respondents. This effect is mediated by right-wing political ideology for Protestants and Catholics but not for Muslims. Further analysis showed that the effect of being religious is weaker for individuals who are altruistically minded. Even though religions become more pro-environmental and engaged with climate change and its impacts,

these results suggest that adherents fail to identify with this issue. More research is needed to draw practical implications and help religious institutions to find effective strategies to integrate adherents in the fight against climate change.

Keywords: climate change, religion, skepticism, Europe, Christianity, Islam

Introduction

“ Climate change is the Everest of all problems, the thorniest challenge facing humankind. ”

Lewis Pugh (2010), *Environmentalist and pioneer swimmer*

Climate change is perceived as a crucial challenge for societies and their political systems. Impacts of global warming such as changes in temperatures, melting of mountain glaciers, raising sea levels and more extreme weather phenomena can already be felt both in Europe and around the world. The problem awareness certainly exists, as demonstrated by a recent survey which analysed the attitudes to climate change of almost 27,800 citizens from the 28 Member States of the European Union. According to the European Commission (2015: 11) climate change is ranked among the world's most serious problems by 47% of Europeans. However, there are significant differences between the various countries: whereas 76% of Swedes see climate change as one of the most serious problems in the world, only 27% of Portuguese share this view (European Commission 2015: 11). Due to such a clear divergence of views, global warming is currently one of the most controversial topics. The discussion does not merely involve the existence but also the causes and consequences of climate change. This heated public debate is in many cases not characterised by scientific facts but rather industrial, political and ideological interests. However, there are multiple reasons for climate change denial, since per-

sonal attitudes are influenced by a complex interrelationship of factors which include social, cultural and political factors.

Nonetheless, there is agreement in Europe that climate change is a global problem which can only be tackled collectively since 93% of Europeans “agree that fighting climate change will only be effective if all countries of the world act together” (European Commission 2015: 45). Since up to now the international community has been unable to agree on a worldwide Climate Protection Programme. On this account, it is even more important to explore what factors shape climate change concerns. Only in this way is it possible to improve the international understanding since those who comprehend the reasons for disagreement, will be able to conduct a constructive dialogue.

In recent years religion has received increased scientific attention to explain variation in stances towards climate change. The main reason for this lies in the great expectations scholars attribute to religious groups in the fight against climate change. Various articles (Boorse 2008; Posas 2007; Veldman et al. 2012) stress the role religion can play, inter alia through their influence on adherents, their resources and the possibility to convert the climate change fight into a moral issue (Veldman et al. 2012: 258 f.). Thus, Boorse (2008: 37) concludes “religious groups can play a constructive role in the process of seeking effective and politically viable approaches.”

The theoretical foundation for the study of the relationship between religion and climate change concerns was provided in 1967 by the historian Lynn White who stated that the human-nature relationship is mainly shaped by religious theology (White Jr. 1967). However, White did not emphasize the positive effect religion could play but rather pointed out the exploitative attitude which Christian and Jewish theology convey towards nature in the biblical Book of Genesis (White Jr. 1967: 1205). Therefore, Christian and Jewish religion are assumed to have a negative effect on environmental awareness.

Due to the fact that this is a relatively new research area, only a handful of studies on the relationship of religion and climate change concerns exist until now. However, this research has benefitted markedly from findings gained on the relationship of religion and environmental concern. Consequently, a brief overview of this long-standing research is needed to retrace reasons for methodological changes in recent studies.

Overall, empirical research on religion and environmental concern has produced inconclusive results. Whereas Hand & van Liere (1984), Eckberg & Blocker (1989) as well as Sherkat & Ellison (2007) have found evidence for the presumed negative relationship in the United States, Hayes & Marangudakis (2001) discovered only a weak religious influence on environmental concern in Britain. Greeley (1993) has indicated that the relationship may only be a spurious correlation since taking into account cultural, social and demographic variables diminished the previous significant effect. Finally, Kanagy & Nelsen's (1995) findings challenge the dominate view because they determined a positive effect.

However, these studies revealed an important clue for further research. Even though there were differences in the operationalisation of Judeo-Christians¹, quite a few studies found variation in environmental concern among the denominations which are attributed to religious conservatism or rather fundamentalism (Hand & van Liere 1984; Hayes & Marangudakis 2001; Eckberg & Blocker 1989). The insight that there is not only variation across but also within religious traditions is integrated as a fundamental finding in climate change research.

Klineberg et al. (1998) hold the various operationalisation of environmental concern accountable for the inconsistent findings. They argue "that attitudes towards environmental issues are necessarily measured, explicitly or implicitly, in relation to other concerns" (Klineberg et al. 1998: 735). For instance, an item which measures the respondents' position towards regulations made by a government for environmental protection

¹Whereas Hand & van Liere (1984), Greeley (1993) and Sherkat & Ellison (2007) only observed Christian denominations, Eckberg & Blocker (1989) and Kanagy & Nelsen (1995) examined Christians and Jews in one category.

as used by Eckberg & Blocker (1989), Kanagy & Nelsen (1995) as well as Sherkat & Ellison (2007) not only measures environmental concern but instead the “acceptance of increased government intervention” (Klineberg et al. 1998: 749). As already stated by Eckberg & Blocker (1989: 510) there is “distinction between abstract concern for the environment and concern for concrete issues”. Thus, it can be concluded that the shift from generalized environmental concern measures to concrete climate change attitudes will therefore lead to more consistent results (Berry 2016: 79).

In fact, research regarding the effect of religion on climate change concerns shows more consistent results. Studies carried out in Australia (Morrison et al. 2015; Pepper & Leonard 2016) and the United States (Arbuckle & Konisky 2015; Kilburn 2014; Smith & Leiserowitz 2013) provide general support for Lynn White’s thesis, notwithstanding variation within Judeo-Christian tradition. The negative effect on climate change is first and foremost strong among Evangelical Protestants (Arbuckle & Konisky 2015; Pepper & Leonard 2016; Smith & Leiserowitz 2013). However, almost all studies conclude that religion has some explanatory power, but is not the determining factor (Arbuckle & Konisky 2015; Morrison et al. 2015; Pepper & Leonard 2016). The effect size is often similar in magnitude or even lower than the effect size of other demographic variables such as gender, education or employment status (Arbuckle & Konisky 2015; Morrison et al. 2015).

The research scope is in no way limited only to simple causal hypotheses. Kilburn (2014) and Pepper & Leonard (2016) discovered that political factors such as party identification might mediate the relationship since they provide a partial explanation for the negative effect religion has on climate change attitudes. In addition, Arbuckle & Konisky (2015: 1260) studied an interaction between religious affiliation and religiosity and reasoned that “religiosity tends to move people even further away from stronger environmental attitudes.” However, Kilburn (2014), who included an related interaction term with religious affiliation and service attendance, reported the reversed effect. He discovered that “higher service attendance among

evangelicals was associated with more concern over climate change” (Kilburn 2014: 485).

Though recent research has yielded remarkable insights, the existing evidence is limited in two respects: First, since White’s thesis only relates to Judeo-Christian denominations, research focuses on these religious groups. However, if White’s assumption that environmental awareness is shaped by religion holds, it should apply not only to a specific religion. For example, Morrison et al. (2015) examined Christians as well as Buddhists and discovered that they are most engaged with climate change issues. Second, research is mainly concentrated on the United States. Two studies regarding climate change have been undertaken in Australia (Morrison et al. 2015; Pepper & Leonard 2016) and one of the environmental concern studies in Britain (Hayes & Marangudakis 2001), the remaining eight presented studies were conducted in the United States. It seems reasonable to assume country-specific differences in the influence of religion on climate change stances due to different global warming vulnerability, various political positions as well as diverging secularisation tendencies.

Research has just begun to explore the complex relationship of religion and climate change stances. This paper addresses the outlined research gaps and ponders to what extent religion affects climate change concerns. Besides extending the geographical scale on Europe, this empirical research also includes a topical expansion beyond Christianity since the focus of the study is on Catholics and Protestants as well as Muslims. Hitherto, no research exists for the effect of being Muslim on climate change stances. Expansion on Islam is absolutely necessary since Muslims make up the second largest religious group with 23.2% behind Christians with 31.5% (Pew Research Center 2012).

In order to investigate the issues outlined here, the second section will provide some theoretical framework for the study of religion and climate change and put forward three hypotheses. For the empirical examination of these hypotheses a restricted sample of former non-Communist countries in Europe was used as data basis from the European Values Study.

After a brief presentation of this dataset and the sample, the operationalisation and measure of the specified variables and the resulting type of analysis will be discussed. Section four will explain the ordered logistic regression models and exhibit the bivariate and multivariate results. Finally, the findings will be discussed critically and implications for research and society will be situated within a framework for a broader understanding of European opinion towards climate change.

Theoretical Framework and Hypotheses

The insufficient theoretical foundation of some studies regarding religion and climate change is one of the most important points of criticism. Specifically for such a new research field a theoretical framework is essential. In that sense, Veldman et al. (2012: 271) “strongly urge researchers to apply social theory to their work”.

Therefore, the following section outlines theoretical frameworks and deduces a simple causal hypothesis, a mediation and a moderation hypothesis on that basis. Figure 1 displays an overview of the postulated hypotheses. Lynn White’s (1967) dominion-over-nature thesis serves as the starting point for theoretical considerations.

The Religious Roots of Climate Change Concerns

Scholarly attention for the relationship of religion and climate change concerns is ingrained in Lynn White’s (1967) article *The historical roots of our ecological crisis*. It argues that Judeo-Christian theology encourages a dominion-over-nature worldview, which in turn leads to an exploitative attitude towards the environment. Thus, White Jr. (1967: 1207) deduced that the roots of the ecological crisis are predominately religious. This statement provoked lively discussions inside organized religious structures and resulted in growing interest in research. As White’s assertion emerged as the starting point for investigation but still has not been without criticism, a closer look at his arguments is necessary.

White Jr. (1967: 1206) takes the view that “what we do about ecology depends on our ideas of the man-nature relationship.” This relationship is in the Western, Christian-dominated world mainly shaped by Judeo-Christian narratives and thus primarily by the history of creation (White Jr. 1967: 1205). In the biblical Book Genesis, God created human beings in his own image and gave them power over all animals (Genesis 1:26-27, *Good News Translation*). Furthermore, God invited them to produce offspring, “so that your descendants will live all over the earth and bring it under their control” (Genesis 1:28). As a result, humans are not simply part of the creation, but rather through God’s grace master over their environment. According to White Jr. (1967: 1205), Christians developed a dominion-over-nature view since God created everything expressly for human’s benefit. It can thus be concluded that Christianity “insisted that it is God’s will that man exploit nature” (White Jr. 1967: 1205). This attitude combined with the technical development of the Industrial Revolution resulted in systematical exploitation and was the historical root of the ecological crisis (White Jr. 1967).

White’s thesis received some harsh criticism for mainly two reasons, which are closely linked: Firstly, White Jr. (1967) assumes that this exploitative attitude is a general feature of Judeo-Christian denominations. Although he states that “Christianity is a complex faith, and its consequences differ in differing contexts” (White Jr. 1967: 1206), there is no note on variation within these religious groups. Though, there are several theoretical reasons for discrepancies which are related to the second point of criticism. Secondly, the Bible contains conflicting edicts regarding nature. Besides the dominion paragraph in Genesis, there are other passages which emphasize a responsibility for nature. This so-called stewardship ethic becomes particularly apparent on the one hand in a story in the New Testament and on the other hand in the narrative about Noah’s ark. In Matthew 10 Jesus sends out his twelve disciples and gives them some advice amongst other things that “not one sparrow falls to the ground without your Father’s consent” (Matthew 10:29). Likewise, the narrative about

Noah's ark building displays God's concern for his creation since Noah shall save from every kind of animal at least one pair from the floods (Genesis 7:2-3). However, particularly this story is an extremely difficult issue against the background of climate change as it could make the climate change a fate willed by God.

Recent research considered both points of criticism and incorporated them in the theoretical considerations. Since "significant doctrinal, attitudinal and value differences do exist among the various denominations" (Hand & van Liere 1984: 557), it can be assumed that the degree to which a denomination promotes the dominion and respectively the stewardship ethic varies. For example, Thomas' (1984) considerations demonstrate that Protestants adopt a more materialistic and utilitarian position towards nature. In contrast, Catholics recognise a symbolic value in the environment that finds, inter alia, expression in plant names which are associated with saints (Thomas 1984: 84). Protestants have always been inclined to the more scientific, advantage-based view and have attacked the symbolic view (Thomas 1984: 78). Thus, it can be concluded that Protestants are more likely to take the dominion-over-nature stance while the stewardship ethic is promoted by Catholics. Consequently, Protestants are likely to be less concerned about climate change than Catholics.

As noted earlier, White's thesis is customised to the Western World and Christianity and, therefore, research is concentrated on Christian denominations. However, his basic concept that the man-nature relationship is influenced by religious worldviews should be transferable to other religions.

Just as Christendom and Judaism, Islam is classified as Abrahamic religion which means that Abraham is recognised as tribal patriarch. All three faiths have the same roots and the histories of creation are very similar. Muslims, too, regard Allah as creator of the world (Quran 41:9-12, *Oxford World's Classics edition*). There is no reference in the Quran that humans were created in the image of God like in Genesis 1:21 so that human beings are part of nature. Moreover, unlike Christians and Jews, Muslims are in charge of the creation since they are Allah's "successor on earth" (Quran

2:30). Muslims should have a different man-nature relationship as Allah gave them no power over nature and they someday have to answer before Allah. Subsequently, Muslims would be more likely than Christians to be worried about climate change.

However, Christians and Muslims should both be less concerned than non-religious people due to a fundamental tenet. In both religious traditions the Day of Judgement will come where Allah or God will sit in judgement on all humans (see, for example, Matthew 25:31-46; John 3:19-21; Quran 2:62). This entails a belief in an imminence, so that climate change may be seen by adherents of these Abrahamic religions not as a threat but rather as a God-given circumstance. Consequently, the “environmental problem itself becomes symbolic” (Kilburn 2014: 475). As noted above, this view may be also connected with the narrative of Noah, where God had generated an extreme weather to punish humans (Genesis 7).

In accordance with the presented theoretical considerations it can be concluded that down to the present day “human ecology is deeply conditioned by beliefs about our nature and destiny – that is, by religion” (White Jr. 1967: 1205). The first hypothesis to be examined is that:

H1: Catholics, Protestants and Muslims would be less likely than non-religious people to be concerned about climate change in Europe. Protestants would be likely to be the least concerned group, followed by Catholics and Muslims.

Exploring Contextual Factors: The Mediating Role of Political Ideology

Various eminent sociologists such as Max Weber, Émile Durkheim and Thomas Luckmann have dealt with religion and its function in society in their work. Nevertheless, especially a general definition of religion proved difficult² due to the question if “all strongly held principles of some gen-

²A brief overview about the post-modern approach which argues that religion is only a social construct and the controversy about the definition of religion can be found in Bruce (2011).

erality” (Bruce 2011: 110) can be defined as religious or if there have to be specific elements such as supernatural entities, doctrines, rituals and sacred narratives.

Regardless of the formal definition, religion is “one of the oldest and most enduring social institutions” (Haluzá-DeLay 2014: 261) and fulfils diverse functions in society. For centuries, religions provide their adherents values and morals and thus world views by answering cardinal questions of life such as what is the purpose of life and what is right and wrong (Haluzá-DeLay 2014: 254). Adherents of a particular religion share a common value base which is derived from the interpretation of the Holy Scriptures and is reinforced through socialisation. These values provide a framework, in which current social issues are assessed. And this is precisely the argument which is used by the ethnoreligious approach to explain the link between religion and politics. The ethnoreligious approach is based on Émile Durkheim’s (2008) substantive approach that religion facilitates social cohesion. This theory is based on the assumption that religious groups share a common value base which in turn leads to similar social and political stances (Kleppner 1970: 35). Accordingly, partisan affiliations and voting behaviour are “political expressions of shared values derived from the voter’s membership in, and commitment to, ethnic and religious groups” (Kleppner 1970: 35). Consequently, political views are the mirror of personal perceptions of the world and, as such, rational considerations. To sum up, the ethnoreligious approach suggests a link between religion and political ideology, but makes no statement about the tendency of this political ideology.

In the Western world, a separation of religion and state is regarded as worthwhile and a basic requirement for democracies. As a result of this secularisation, the influence of religion decreased and the debates about the place of religion in the public sphere are still continuing. Even though the direct influence has vanished, religious leaders still comment on social issues. Due to the fact that they are perceived as moral authorities, it

can be assumed that their stances shape the perceptions of their religious adherents to some degree.

The principal aim is to uphold the common basis of values and assess current issues on that basis. In general, religious organisations take a rather conservative attitude. This becomes particularly obvious if one looks at ongoing discussions about abortion, artificial insemination and homosexuality. Religious groups stick with their century-old view of family and oppose a moral liberalisation. Thus, it can be concluded that religious people would be more likely to have a conservative political ideology than non-religious people.

Theoretical considerations suggest that this conservative political ideology may have a negative effect on climate change concerns. Even though the commonly assumed direction is that attitudes have an influence on voting behaviour (McCrea et al. 2016: 1310), there are theoretical approaches which suggest the reverse impact for climate change attitudes or, at least, a bidirectional influence.

The historical ecological movement which involved topics like nuclear phaseout, the destruction of rainforests and animal welfare is normally associated with left-leaning movements. To date, environmental issues are mostly promoted by left-liberal parties although also conservative and right-wing parties increasingly have become involved with these topics.

Two theoretical approaches are based on the assumption that voting behaviour influences attitudes due to cognitive dissonance (McCrea et al. 2016: 1311). Festinger (1966: 1) stresses in his *Theory of Cognitive Dissonance* that the “individual strives towards consistency within himself”. Inconsistency between attitudes and behaviours thus leads to a psychologically uncomfortable feeling which is called *cognitive dissonance* (Festinger 1966: 3). Since there is a “pressure to produce consonant relations [...] and to avoid and reduce dissonance” (Festinger 1966: 9) the individual may change attitudes so that they are compatible with past behaviour (Festinger 1966: 42-47). Applying these principles on political ideology and climate change concerns, this means that voting for a conservative, more

right-wing party which pursues a laxer environmental policy, will lead to cognitive dissonance if the voter is very concerned about environmental issues. To reduce the emerging cognitive dissonance, the voter may play down this unfavourable aspect and subsequently change his attitude.

The self-perception theory provides an alternative interpretation for cognitive dissonance (Bem 1967). Accordingly, humans construct their self-perception in a similar manner as they form perceptions about others: from observed behaviour (Bem 1967: 184 ff.). Thus, “an individual’s attitude statements may be viewed as inference from observations of his own overt behavior” (Bem 1967: 186). Transferred to voting and climate change concerns, a voter may infer that he is not as concerned about climate change since he has voted for a conservative, more right-wing party which pursues a laxer environmental policy.

However, it is also reasonable to conclude that the relationship of political ideology and environmental concern may not be one-way. The self-categorization proposes an effect in both directions (Abrams & Hogg 1990). A person self-categorizes himself as a partisan of a specific political party and this identification is likely to lead to an internalisation of that party’s attitudes (Abrams & Hogg 1990: 196 f.). This group’s norms will subsequently influence personal perceptions and attitudes. For example, if a person is loyal to a particular party because of their social policies, but this party also denies climate change, this person would be likely to internalize this skepticism. In accordance with the presented theoretical approaches it can be concluded that being religious is likely to lead to a conservative political ideology, which in turn is likely to lead to lower climate change concern. Hence, the relationship of religion and climate change stances may be mediated by political ideology. Thus, the following hypothesis can be deduced:

H2: Conservative political ideology would be one of the mediating mechanisms explaining why Catholics, Protestants and Muslims would be less likely than non-religious people to be concerned about climate change in Europe.

Exploring Contextual Factors: The Moderating Role of Altruism

Major parts of research in economics and sociobiology as well as in the social sciences are dominated by the *self-interested perspective* (Grant 2001: 34) which means that humans are seen as “rational calculator[s]” (Grant 2001: 36). From consumer behaviour to educational choices, almost everything can be explained by cost-benefit analyses. However, this self-interest dogma has been questioned in the past since “humanity may not be as uniformly and thoroughly characterized by self-interest” (Grant 2001: 34). As early as the 19th century, August Comte, one of the founders of sociology, coined the term altruism in his book *The Catechism of Positive Religion* (1858). Comte (1858: 313) defined altruism as “to live for others” and used this concept afterwards to depict the cohesion of humanity (Grant 2001: 54). However, altruism “slipped of the agenda of the social sciences, as they coalesced around the assumption of self-interest” (Grant 2001: 87). What’s more, there are ongoing debates in sociobiology and psychology whether human altruism is possible (Grant 2001).³ A generally applicable definition of the concept is still missing, but altruism is mostly “juxtaposed to egoism” (Batson 2011: 20).

Due to globalisation, the world community has been bound up together more closely than during the times of Auguste Comte. Nowadays, it would be considerably more important “to live for others” (Comte 1858: 313) or rather to be an altruistically minded person as actions may have an effect all over the world. Notwithstanding, Grant (2001: 88) emphasises that the opposite has happened: “Increasingly through the modern period, we have come to assume that we exist in isolation, and far from being connected with others, they are more apt to be seen as competitors for the goods, possibilities, or recognition we seek for ourselves.” A good example of this are global problems such as climate change. Some parts of the

³The scope of the present study does not allow an overview of this controversial debate. However, even the fact that some people believe that altruism is true can be expected to have an influence on attitudes and behaviour (Grant 2001: 51).

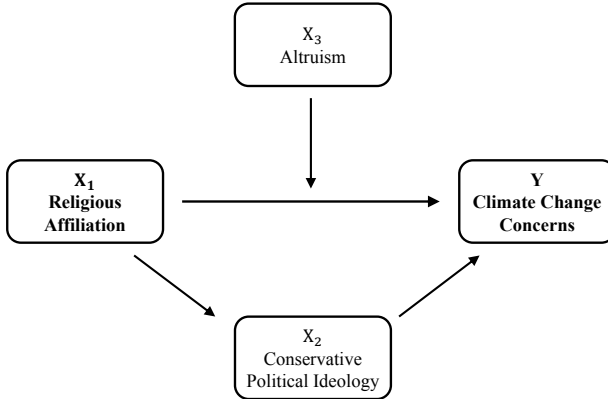
world experience global warming much earlier and more intensively than others. If a country refuses to ratify a climate treaty this action will not only have consequences for this particular country but also for the whole world community.

As mentioned earlier, climate change attitudes are influenced by a “complex inter-relationship between [...] social, cultural, political, and religious factors” (DeLashmutt 2011: 62). This study acknowledges this complexity by including altruism as a moderator variable. It is anticipated that altruism may weaken the effect religion has on climate change attitudes due to a strong emphasis on community. Altruism is closely linked with two factors: “perceiving the other as in need and valuing the other’s welfare” (Batson 2011: 55). However, humans only tend to care about another’s welfare if there is a personal connection or at least a sense of community. According to Durkheim (2008), the creation of social solidarity is one of the major societal functions of religion. This suggests that the concept of altruism has a different meaning for religious than for non-religious people. The negative effect of religion is likely to be weakened by the altruistic feeling of being responsible for the welfare of fellow believer so that religion would be a weaker predictor of climate change stances among altruistically minded people. Since this group feeling is strong among all religions, it can be assumed that this effect should be persistent for all religious people.

In accordance with the presented theoretical considerations it can be concluded that Christian and Muslims would be likely to express weaker climate change concern, but this relationship would be weaker if they are at the same time altruistically minded. Hence, the relationship of religion and climate change stances may be moderated by altruism. Thus, the following hypothesis can be deduced:

H3: Being an altruistically minded person would weaken the effect that Catholics, Protestants and Muslims would be less likely than non-religious people to be concerned about climate change in Europe.

Figure 1: Hypothesised relationship between religious affiliation and climate change concerns



Source: Own presentation

Data, Measures, and Methods

A further criticism on existing research is that inconsistent findings are the result of data constraints (Arbuckle & Konisky 2015: 1245). Thus, the selection of the dataset is of particular importance since a large, representative sample size is necessary to ensure statistical power (Arbuckle & Konisky 2015: 1245).

The data for this analysis are drawn from the European Values Study (EVS) 2008, which is particularly appropriate due to a large sample size. A brief presentation of this dataset and the used subsample follows below as well as an overview of the operationalisation and measurement of the variables of interest and essential control variables. Finally, the resulting method which is used for multivariate analysis is presented.

Dataset and Sample

To examine how religion relates to climate change concerns, data from the 2008 European Values Study (EVS 2016) is used. The EVS is a “large-scale,

cross-national and longitudinal survey research program” which has been executed every nine years since 1981 (EVS & GESIS 2016a: 8). By means of standardized questionnaires which cover topics such as perception of life, work, religion, family, politics, society, moral attitudes, national identity and environment it is the aim to provide insights into the values of Europeans (EVS & GESIS 2016b: 21 ff.). The fourth wave, which is used in this study, was conducted in 2008 and contains data from 47 European countries and 66,281 respondents (EVS & GESIS 2016b: 24).

The EVS (EVS & GESIS 2016b: 24) uses a “representative multi-stage or stratified random sample” methodology, whereby the universe includes all “persons 18 years or older who are resident within private households, regardless of nationality and citizenship or language” (EVS & GESIS 2016b: 23)⁴. Face-to-face interviews are conducted with the selected people based on standardized questionnaires in the respective national language (EVS & GESIS 2016b: 24).

As this dataset also includes a detailed set of questions about religion and environmental attitudes, the EVS is particularly suitable to investigate the postulated relationships. Furthermore, the large sample size ensures that the analysed religious denominations are populated with sufficient numbers of cases.

To prevent heterogeneity in the treatment variable, it is essential to restrict the sample for the analysis. Therefore, all countries with a historic communist background are excluded from the sample due to the fact that communism wanted to abandon religion (Kula 2005: 380). Both, religion and communism “believed themselves to be the only rightful guardians of the revealed and absolute truth” (Kula 2005: 375). Furthermore, Marx (2010: 72) labels religion as “opium of the people” which means that religion is only an illusion designed to let people forget their oppressive situation. Real happiness can only emerge through the “abolition of religion” (Marx 2010: 72). To ensure that the sample is as homogeneous as possi-

⁴The only exceptions to this are Armenia where persons 15 years and older were questioned and Finland where the age group ranging from 18 to 74 years was surveyed.

ble with regard to the treatment variable religion, the following states are excluded: countries which were part of the former Yugoslavia (Bosnia and Herzegovina, Croatia, Republic of Montenegro, Serbia, Slovenia, Republic of Macedonia and the Kosovo), furthermore countries which belonged to the Soviet Bloc (Albania, Bulgaria, Belarus, Czech Republic, Estonia, Hungary, Latvia, Lithuania, Republic of Moldova, Poland, Romania, Russian Federation, Slovak Republic, Ukraine and East Germany) and the related Union republics (Armenia and Georgia). In addition, Turkey is excluded because it is a European border region with strong Islamic influence.

Consequently, people who grew up in these communist countries have not experienced the same religious socialisation as people who lived on the other side of the Iron Curtain which separated Europe “from Stettin in the Baltic to Trieste in the Adriatic” (Churchill 1946). Thus, the sample includes Austria, Belgium, Denmark, France, West Germany⁵, Great Britain, Iceland, Ireland, Italy, Malta, the Netherlands, Northern Ireland, Spain, Sweden, Norway, Austria, Finland, Portugal, Greece, Luxembourg, Cyprus⁶ and Switzerland. These constraints reduce the usable sample size from 66,281 to 27,399. After removal of missing cases on all variables, analyses are conducted on 12,908 cases.⁷

⁵Although the control of domestic migration within Germany is basically possible, the required variable is missing in the Integrated Dataset of the EVS 2008 (EVS 2016). Subsequently, it was not possible to monitor internal migration so that all respondents from West Germany were included in the analysis.

⁶Cyprus as a whole is a Member State of the European Union. However, the Northern part is no longer under the control of the Cyprus Government but rather a self-declared state named Turkish Republic of Northern Cyprus. Hence, Northern Cyprus is excluded from the sample for the same reason as Turkey.

⁷The removal of missing cases reduced the sample sized by about one half (53%). This high proportion is mainly due to item non-response on the variables income and left-right orientation. Removing observations with missing values might result in biased parameters, if data is not missing at random (Rubin 1987). Analysing the missing-data mechanisms is beyond the scope of this paper, however, future research might consider multiple imputation techniques.

Measures

Religious Affiliation

In the three presented hypotheses religion or rather religious affiliation is the main independent variable to explain variation in climate change concern. The questionnaire included a thematic block with a series of religious items in each survey wave to investigate the religious beliefs of Europeans.

However, measuring religion is difficult for two reasons. First, it has already been mentioned that the definition of religion is a delicate issue (Bruce 2011). Without a general definition the questionnaire design is a tricky matter because there might be uncertainty over important elements which may or may not necessarily be part of religion. Second, the growing pluralisation of religious affiliation leads to increased complexity (Smidt et al. 2009: 10) and, consequently, to even greater difficulties of definition and measurement. This pluralism is also reflected in the questionnaires since there are country-specific categories for religious denominations. The affiliation is then accessed through self-identification. Even within Europe, the religious landscape is very diverse due to different historical backgrounds and varying degrees of secularization. However, for the purpose of this analysis the separate denominations (e.g. Evangelical Lutheran Church of Denmark, Lutheran Church of Iceland, Evangelical Lutherans) are not the deciding factors, but rather that they all belong to the Protestant tradition and share as such some common beliefs (Smidt et al. 2009: 10). Conveniently, the integrated dataset already comprises the harmonized variable v106 which is based on a common coding frame for religious denominations (EVS & GESIS 2016b).

In the empirical models, Catholics, Protestants and Muslims are contrasted with those who are characterized by a relationship of difference, hereafter referred to as non-religious. This group is composed of respondents who indicated that they do not belong to a religious denomination (v105). This means in particular that the non-religious category encompasses “several types such as *unaffiliated believers* (unattached to a church

or denomination but exhibiting at least modest levels of religiosity), the *nonreligious unaffiliated*, and finally, the *antireligious* – agnostics and atheists” (Smidt et al. 2009: 11). This group serves as a reference category in the regression models.

Hayes & Marangudakis (2001: 143) propose a combined measure which consists of “an individual’s volunteered religious identification with their level of theological conviction, or the degree to which they believed in a personal God”. This should contribute to a clear distinction between mere nominally affiliated and fundamental theologically adherents (Hayes & Marangudakis 2001: 143). However, this paper did not adopt their proposed approach due to theoretical considerations. According to White Jr. (1967) the man-nature relationship is shaped by religion via religious narratives and in particular by the history of creation. The exploitative attitude towards nature is thus acquired through socialisation which happens through family or religious education. It is not the belief in God, praying or the attendance of religious services that is the main reason for the exploitative attitude, but rather the socialisation and the subsequently identification with a faith tradition. On these grounds, the analysis is simply based on a variable with Non-religious, Roman Catholic, Protestant and Muslim as categories. Each of these religious denominations is included as a dichotomous variable in the regression.

Climate Change Attitude

As already mentioned, previous research has shown that “it matters greatly how environmental concern is measured” (Klineberg et al. 1998: 749) due to the fact that these stances are almost always measured in relation to other attitudes (Klineberg et al. 1998: 735). Given that climate change concern is just a specific environmental issue measure, this finding should also be transferable to the measuring of climate change concerns.

The 2008 EVS includes an item battery with seven statements about environmental issues which are taken from the *Revised New Ecological Paradigm (NEP) Scale* developed by Dunlap et al. (2000). These fifteen

developed items have “become [...] widely used measure[s] of proenvironmental orientation” (Dunlap et al. 2000: 425) and are therefore often used in surveys and analysed in some climate change research (Morrison et al. 2015). Dunlap et al. (2000) added three items to measure eco crisis attitudes in this Revised Scale. Even though the EVS only contains seven of these fifteen statements, one of these items is an ecological crisis item which states “*If things continue on their present course, we will soon experience a major ecological catastrophe*” (EVS & GESIS 2010: 22). That this statement really measures attitudes towards ecological crisis was also confirmed by a factor analysis done by Morrison et al. (2015: 8)⁸. Therefore, this variable v301 is chosen as dependent variable for the analysis. Unlike the five-point Likert scale promoted by Dunlap et al. (2000: 432), the EVS item is measured on a four-point verbally-marked Likert scale ranging from (1) “strongly agree” to (4) “strongly disagree” (EVS & GESIS 2010: 22).

Previous research has shown that the effect of religious affiliation on climate change concerns is not trivial, but relatively small (Arbuckle & Konisky 2015; Morrison et al. 2015; Pepper & Leonard 2016). It can thus be concluded that religion accounts for nuances such as if a person is highly concerned or concerned. On this account, the variable was not dichotomised, but is kept with the four categories to avoid loss of information. The labels were only amended slightly in “highly concerned”, “concerned”, “not concerned” and “not at all concerned”.

Political Ideology

The second hypothesis includes political ideology as a mediating variable. The EVS contains two variables which measure the political ideology of the respondent: On the one side, there is a standard measure of political view on a 10-point left-right scale (v193) and, on the other side, a variable

⁸Morrison et al. (2015) assigned the statement *When humans interfere with nature, it often produces disastrous consequences* to the eco crisis factor. This item is also included in the EVS. Though, Dunlap et al. (2000: 427) incorporated this item to measure “humanity’s ability to upset the balance of nature” and not attitudes towards the ecological crisis. Hence, it is not considered in the analysis.

dealing with the requirement of changing of society (v200)⁹. However, political ideology is a complex matter and such one-dimensional scales only capture a part of this phenomenon. Nevertheless, the left-right, or liberal-conservative scale, is subsequently used in empirical research about the effect of religious affiliations on environmental concern (Arbuckle & Konisky 2015; Klineberg et al. 1998; Sherkat & Ellison 2007).

According to the theoretically deduced hypothesis, conservative political ideology shall be the mediating variable. The scale of the EVS is not based on the liberal-conservative scale but rather on the left-right scale. However, as already mentioned these classifications are not congruent, but related particularly with regard to climate change stances.

A substantial advantage of this measurement is that the left-right scale has a consistent meaning across countries. As 22 European countries are included in this study, it is necessary to measure political ideology across national borders with a consistent measure. It is reasonable to assume that Europeans understand the meaning left and right although they are abstract political concepts. Consequently, political ideology is measured via self-identification on a left-right scale. As it is a 10-point scale the variable v193 is incorporated as a quasi-metric measure.

Altruism

In order to test the moderation hypothesis, a measurement of altruism is required. Even though the existence of altruism is still questionable, some measurements were developed by psychologists, inter alia, the *Self-Report Altruism Scale* (Rushton et al. 1981). However, the EVS was designed to measure opinions of Europeans and not psychological constructs and hence there are no such items in the questionnaire. As mentioned above, there is no conclusive definition for altruism, but most researchers regard

⁹The exact wording of this question is: “On this card are three basic kinds of attitudes vis à vis the society we live in. Please choose the one which best describes your own opinion.” The response options are: (1) “The entire way our society is organized must be radically changed by revolutionary action”, (2) “Our society must be gradually changed by reforms” and (3) “Our present society must be valiantly defended against all changes” (EVS & GESIS 2010: 15).

it as contrary to selfishness (Batson 2011; Grant 2001). This broad definition allows the use of the variable v179 which measures the importance of unselfishness. The respondents are encouraged to choose up to five things which they find especially important to teach to children from a list of eleven items¹⁰. Respondents who chose this item are coded with 1 and otherwise with 0. Variable v179 therefore contains a 1 for respondents who consider unselfishness as important. It can be assumed that these respondents are themselves more altruistically minded since people who are more focused on their self-interest would most likely communicate this attitude also to children. Furthermore, this method of measurement entails a considerable advantage. Generally, altruistic disposition is difficult to measure because of socially desirable answers. These problems arise notably in questionnaires because actual prosocial behaviour is not measured but rather the respondent's ideal picture. In this case, all answers can be regarded as socially desirable so that the respondent might be more inclined to answer based on his personal feelings.

Thus, altruism is measured by v179 and in the model included as dichotomous variables whereby 1 indicates an altruistic attitude.

Control Variables

The aim of this study is to examine whether there is a causal link between religion and climate change concern. However, associations detected from observational data are not necessarily causal and may arise due to unobserved heterogeneity or simultaneity bias. Modern causal analysis proposes one technique in order to establish causality. The basic idea is to "condition on variables (with procedures such as stratification, matching, and regression) to eliminate the noncausal proportion of an association between a causal variable and an outcome variable" (Winship & Morgan 2015:

¹⁰The exact wording of the question is: "Here is a list of qualities which children can be encouraged to learn at home. Which, if any, do you consider to be especially important? Please choose up to five!", The response options are: "Good manners; Independence; Hard work; Feeling of responsibility; Imagination; Tolerance and respect for other people; Thrift, saving money and things; Determination, perseverance; Religious faith; Unselfishness; Obedience; None (spontaneous)" (EVS & GESIS 2010: 13).

30). By blocking so called back-door paths between the independent and dependent variable, it is possible to control for spurious and suppressor relationships and facilitate unbiased estimates (Winship & Morgan 2015: 109). Directed acyclic graphs (DAGs) are commonly used to represent relationships between variables (Winship & Morgan 2015: 80). The following gives an brief overview of the variables which are included to block back-door paths. Additionally, two possible mechanism variables are included to ensure that the estimated effect is the pure religion effect. As the independent and dependent variables remain the same in the three hypotheses, the presented variables are included in all models.

The first variable which is taken into consideration is *age*. Religion provides humans with “fundamental assumptions about the world” (HaluzadeLay 2014: 264) and therefore with a sense of meaning. Moreover, religions often deal with morality and afterlife. Religion is gaining in importance as people get older so that older people are more likely to identify with a religious faith. In addition, age has an influence on climate change concerns even though the direction of the effect is unsettled. Younger people have “higher levels of knowledge about climate change [...], whereas older populations are more concerned about the impacts of climate due to their experiences” (Haq & Ahmed 2017: 1764). Either way, it is important to control for age effects in the empirical models. The EVS already contains a variable named *age* which is recoded from the year of birth (EVS & GESIS 2016b: 733). Thus, age is measured in years and included as a metric variable.

Twenty-one *country*-dummies enter the models to control for particular country contexts. Various articles stress the importance of considering the contexts in which religion influences climate change concerns (HaluzadeLay 2014; Morrison et al. 2015; Veldman et al. 2012). The degree of modernisation and secularisation varies between countries, but these are important factors influencing religious beliefs. European countries vary considerably in the extent to which they encourage a secular or religious lifestyle. Climate change concern is influenced by the country context, too,

which ranges from presentation of climate change in the media over national climate change politics to local experience of global warming. Consequently, it is essential to control for country effects. For this purpose, the variable `country1` was used and the resulting dummies were added to the model.¹¹

Moreover, *gender* is incorporated to control for gender effects. There seems to be a gender gap in religion as “some social scientists have argued that women are universally more religious than men across all societies, cultures and faiths” (Pew Research Center 2016: 5). This is evident, for instance, in the context of religious affiliation: Women are more likely to identify with religious faith compared with men (Pew Research Center 2016: 6). Besides, there are also gender differences in the perception of climate change. Arguments range from varying scientific knowledge (Haq & Ahmed 2017: 1763) to different risk perceptions (Smith & Leiserowitz 2013: 1014). The EVS records the sex of the respondent in the nominalscaled variable `v302`. It is included as a dichotomous variable to account for gender differences (1 is female, and 0 is male).

Residential area is a further control variable. It is measured via the variable `v370a` which is a recoded version of the town size where the interview was conducted. Behind this lies the assumption that a rural residential area has an effect on the religiousness as well as on the climate change concerns. In rural areas, religion has a different status than in urban contexts. As Durkheim (2008) has stressed, religion facilitates social cohesion and this function is especially important in rural areas. Whereas urban societies allow a certain anonymity, rural residents are bound together by shared religious traditions and values. In addition, a rural residence also

¹¹This approach is referred to as fixed effects approach (Möhning 2012). Alternative analysis methods would have been multilevel regression techniques which are frequently used to analyse multi-country datasets. There are, however, two reasons for not using multilevel models in this case. Firstly, this study is interested in individual-level fixed effects and not in explaining country-level variation. Thus, it is more reasonable to control for country-level heterogeneity by means of dummy variables. Secondly, a simulation study by Bryan & Jenkins (2016: 4) shows that “a large number of countries is needed to estimate country effects reliably.” Accordingly, the number of countries (N=22) is too small in this study.

has an effect on climate change perception since the human-nature relationship may vary due to personal experience. It can be reasonably assumed that rural residents appreciate nature in another way since nature is the basis of their lives. Hence, respondents living in a town with under 5,000 inhabitants are coded as 1 “predominantly rural” and larger towns with over 5,000 inhabitants with “predominantly urban”. This coding is critical in two ways: firstly, the town sizes differ significantly between countries due to population. For example, a town which is small in the German context, is at least a medium-sized town in countries with lower population density. Secondly, it may also be important to control for the size of the town where the respondent grew up since religion and human-nature relationship may be more shaped by socialization in childhood. However, the European Values Study does not contain such a variable so that the residential area is controlled with the present place of residence.

Furthermore, this analysis included *education* and *income*. This study wants to investigate the effect of religion on climate change concern. For this purpose, it is important to estimate the pure religion effect, not the overall effect. Consequently, it is necessary to control for education and income as possible mediating variables.

Max Weber (2001: 104) emphasised the fact that for Protestants “not leisure and enjoyment, but only activity serves to increase the glory of God”. Accordingly, Protestants follow a “doctrine of salvation by works” (Weber 2001: 70). It can be concluded that religion has an effect on education and income as Protestants follow God’s command to work hard for their salvation which is likely to lead to a higher education level and a higher income. These variables are likely to have in turn an influence on climate change concern. Thereby, “educational attainment is frequently a strong and positive predictor for environmental concern” (Arbuckle & Konisky 2015: 1252). Education is measured by the harmonized variable v336 which recoded national educational categories according to ISCED 1997 levels (EVS & GESIS 2016b). For analytical purposes, some levels were summarized so that the new categories are as follows: (1) “Pre-primary

/ Primary Education”, (2) “Lower Secondary Education” (3) “Upper Secondary Education”, (4) “Post-secondary Non-tertiary Education” (5) “Tertiary Education”. The variable is dummy coded with the first category as the reference group.

Conversely, previous research has shown that income is a negative predictor for environmental concern (Arbuckle & Konisky 2015; Kilburn 2014; Sherkat & Ellison 2007). The income is dummy coded as well and based on the harmonized variable *v353_r* for the household income. This variable groups the country-specific income categories in new categories labeled (1) “low”, (2) “medium” and (3) “high”. The low-income category is used as baseline group in the analyses.

Methods

The three hypotheses all contain *climate change concerns* as dependent variable. To avoid any information loss this variable is not recoded but maintained the ordinal scale level. The four categories can be ordered, though the difference between categories is not consistent so that an interpretation of the spacing is not possible. For this reason, an ordered logistic regression is used to predict climate change concern. Implicit in ordered regression models is the parallel regression assumption which requires equal slope parameters (β s) across all equations (Long & Freese 2006: 197-198). Violation of this also called proportional odds assumption leads to biased results (Long & Freese 2006: 200). However, statistical tests often indicate a violation of the assumption, particularly when the sample size is large, the number of independent variables is large or continuous independent variables are included in the model (O’Connell 2006: 29). A rejection is very likely, since all of these three points apply here: the estimated models include with control variables around 30 variables and, among others, some are continuous. Furthermore, the sample size of 13,000 is relatively large.

The proportional odds assumption is tested via an approximate Likelihood-Ratio Test or Wald test for each model (Long & Freese 2006:

199) which are presented in detail in the next sections. The assumption was violated for almost all estimated models which indicates that the ordered logistic model is not ideal for these data. Possible alternatives are the multinomial logit model that results in a loss of information because the inherent ordering is not obtained and the generalized ordered model which preserves the ordering but is sensitive to small cell sizes. However, most of the time the assumption was not violated by the variables of interest, which are the religious affiliations. If this was the case, generalized ordered models were estimated as well which allows relaxing the proportional odds assumption for some explanatory variables and to retain it for others (Williams 2006). The results from the ordered logistic regression models and the generalized ordered models are generally similar, but the interpretation of the former is more straightforward. For this reason, only the coefficients from ordinal logistic models are presented in the following and differences with the results from generalized ordered models are reported in subsequent notes.

Results

This section describes the conducted analyses and interprets the empirical results concerning the relationship of religion and climate change concerns.

At first descriptive and univariate analyses are presented for all variables of interest. The hypothesised causal relation of independent and dependent variables is first investigated by bivariate regression analysis and then with successively constructed multivariate regression models. Control variables, mediating and moderating variables are successively included in these models to explain the resulting changes of the main effect.

Before this can be done, it is necessary to check whether the assumptions for regression analyses are met. The strict exogeneity assumption can be considered fulfilled through the inclusion of confounding variables which otherwise may lead to a spurious correlation between the X- and Y-variables. To evaluate whether perfect multicollinearity exists, correlation

matrixes are computed to determine whether the correlation coefficients are smaller than 1. To address the persisting problem of uncorrelated unobserved heterogeneity in logistic regression analysis, Average Marginal Effects (AMEs) are estimated. AMEs are known to be strongly robust to omitted variables (Mood 2010) and easy to interpret. Since AMEs average the marginal effects of each variable for each observation, the following interpretations refer to the average across all individuals. Moreover, Wald tests are conducted for each model and each independent variable to test whether the parallel regression assumption is violated. A significant test result which is defined as $p \leq 0.05$ indicates a violation of the parallel regression assumption.

The following analyses are all based on a constant sample size of 12,908 to ensure comparable results. Ordered logistic regression models were calculated using the `ologit` command in Stata 14 (StataCorp 2015: 1772 ff.). The user-written programme `gologit2` (Williams 2006) was used to estimate the generalised ordered logistic regression model which is presented in the Appendix. The `margins` command with the option `dxdy(*)` (StataCorp 2015: 1360 ff.) was used to compute AMEs.

The Influence of Religious Affiliation on Climate Change Concerns

The first hypothesis postulates a negative influence of religion on climate change concern. It is presumed that the effect is particularly prevalent within the Protestant tradition, but also Catholics and Muslims are expected to be less concerned than non-religious people.

The univariate descriptive analysis for the independent and dependent variable are shown in Table 1. Approximately one-third of respondents (29.84%) do not identify with any religious community, whereas 40.99% refer to themselves as Roman Catholic, 27.67% as Protestants and 1.50% as Muslims. Furthermore, univariate analysis revealed that 28.81% of

Table 1: Descriptive Statistics for the Variables of Interest

Variable	Frequency	Percent
Denomination		
Non-Religious	3,852	29.84
Roman Catholic	5,291	40.99
Protestant	3,571	27.67
Muslim	194	1.50
Climate Change Attitude		
highly concerned	3,719	28.81
concerned	6,593	51.08
not concerned	2,209	17.11
not at all concerned	387	3.00
Altruism		
not altruistic	9,089	70.41
altruistic	3,819	29.59
Total per variable	12,908	100.00

SOURCE: own calculation, data from EVS (2016).

the respondents are highly concerned about climate change, about half of the respondents are highly concerned about climate change, about half (51.08%) were concerned, 17.11% were not concerned and 3.00% were not concerned at all.

High correlation coefficients can be used as indication of multicollinearity. Multicollinearity seems not to be an issue since the correlations between variables used in this regression were not particularly high. However, a conducted Brant test provides evidence that the parallel regression assumption is violated for the entire model (Wald $\chi^2 = 14.29$ with p -value = 0.027) but not for individual parameters. Nevertheless, a generalized ordered model was calculated as well¹² which is provided in Appendix 1.

Table 2 presents the estimated climate change concerns models. Entries are ordered logit coefficients, estimating the AME. Model 1 displays

¹²The option `autofit` after the `gologit2` command (Williams 2006) carries out a Wald test on proportionality constraints and refits a partial proportional odds model. In this case, the `autofit` Wald test concludes that the dummy variable Protestants do not meet the parallel regression assumption. As a result of the fact that the assumption is only relaxed for Protestants, only this coefficient varies between the ordered logistic and the partial proportional odds model.

the bivariate results whereby the non-religious group is used as reference category.

Model 1 shows that Catholics and Protestants both have a lower probability to be highly concerned than non-religious people, *ceteris paribus* (c.p.). Stronger and on the $\alpha = 0.01$ level significant effects are observed for Protestants. Accordingly, the probability for Protestants to be highly concerned is 5.85 percentage points lower than for non-religious people, c.p. However, Catholics and Protestants are more likely to be concerned, not concerned and not at all concerned than non-religious people, c.p.¹³ Again, this effect is significant for Protestants and not for Catholics. Whereas the probability to be not concerned is 0.34 percentage points higher for Catholics than for non-religious people, the probability for Protestants to be not concerned is 3.76 percentage points higher than for non-religious people, c.p.

Interestingly, the effect is reversed for Muslims, but not statistically significant. The probability for Muslims to be highly concerned is 3.04 percentage points higher than for non-religious people, c.p. Moreover, the negative coefficients indicate that Muslims are less likely to be concerned, not concerned and not at all concerned compared with those not affiliating with a religious denomination, c.p.

Model 2 includes the control variables age, country, gender and residential area and furthermore education and income as potential mediating variables. Since the aim is to investigate the pure effect of religion, it is necessary to control for these confounding variables. Correlation coefficients of the independent variables were smaller than 1 so that perfect multicollinearity can be rejected. The conducted omnibus Brant test indicated that the proportional odds assumption is violated ($\chi^2 = 87.19$ with $p\text{-value} < 0.001$).¹⁴

¹³The results of the generalized ordered logistic regression are quite similar, but with one difference: The probability to be concerned is 0.11 percentage points lower for Protestants than for non-religious people, c.p.

¹⁴An estimated generalized ordered logistic model retained the assumption for the majority of the independent variables and relaxed it for age, Catholics and gender.

Table 2: Ordered Logistic Regression Models of Climate Change Concern in Europe

	Model 1 AME (z statistics)	Model 2 AME (z statistics)	Model 3 AME (z statistics)
Religious Affiliation (ref.: non-religious)			
Catholics			
highly concerned	-0.0053 (-0.65)	-0.0218*** (-2.43)	-0.0104 (-1.15)
concerned	0.0011 (0.65)	0.0048** (2.41)	0.0023 (1.15)
not concerned	0.0034 (0.65)	0.0138** (2.43)	0.0066 (1.15)
not at all concerned	0.0008 (0.65)	0.0032** (2.42)	0.0015 (1.15)
Protestants			
highly concerned	-0.0585*** (-6.50)	-0.0299*** (-2.73)	-0.0200* (-1.83)
concerned	0.0126*** (5.95)	0.0066*** (2.69)	0.0044* (1.81)
not concerned	0.0376*** (6.47)	0.0189*** (2.73)	0.0127* (1.83)
not at all concerned	0.0083*** (6.17)	0.0044*** (2.71)	0.0029* (1.82)
Muslims			
highly concerned	0.0304 (1.05)	-0.0364 (-1.28)	-0.0373 (-1.31)
concerned	-0.0066 (-1.05)	0.0081 (1.27)	0.0082 (1.31)
not concerned	-0.0195 (-1.05)	0.0231 (1.28)	0.0237 (1.31)
not at all concerned	-0.0043 (-1.05)	0.0053 (1.27)	0.0055 (1.31)

	Model 1 AME (z statistics)	Model 2 AME (z statistics)	Model 3 AME (z statistics)
Control Variables		<i>included</i>	<i>included</i>
Political Ideology (<i>ref.: left</i>)			
highly concerned			-0.0157*** (-9.43)
concerned			-0.0034*** (8.19)
not concerned			0.010*** (9.33)
not at all concerned			0.0023*** (8.52)
<i>N</i>	12,908	12,908	12,908
Cragg-Uhler's R^2	0.0048	0.0699	0.0771
McKelvey & Zavoina R^2	0.0047	0.0681	0.0755
AIC	28,582.7	27,865.9	27,779.8
BIC	28,620.0	28,119.7	28,041.1

Notes: entries are AME from ordered logistic regressions with z statistics in parentheses. Model 2 and 3 include the following control variables: age, gender, education, income, residential area and country dummy variables for Austria, Belgium, Denmark, France, West Germany, Great Britain, Iceland, Ireland, Italy, Malta, the Netherlands, Northern Ireland, Spain, Sweden, Norway, Austria, Finland, Portugal, Greece, Luxembourg, Cyprus and Switzerland.

Statistical significance level: *** $p < 0.01$, ** $p < 0.05$, * $p < 0.1$.

Source: own calculation, data from EVS (2016).

After controlling for third variables, the coefficients of Catholics maintained the sign but the effect sizes increase and they are now significant on the $\alpha = 0.05$ level. This indicates that one of the included variables may be a suppressor which means that this variable suppresses the 'Catholic-effect'. In this model, the probability to be highly concerned is 2.18 percentage points lower for Catholics than for non-religious people, c.p. Catholics are more likely to be concerned, not concerned and not at all concerned than not affiliated people, c.p.¹⁵

The religious effect for Protestants remains and is still significant, but the effect size has halved. The probability for Protestants to be highly concerned is 2.99 percentage points lower and to be not concerned 1.89 percentage points higher compared with those who do not identify with a religious denomination, c.p.

What's more, the effect for Muslims reversed signs. This again indicates a suppressor whereby the 'Muslim-effect' is suppressed. However, the coefficients are still insignificant and the effect sizes are quite small. In this model, the probability to be highly concerned is 3.64 percentage points lower than for non-religious people, c.p., and Muslims more likely to be in the concerned, not concerned and not at all concerned categories, c.p.

A likelihood-ratio test indicates that model 2 is preferred since the included control variables make a significant contribution to improve the empirical model.

Therefore, the simple causal hypothesis that religious affiliation has a negative effect on climate change concern can be broadly confirmed in the bivariate as well as in the multivariate model. However, the effect is only noticeable in the highly concerned category since the coefficients of Catholics, Protestants and Muslims are negative for this category. But Catholics, Protestants and Muslims are more likely to be in the concerned

¹⁵Due to the relaxation of the parallel regression assumption for Catholics there are some differences between the models: On the one hand, the effect sizes are somewhat stronger and on the other hand the 'not at all concerned' coefficient has a negative sign. However, this effect size is so small (0.3 percentage points) that it is negligible.

category compared with non-religious people, which indicates that religion is not the crucial factor for climate change denial. In addition, the effect sizes are rather small and only significant for Catholics and Protestants. For Muslims the effect is not significant and thus it is questionable whether there actually is a 'Muslim-effect'.

Conservative Political Ideology as Mediator

The second hypothesis postulates that a conservative political ideology would be one of the mediating mechanisms which explains the negative effect of religion on climate change concern.

Overall, the sample's mean political ideology is 5.26 on a right-left scale of 1 (left) to 10 (right) with a standard deviation of 2.06.

Model 3 in Table 2 includes political ideology as independent variable. According to the Wald test, the parallel regression assumption does not hold for the whole model ($\chi^2 = 87.19$ with p -value < 0.001) as well as for the individual variables age, Catholic, gender and political ideology.¹⁶

Overall, the mediating effect of political ideology differs between denominations, therefore it is important to take a closer look at the different religious groups. There is still a religion effect for Catholics but it reduces by half and is no longer significant.¹⁷ After controlling for political ideology, the probability for Catholics to be highly concerned is only 1.04 percentage points lower than for non-religious people, c.p. At the same time, Catholics are a little bit more likely to be concerned, not concerned and not at all concerned than non-religious people, c.p. Thus, approximately one-half of the effect is mediated by political ideology which means for the highly concerned category a reduction of 1.14 percentage points.

However, the 'Protestant-effect' remains roughly the same. The probability to be highly concerned is 2.0 percentage points lower for Protes-

¹⁶The assumption is relaxed for these four variables in the generalized ordered logistic models. Results are presented in Appendix 1 Model 3.

¹⁷The effect sizes are slightly higher in the generalized ordered model and the coefficient of the highly concerned category remains significant. It therefore seems that the ordered logistic model underestimates the 'Catholic-effect'.

tants compared with those not affiliating with a religious denomination, c.p. The effect decreases by only 0.99 percentage points. The ‘Protestant-effect’ also slightly reduces for the other three categories. Overall, the effect stays significant on the $\alpha = 0.1$ level for all coefficients.

The picture is somewhat different for Muslims. The coefficients are slightly higher which indicates that political ideology does not mediate the effect of being Muslim on climate change concerns. It can, however, be assumed that there is also no suppressor effect since the changes in effect sizes are minimal. Muslims have a 3.73 percentage points lower probability to be highly concerned than non-religious people, c.p. This effect increased in comparison with Model 2 by 0.09 percentage points. Muslims are still more likely to be in the concerned, not concerned and not at all concerned categories than non-affiliated people, c.p.

A Wald test confirms that the overall effect of political ideology is statistically significant at the $\alpha = 0.01$ level. Moreover, the effect of political ideology is in accordance with the assumed: With an increase of one unit on the left-right scale, the probability to be in the highly concerned category drops by 1.57 percentage points, c.p. A reverse effect can be seen for the concerned, not concerned and not at all concerned categories: With an increase of one unit on the left-right scale, the probability to be in this category increases, c.p.¹⁸

The results of a likelihood-ratio test indicate that the inclusion of political ideology makes a significant contribution to improve the empirical model.

To sum up, a conservative, more right-wing political ideology mediates the effect that Protestants and Catholics are less concerned about climate change than non-religious people. The presented results thus confirm the mediating hypothesis for Protestants and Catholics. However, political stances do not account for the entire effect since the main effects remain. It seems that in particular the ‘Protestant-effect’ is only partially mediated

¹⁸In the generalized ordered logit model is the coefficient of the concerned category negative as well but not significant. This suggests that a more right-wing political ideology generally lowers the probability to be concerned about climate change.

by conservative political stances. The hypothesis that the ‘Muslim-effect’ is also mediated by political ideology can be rejected as the coefficients remain unaffected.

Altruism as Moderator

Finally, the third hypothesis states that the effect of religion on climate change concern would be moderated by altruism. It is presumed that being an altruistically minded person would weaken the impact of religion.

The univariate descriptive analysis for the moderating variable altruism is shown in Table 1. Accordingly, most of the respondents (70.41%) are not altruistically minded while 29.59% share altruistic values. Furthermore, Catholics, Protestants and Muslims are grouped together for this analysis as it is expected that the effect is persistent for all religious people. Consequently, 29.84% of those surveyed do not identify with a religious denomination whereas the remaining 70.16% form the religious group consisting of Catholic, Protestant or Muslim.

The set of regression models presented in Table 3 incorporates a multiplicative interaction term to examine the conditional effect of altruism on the relationship between religious denomination and climate change concern.

Model 1 in Table 3 only includes the religion dummy so that multicollinearity is not possible. The insignificant omnibus Brant test ($\chi^2 = 0.18$ with p -value = 0.912) indicates that the parallel regression assumption is not violated. Overall, the results are in line with the already presented: The probability to be highly concerned is 2.53 percentage points lower for religious people than for non-religious people, c.p., and they are more likely to be concerned, not concerned and not at all concerned compared with those not affiliating with a religious denomination, c.p. These effects are all significant on the $\alpha = 0.01$ level.

The second column in Table 3 displays the regression results with control variables included. The parallel regression lines assumption does not

Table 3: Ordered Logistic Regression Models of Climate Change Concern in Europe with Altruism as Moderating Variable

Variable	Model 1 AME (z statistics)	Model 2 AME (z statistics)	Model 3 AME (z statistics)	Model 4 AME (z statistics)
Religious Affiliation (ref.: <i>non-religious</i>)				
Religious People				
highly concerned	-0.0253*** (-3.40)	-0.0252*** (-3.26)	-0.0257*** (-3.33)	-0.0288*** (-3.11)
concerned	0.0055*** (3.31)	0.0056*** (3.19)	0.0057*** (3.26)	0.0070*** (2.82)
not concerned	0.0163*** (3.39)	0.0159*** (3.25)	0.0163*** (3.32)	0.0177*** (3.20)
not at all concerned	0.0036*** (3.35)	0.0037*** (3.21)	0.0038*** (3.28)	0.0040*** (3.20)
Control Variables		<i>included</i>	<i>included</i>	<i>included</i>
Altruism (ref.: <i>not-altruistically minded</i>)				
highly concerned			0.0242*** (3.05)	0.0176 (1.28)
concerned			-0.0058*** (-2.80)	-0.0041 (-1.21)
not concerned			-0.0150*** (-3.11)	-0.0110 (-1.30)
not at all concerned			-0.0034*** (-3.11)	-0.0025 (-1.31)

	Model 1 AME (z statistics)	Model 2 AME (z statistics)	Model 3 AME (z statistics)	Model 4 AME (z statistics)
Interaction				
Religious × Altruistic				
highly concerned				0.0093 (0.58)
concerned				-0.0021 (-0.58)
not concerned				-0.0059 (-0.58)
not at all concerned				-0.0014 (-0.58)
<i>N</i>	12,908	12,908	12,908	12,908
Cragg-Uhler's <i>R</i> ²	0.0010	0.0699	0.0706	0.0707
McKelvey & Zavoina <i>R</i> ²	0.0010	0.0680	0.0689	0.0689
AIC	28,622.8	27,862.5	27,855.0	27,856.7
BIC	28,645.2	28,101.4	28,101.4	28,110.5

Notes: entries are AME from ordered logistic regressions with z statistics in parentheses. Model 2, 3 and 4 include the following control variables: age, gender, education, income, residential area and country dummy variables for Austria, Belgium, Denmark, France, West Germany, Great Britain, Iceland, Ireland, Italy, Malta, the Netherlands, Northern Ireland, Spain, Sweden, Norway, Austria, Finland, Portugal, Greece, Luxembourg, Cyprus and Switzerland.

Statistical significance level: ****p* < 0.01, ***p* < 0.05, **p* < 0.1.

Source: own calculation, data from EVS (2016).

hold according to a Wald test ($\chi^2 = 71.62$ with p -value < 0.001). The test for single variables indicates that the assumption was violated for age and gender.¹⁹ The effect of being religious is consistently present, the coefficients differ only marginally. The probability for religious individuals to be highly concerned is 2.52 percentage points lower compared with those not affiliating with a religious denomination, c.p. Thus, the effect decreases by only 0.01 percentage point. The same applies to the other three categories: Religious individuals are more likely to be concerned, not concerned and not concerned at all than non-religious people, c.p.

The third model further includes the variable altruism. The assumption of perfect multicollinearity can be rejected, as well as the proportional odds assumption. Once again, age and gender violate the assumption. Also when taking altruism into consideration, the religious effects remain consistent and highly significant. The effect size slightly increased so that the probability for religious people to be highly concerned is 2.57 percentage points lower than for non-religious people, c.p. Altruistically minded individuals are 2.42 percentage points more likely to be highly concerned than not altruistically minded people. Whereas religious people are more likely to be in the other three categories, altruistic people are less likely to be concerned, not concerned and not at all concerned compared with those not self-identifying as altruistically minded, c.p. Both variables are at the 1% level statistically significant.

Model 4 includes an interaction term for religious affiliation and altruism. The perfect multicollinearity assumption is not violated since all coefficients in the correlation matrix are small. However, the overall Brant test is significant ($\chi^2 = 74.92$ with p -value < 0.001) but only for age, gender and income.

To figure out whether there is a significant difference of religion on climate change concerns when there is altruism present or not, it is necessary to evaluate the contrasts of the predictive margins for each value of

¹⁹As a result, the parallel regression assumption can be upheld for the variable of interest. Since only coefficients where the assumption was relaxed differ in the generalized ordered model, it is not necessary to estimate a generalized ordered model.

the dependent variable climate change (a table with all predictive margins is presented in Appendix 2). Table 4 displays the variation of the religious effect which is derived by the difference of the interaction effects of the religious and non-religious groups with identical interaction variable. The effect of being religious for not altruistically minded persons is -0.0284 which means that the probability to be highly concerned is 2.84 percentage points lower for religious people who are not altruistically minded compared with non-religious, not altruistic people, c.p. If, however, a person is altruistically minded, the probability to be highly concerned is 1.99 percentage points lower for religious individuals than for non-religious, altruistic people, c.p. Whereas there is a significant difference in coefficients in the not altruistic category, the religious effect is no longer significant when altruism is taken into account. Consequently, it can be stated that being an altruistic minded person lowers the effect of religion on climate change concern.

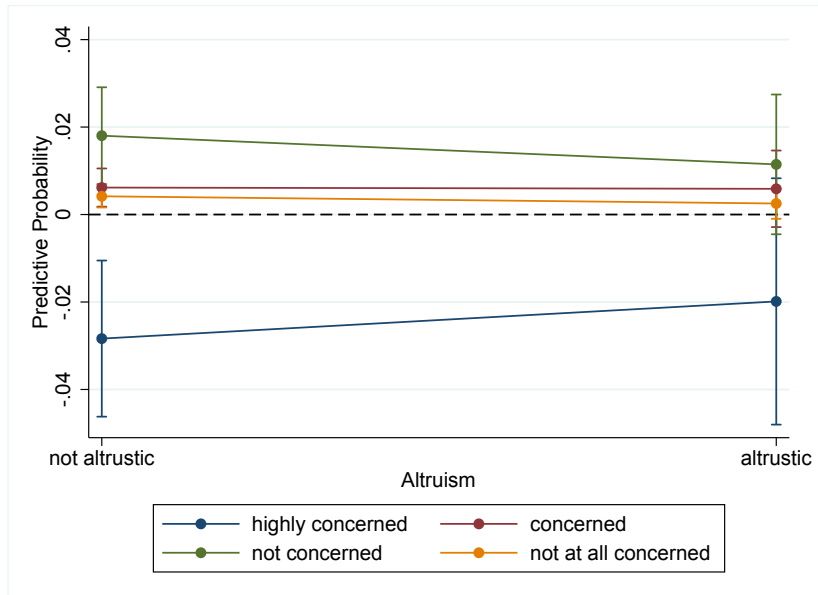
Table 4: Contrasts of Predictive Average Marginal Effects of Religious Affiliation

	Contrast	Standard Deviation	z statistics	$p > \chi^2$
Not Altruistic				
(Religious vs. Non-Religious)				
highly concerned	-0.0284	0.0091	-3.11	0.0018
concerned	0.0062	0.0022	2.77	0.0056
not concerned	0.0180	0.0056	3.19	0.0014
not at all concerned	0.0042	0.0013	3.19	0.0014
Altruistic				
(Religious vs. Non-Religious)				
highly concerned	-0.0199	0.0144	-1.38	0.1667
concerned	0.0059	0.0045	1.32	0.1880
not concerned	0.0115	0.0082	1.41	0.1596
not at all concerned	0.0025	0.0018	1.41	0.1572
<i>N</i>		12,908		

NOTE: presentation of the contrast of predicted AME for each level of climate change concern.

SOURCE: own calculation, data from the EVS (2016).

Figure 2: Average Marginal Effects Plot of the Moderating Effect of Altruism



Note: presentation of the AME with 95% CIs

Source: own presentation, data from the EVS (2016)

As is clearly apparent from Figure 2, this is not only still valid for the highly concerned category, but also for the other three categories. The effect is particularly apparent for the not concerned category. Religious people who are not altruistically minded are 1.8 percentage points more likely to be not concerned compared with those not altruistically minded and not affiliating with a religious denomination, c.p. This religious effect lowers to a 1.15 percentage points higher probability to be in the not concerned group for altruistically minded people, c.p.

This results confirm the hypothesis that altruism would weaken the negative effect of religion on climate change concern. The effect is highly significant across all levels of climate concern but differs in the effect size.

The religious effect is particularly apparent in the highly concerned and not concerned categories and hence also the moderating effect.

Discussion and Conclusion

Over the last decades, environmental issues have become a core topic within social-scientific research. Based on the White thesis, according to which the human-nature relationship is shaped by religious theology, a new research field emerged which deals with the effect of religion on environmental issues. Whereas previous research on general environmental attitudes had contradictory results (Hand & van Liere 1984; Greeley 1993; Hayes & Marangudakis 2001), research regarding the effect of religion on climate change concerns consistent results according to which Christians and in particular Protestants are less concerned about climate change (Arbuckle & Konisky 2015; Kilburn 2014; Morrison et al. 2015; Pepper & Leonard 2016; Smith & Leiserowitz 2013). However, so far only a few studies have been published so that the research scope is limited. This paper extended the geographical research scale to Europe and is the first analysis which included Muslims to determine whether White's general thesis can be extended to other religions.

Three main findings can be derived from the results of the presented analysis. First, the analysis provides evidence for the hypothesis that Catholics, Protestants and Muslims would be less likely to be concerned about climate change compared with those who do not identify with a religious denomination. Ordered logistic regression models showed that religious people are less likely to express high concern, but are more likely to be concerned, not concerned and not at all concerned. Thus, it can be concluded in accordance with previous research (Arbuckle & Konisky 2015; Morrison et al. 2015) that religion may not be the main predictor, but has a small substantive influence. At the same time, it is an indication that a binary logistic regression is not adequate to measure the effect since religious affiliation does not predict climate concern and climate denial but rather accounts for nuances. However, there are some caveats

which should be addressed in future research. For Catholics as well as for Muslims, the coefficients fundamentally change after controlling for age, country, education, gender, income and residential area. This indicates that one of these control variable suppresses the ‘Catholic-’ and ‘Muslim-effect’. Further research is necessary to figure out whether one of these control variable is a suppressor variable. Furthermore, the coefficients for Muslims are not significant so that it is questionable whether there actually is an effect. These results can be used as a starting point for further investigations.

Secondly, in accordance with previous research (Pepper & Leonard 2016; Sherkat & Ellison 2007) this study found evidence that conservative political ideology mediates the association. However, the degree to which political ideology transmits the effect of religious affiliation on climate change concern differs. Whereas the ‘Protestant-effect’ lost one third but remains significant after controlling for conservative political stances, the effect for Catholics halves and becomes insignificant. The ‘Muslim-effect’ remains stable and insignificant. Thus, the hypothesis that conservative political ideology is a mediating mechanism has to be rejected for Muslims.

Finally, this study investigated the moderating effect of altruism and found evidence for the hypothesis that being altruistically minded weakens the effect of religion. Although religious people were still less likely to be highly concerned and more likely to be concerned, not concerned and not at all concerned than those who do not identify with a religious denomination, the religious-effect remains no longer significant for altruistically minded people. Including interaction terms in the analysis is particularly crucial for opinion research since it can be assumed that complex interrelationships are present between the cultural, political and social variables which influence climate change stances. Therefore, analysis of moderation variables is one of the main objectives for future research on climate change concerns.

Notwithstanding the fact this study reveals interesting insights into the relationship between religion and climate change concerns, the limitations

of this analysis ought not to be concealed. The first stems from the cross-sectional nature of the data. It is important to acknowledge that the research question implies a concern for causation but the non-experimental design makes conclusions about directionality very difficult. Methods of modern causal analysis were applied to establish causality, however, unobserved heterogeneity at the individual level such as personality traits might still have an effect on the relationship. Second, climate change concern is measured via the item “If things continue on their present cause, we will soon experience a major ecological catastrophe”. One possible explanation for the results that religious people are less likely to be highly concerned may be eschatology beliefs. However, the European Values Study does not include a variable to measure the belief in the end time. Further research is necessary to determine whether or not this item of the NEP scale surveys climate change concern or rather eschatological beliefs.

In recent years, various articles (Berry 2016; Haluza-DeLay 2014; Veldman et al. 2012) refer to a “greening of religion” which means that religious institutions such as the church as well as religious leaders get more involved with climate change. However, DeLashmutt (2011: 78) demonstrated in a qualitative study in Great Britain that even though the Anglican church is engaged in climate change, “the grassroots church [...] has failed to successfully identify with the bigger context of environmental action.” The presented analysis provides further evidence that climate change concerns are influenced by religion. As a result, religion could “play a key role in the global response to climate change” (Veldman et al. 2012: 259), however, an improved communicating strategy is necessary. The task social scientists are now facing is to figure out why some religions and contexts are more influential than others and thus make an important contribution to the understanding of “the evolving global response to climate change, whether it is absent, anemic, or strong” (Veldman et al. 2012: 260).

References

- Abrams, Dominic & Hogg, Michael A. (1990): Social Identification, Self-Categorization and Social Influence. *European Review of Social Psychology* 1(1): 195–228.
- American Bible Society (1992): The Holy Bible: The Good News Translation. New York: American Bible Society.
- Arbuckle, Matthew B. & Konisky, David M. (2015): The Role of Religion in Environmental Attitudes. *Social Science Quarterly* 96(5): 1244–1263.
- Batson, Charles Daniel (2011): Altruism in Humans. Oxford: Oxford University Press.
- Bem, Daryl J. (1967): Self-Perception: An Alternative Interpretation of Cognitive Dissonance Phenomena. *Psychological Review* 74(3): 183–200.
- Berry, Evan (2016): Social Science Perspectives on Religion and Climate Change. *Religious Studies Review* 42(2): 77–85.
- Boorse, Dorothy (2008): Creation Care: Religion and Environmental Action. *The Review of Faith & International Affairs* 6(3): 33–37.
- Bruce, Steve (2011): Defining Religion: A Practical Response. *International Review of Sociology* 21(1): 107–120.
- Bryan, Mark L. & Jenkins, Stephen P. (2016): Multilevel Modelling of Country Effects: A Cautionary Tale. *European Sociological Review* 32(1): 3–22.
- Churchill, Winston S. (1946). Sinews of Peace (Iron Curtain Speech): Delivered on 5 March 1946 at Westminster College, Fulton, Missouri. www.nationalchurchillmuseum.org/sinews-of-peace-iron-curtain-speech.html [30.05.2017].
- Comte, Auguste (1858): The Catechism of Positive Religion. London: J. Chapman.
- DeLashmutter, Michael W. (2011): Church and Climate Change: An Examination of the Attitudes and Practices of Cornish Anglican Churches

- Regarding the Environment. *Journal for the Study of Religion, Nature and Culture* 5(1): 61–81.
- Dunlap, Riley E.; van Liere, Kent D.; Mertig, Angela G. & Jones, Robert Emmet (2000): New Trends in Measuring Environmental Attitudes: Measuring Endorsement of the New Ecological Paradigm: A Revised NEP Scale. *Journal of Social Issues* 56(3): 425–442.
- Durkheim, Émile (2008): *The Elementary Forms of Religious Life: A New Translation* by Karen E. Fields. Oxford: Oxford University Press.
- Eckberg, Douglas Lee & Blocker, T. Jean (1989): Varieties of Religious Involvement and Environmental Concerns: Testing the Lynn White Thesis. *Journal for the Scientific Study of Religion* 28(4): 509–517.
- European Commission (2015): *Climate Change: Special Eurobarometer 435*. Brussels: European Commission.
- EVS (2016): *European Values Study 2008, 4th wave: Integrated Dataset (EVS 2008): ZA4800 Data file Version 4.0.0 (2016-04-15)*. Cologne: GESIS Data Archive.
- EVS & GESIS (2010). *European Values Study 2008 - Master Questionnaire: GESIS Questionnaires 2010/01*. https://dbk.gesis.org/dbksearch/file.asp?file=ZA4800_q.pdf [02.07.2017].
- EVS & GESIS (2016a): *European Values Study 2008 - Method Report*. GESIS Papers 2016/18. Köln.
- EVS & GESIS (2016b): *European Values Study 2008 - Variable Report*. GESIS Variable Report 2016/2. Köln.
- Festinger, Leon (1966): *A Theory of Cognitive Dissonance*. Stanford: Stanford University Press.
- Grant, Colin (2001): *Altruism and Christian Ethics*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Greeley, Andrew (1993): Religion and Attitudes toward the Environment. *Journal for the Scientific Study of Religion* 32(1): 19–28.

- Haleem, M. A. S. Abdel (2005): *The Quran: A New Translation*. Oxford: Oxford University Press.
- Haluza-DeLay, Randolph (2014): Religion and Climate Change: Varieties in Viewpoints and Practices. *Wiley Interdisciplinary Reviews: Climate Change* 5(2): 261–279.
- Hand, Carl M. & van Liere, Kent D. (1984): Religion, Mastery-Over-Nature, and Environmental Concern. *Social Forces* 63(2): 555–570.
- Haq, Shah Md. Atiqul & Ahmed, Khandaker Jafor (2017): Does the Perception of Climate Change Vary with the Socio-Demographic Dimensions? A Study on Vulnerable Populations in Bangladesh. *Natural Hazards* 85(3): 1759–1785.
- Hayes, Bernadette C. & Marangudakis, Manussos (2001): Religion and Attitudes Towards Nature in Britain. *British Journal of Sociology* 52(1): 139–155.
- Kanagy, Conrad L. & Nelsen, Hart M. (1995): Religion and Environmental Concern: Challenging the Dominant Assumptions. *Review of Religious Research* 37(1): 33–45.
- Kilburn, H. Whitt (2014): Religion and Foundations of American Public Opinion towards Global Climate Change. *Environmental Politics* 23(3): 473–489.
- Kleppner, Paul (1970): *The Cross of Culture: A Social Analysis of Midwestern Politics 1850-1900*. New York: Free Press.
- Klineberg, Stephen L.; McKeever, Matthew & Rothenbach, Bert (1998): Demographic Predictors of Environmental Concern: It Does Make a Difference How It's Measured. *Social Science Quarterly* 79(4): 734–753.
- Kula, Marcin (2005): Communism as Religion. *Totalitarian Movements and Political Religions* 6(3): 371–381.
- Long, J. Scott & Freese, Jeremy (2006): *Regression Models for Categorical Dependent Variables using Stata*. College Station: Stata Press.
- Marx, Karl (2010): Towards a Critique of Hegel's Philosophy of Right: Introduction. In: McLellan, David (Ed.): *Karl Marx: Selected Writings*.

- Oxford: Oxford University Press: 71–82.
- McCrea, Rod; Leviston, Zoe & Walker, Iain A. (2016): Climate Change Skepticism and Voting Behavior: What Causes What? *Environment and Behavior* 48(10): 1309–1334.
- Möhring, Katja (2012): The Fixed Effects Approach as Alternative to Multilevel Models for Cross-National Analyses. *GK SOCLIFE Working Paper Series* 16.
- Mood, C. (2010): Logistic Regression: Why We Cannot Do What We Think We Can Do, and What We Can Do About It. *European Sociological Review* 26(1): 67–82.
- Morrison, Mark; Duncan, Roderick & Parton, Kevin (2015): Religion Does Matter for Climate Change Attitudes and Behavior. *PloS one* 10(8): 1–16.
- O’Connell, Ann A. (2006): Logistic Regression Models for Ordinal Response Variables. Thousand Oaks: Sage.
- Pepper, Miriam & Leonard, Rosemary (2016): Climate Change, Politics and Religion: Australian Churchgoers’ Beliefs about Climate Change. *Religions* 7(5): 47.
- Pew Research Center (2012): The Global Religious Landscape: A Report on the Size and Distribution of the World’s Major Religious Groups as of 2010. Washington DC: Pew Research Center.
- Pew Research Center (2016): The Gender Gap in Religion Around the World: March 22, 2016. Washington DC: Pew Research Center.
- Posas, Paula J. (2007): Roles of Religion and Ethics in Addressing Climate Change. *Ethics in Science and Environmental Politics*: 31–49.
- Pugh, Lewis (2010). In the Frozen Waters of Everest, I Learned the Value of Humility. www.theguardian.com/commentisfree/2010/jul/18/lewis-pugh-mount-everest-swim [17.03.2017].
- Rubin, Donald B. (1987): Multiple Imputation for Nonresponse in Surveys. New York: Wiley.

- Rushton, J. Philippe; Chrisjohn, Roland D. & Fekken, G. Cynthia (1981): The Altruistic Personality and the Self-Report Altruism Scale. *Personality and Individual Differences* 2(4): 293–302.
- Sherkat, Darren E. & Ellison, Christopher G. (2007): Structuring the Religion-Environment Connection: Identifying Religious Influences on Environmental Concern and Activism. *Journal for the Scientific Study of Religion* 46(1): 71–85.
- Smidt, Corwin E.; Kellstedt, Lyman A. & Guth, James L. (2009): The Role of Religion in American Politics. Explanatory Theories and Associated Analytical and Measurement Issues. In: Guth, James L.; Kellstedt, Lyman A. & Smidt, Corwin E. (Ed.): *The Oxford Handbook of Religion and American Politics*. New York: Oxford University Press: 3–42.
- Smith, Nicholas & Leiserowitz, Anthony (2013): American Evangelicals and Global Warming. *Global Environmental Change* 23(5): 1009–1017.
- StataCorp (2015): *Stata 14 Base Reference Manual*. College Station: Stata Press.
- Thomas, Keith (1984): *Man and the Natural World: Changing Attitudes in England 1500 - 1800*. London: Penguin Books.
- Veldman, Robin G.; Szasz, Andrew & Haluza-DeLay, Randolph (2012): Introduction: Climate Change and Religion: A Review of Existing Research. *Journal for the Study of Religion, Nature and Culture* 6(3): 255–275.
- Weber, Max (2001): *The Protestant Ethic and the Spirit of Capitalism*: London: Routledge.
- White Jr., Lynn (1967): The Historical Roots of our Ecologic Crisis. *Science* 155(3767): 1203–1207.
- Williams, Richard A. (2006): Generalized Ordered Logit/Partial Proportional Odds Models for Ordinal Dependent Variables. *The Stata Journal* 6(1): 58–82.

Winship, Christopher & Morgan, Stephen L. (2015): *Counterfactuals and Causal Inference: Methods and Principles for Social Research*. New York: Cambridge University Press.

Appendix

Appendix 1: Generalised Ordered Logistic Regression Models for Climate Change Concern in Europe

	Model 1 AME (z statistics)	Model 2 AME (z statistics)	Model 3 AME (z statistics)
Religious Affiliation (ref.: non-religious)			
Catholics			
highly concerned	-0.0053 (-0.65)	-0.0277*** (-2.80)	-0.0167* (-1.67)
concerned	0.0012 (0.65)	0.0163* (1.79)	0.0140 (1.53)
not concerned	0.0034 (0.65)	0.0149* (1.94)	0.0076 (0.99)
not at all concerned	0.0008 (0.65)	-0.0035 (-1.07)	-0.0050 (-1.51)
Protestants			
highly concerned	-0.0502*** (-4.89)	-0.0290*** (-2.64)	-0.0190* (-1.73)
concerned	-0.0011 (-0.11)	0.0067*** (2.61)	0.0045* (1.72)
not concerned	0.0349*** (4.53)	0.0181*** (2.64)	0.0118* (1.73)
not at all concerned	0.0164*** (5.09)	0.0042*** (2.62)	0.0027* (1.73)
Muslims			
highly concerned	0.0307 (1.06)	-0.0363 (-1.26)	-0.0369 (-1.28)
concerned	-0.0067 (-1.05)	0.0084 (1.26)	0.0087 (1.28)
not concerned	-0.0196 (-1.06)	0.0226 (1.26)	0.0229 (1.28)
not at all concerned	-0.0043 (-1.05)	0.0052 (1.26)	0.0053 (1.28)

	Model 1 AME (z statistics)	Model 2 AME (z statistics)	Model 3 AME (z statistics)
Control Variables		<i>included</i>	<i>included</i>
Political Ideology (<i>ref.: left</i>)			
highly concerned			-0.0126*** (-6.51)
concerned			-0.0028 (-1.28)
not concerned			0.0120*** (7.32)
not at all concerned			0.0034*** (4.42)
<i>N</i>	12,908	12,908	12,908
Cragg-Uhler's <i>R</i> ²	0.0060	0.0750	0.0830
AIC	28,580.3	28,816.2	27,725.8
BIC	28,640.0	28,114.8	28,046.8

Notes: entries are AME from generalized ordered logistic regressions with z statistics in parentheses. Model 2 and 3 include the following control variables: age, gender, education, income, residential area and country dummy variables for Austria, Belgium, Denmark, France, West Germany, Great Britain, Iceland, Ireland, Italy, Malta, the Netherlands, Northern Ireland, Spain, Sweden, Norway, Austria, Finland, Portugal, Greece, Luxembourg, Cyprus and Switzerland.

Statistical significance level: *** $p < 0.01$, ** $p < 0.05$, * $p < 0.1$.

SOURCE: own calculation, data from EVS (2016).

Appendix 2: Predictive Average Marginal Effects of the Multiplicative Interaction Term

	Model 4 Interaction effects AME (z statistics)
highly concerned	
Non-Religious × not altruistic	0.3013*** (38.12)
Non-Religious × altruistic	0.3195*** (25.70)
Religious × not altruistic	0.2729*** (53.05)
Religious × altruistic	0.2996*** (37.02)
concerned	
Non-Religious × not altruistic	0.5083*** (107.32)
Non-Religious × altruistic	0.5028*** (86.64)
Religious × not altruistic	0.5144*** (115.98)
Religious × altruistic	0.5087*** (105.88)
not concerned	
Non-Religious × not altruistic	0.1624*** (31.38)
Non-Religious × altruistic	0.1520*** (21.17)
Religious × not altruistic	0.1805*** (43.90)
Religious × altruistic	0.1634*** (31.32)
not at all concerned	
Non-Religious × not altruistic	0.0280*** (16.73)
Non-Religious × altruistic	0.0257*** (13.47)
Religious × not altruistic	0.0322*** (18.98)
Religious × altruistic	0.0283*** (16.73)
<i>N</i>	12,908

NOTE: statistical significance level:

*** $p < 0.01$, ** $p < 0.05$, * $p < 0.1$.

SOURCE: own calculation, data from the EVS (2016).

Führt soziale, ökonomische und politische Unsicherheit zu einer Überbewertung der eigenen Nation?

Eine Analyse anhand der demokratischen Staaten in Europa

THOMAS BOLLWEIN

Abstract

Die folgende Forschungsarbeit beschäftigt sich mit der Frage, ob soziale, ökonomische und politische Unsicherheit zu einer Überbewertung der eigenen Nation führen. Analysiert wird dies quantitativ mittels einer Mehrebenenanalyse anhand Daten der European Values Study. Die theoretische Grundlage der Arbeit bildet die Deprivations- und Desintegrationsthese, vor allem in der Rechtsextremismusforschung verbreitet ist. Die Ergebnisse der Analyse verdeutlichen, dass die ökonomische und soziale Unsicherheit einen positiven Effekt auf die Überbewertung der eigenen Nation hat. Politische Unsicherheit hingegen wirkt sich negativ darauf aus.

Schlagworte: Nationalismus, Rechtsextremismus, Deprivation, Desintegration, Mehrebenenanalyse, Europa

Einleitung

Seit einigen Jahren scheint der Nationalismus in Europa wieder an Bedeutung zu gewinnen. Neue rechtspopulistische Parteien treten auf, die sich auf *nationale Werte* besinnen. Hierbei stellt sich die Frage nach den Gründen. In den Medien werden oft als Antwort die Ängste, die durch die Flüchtlingswelle hervorgerufen werden, genannt. Jedoch scheint diese Erklärung zu kurz gegriffen, auch weil es Zuwanderung schon immer gegeben hat. Der Begriff der Nation in Bezug auf ein souveränes Volk taucht zum ersten Mal in England im 16. Jahrhundert auf und es braucht eine Weile, bis der Begriff Nation einem spezifischen Volk in einem bestimmten Territorium zugeschrieben wurde und sich über Europa hinweg ausbreitete (vgl. Helbling 2009: 4). Vielmehr macht es den Anschein, wie es die Desintegrationsthese beschreibt, dass der wahrgenommene Verlust oder die Gefährdung der materiellen Existenz, politisch Ohnmachtserfahrungen und Erfahrungen mit instabiler sozialer Bindung eine Aufwertung der eigenen nationalen Identität zur Folge haben beziehungsweise soziale Ausgrenzung, Anomie und mangelnde Integrationsfähigkeit, wie die Deprivationsthese besagt, zur Aufwertung bis hin zur Überbewertung der eigenen Nation führen (vgl. Decker & Brähler 2006: 17). Daraus leitet sich die Frage ab, ob Unsicherheit in sozialer, ökonomischer und politischer Hinsicht zu einer Überbewertung der eigenen Nation führen.

Im Folgenden soll auf die Frage eingegangen werden, ob soziale, politische und ökonomische Unsicherheit zu einer Überbewertung der eigenen Nation führen. Hierfür wird zunächst ein theoretischer Überblick über die Deprivations- beziehungsweise Desintegrationsthese gegeben und anschließend werden drei Hypothesen aufgestellt. Daran anknüpfend findet die Erläuterung des Modells und die Vorstellung der verwendeten Daten statt. Es folgt die Analyse, sowie abschließend die Diskussion der Untersuchungsergebnisse.

Theorie und Forschungsstand

Nationalistische Einstellungen

Nationalismus wird in dieser Arbeit definiert als ein „[ü]bersteigertes Bewusstsein vom Wert und der Bedeutung der eigenen Nation. Im Gegensatz zum Nationalbewusstsein und zum Patriotismus (Vaterlandsliebe) glorifiziert der Nationalismus die eigene Nation und setzt andere Nationen herab. Zugleich wird ein Sendungsbewusstsein entwickelt, möglichst die ganze Welt nach den eigenen Vorstellungen zu formen“ (Thurich 2011: 37). Im Hinblick auf den Nationalismus kann zwischen zivilem und ethnischem Nationalismus unterschieden werden. Die erste Definition beruft sich darauf, dass Menschen in einem funktionierenden demokratischen Regime bestimmte demokratische und liberale Werte teilen, wohingegen letztere sich darauf bezieht, dass gemeinsame kulturelle Eigenschaften im Hinblick auf beispielsweise Sprache oder Religion betont werden (vgl. Helbling 2009: 2). In diesem Artikel wird Nationalismus vor allem als ethnisches Konzept verstanden.

Die Überbewertung der eigenen Nation stellt nach Maren Oepke neben Demokratiefeindlichkeit und Ausländerfeindlichkeit eine Dimension des latenten Konstrukts *Rechtsextremismus* dar (vgl. Oepke 2007: 337). Rechts-extreme Einstellungen wiederum können durch die Deprivations- und Desintegrationsthese erklärt werden. Somit stehen die Konzepte auch im Zusammenhang mit der Überbewertung der eigenen Nation (vgl. Bauer 2010; Decker et al. 2016). So stellt Richard Stöss in Verbindung mit dem ökonomischen Systemwechsel Osteuropas fest, dass dadurch die absolute Deprivation großer Teile der Bevölkerung beschleunigt wurde und in Kombination mit Modernisierungs- und Globalisierungsverlierer*Innen die Ausbreitung des rechtsextremen Denkens beschleunigt hat (vgl. Stöss 2010: 200). Decker, Weißmann, Kiess und Brähler stellen in ihrer Studie *Die Mitte in der Krise* fest, dass wirtschaftliche, politische und soziale Deprivation bedeutsame Determinanten von rechtsextremen Einstellungen darstellen (vgl. Decker et al. 2010: 119 f.). Länderübergreifende quantitative Studien zur Überbewertung der eigenen Nation auf der Einstellungs-

ebene sind bisher eine Seltenheit. Vergleichbare Erkenntnisse gibt es in diesem Bereich hauptsächlich in der Parteienforschung (vgl. Arzheimer 2009; Quent 2012: 34).

Die Deprivationsthese

„Unter Deprivation soll ein Zustand des tatsächlichen oder perzipierten Entzugs bzw. der Entbehrung von etwas Erwünschtem verstanden werden“ (Rippl & Baier 2005: 645). Dabei sind Individuen, welche von gesellschaftlichem Wandel und Individualisierungsprozessen verunsichert sind, für ein geschlossenes Weltbild wie es der Nationalismus bietet besonders empfänglich, weil dadurch auf der einen Seite Orientierungssicherheit wiederhergestellt wird und auf der anderen Seite das erhöhte Bedürfnis nach einer positiven sozialen Identität durch Aufwertung der eigenen und Abwertung einer Fremdgruppe befriedigt wird (vgl. Heitmeyer & Anhut 2000: 36). So beinhaltet der hier beschriebene Ansatz den Zusammenhang zwischen der eigenen ökonomisch-sozialen Lebenssituation und den makro-sozialen Rahmenbedingungen. Die als Benachteiligung wahrgenommene Unzufriedenheit mit der eigenen ökonomisch-sozialen Situation führt zur sozialem Ausschluss. Daher ist das subjektive Empfinden ausschlaggebend für die individuelle Reaktion und nicht eine objektiv unsichere Lage, weil diese nicht mit der objektiven Situation übereinstimmen muss. Der soziale Status wird als bedroht wahrgenommen und muss unter großem Aufwand erhalten werden (vgl. Goldberger 2013: 54 f., 58).

Es kann zwischen politischer, sozialer und ökonomischer Deprivation unterschieden werden. Die soziale Deprivation bezieht sich auf den Entzug beziehungsweise die Entbehrung von sozialen Beziehungen oder Kontakten. Bei der wirtschaftlichen Deprivation wird die eigene wirtschaftliche Lage als defizitär und bedrohlich wahrgenommen und die politische Deprivation geht auf die Wahrnehmung der politischen Einflusslosigkeit ein (vgl. Decker et al. 2010: 98 ff.).

Das Konzept der relativen Deprivation bezieht sich auf die Enttäuschung und Unzufriedenheit hinsichtlich der nicht erfüllten Erwartungen und Bedürfnisse von materiellen und immateriellen Gütern. Hier steht die subjektive Wahrnehmung von Unsicherheit und Unzufriedenheit im Vordergrund, die nicht in Verbindung mit objektiven Faktoren stehen muss. Dies kann zu einer Identifikation mit einer herkunftsbezogenen Gemeinschaft und der damit einhergehenden Abwertung von als anders festgelegten Gruppierungen führen. Dies dient zum Aufbau des Selbstwertgefühls, das durch das Fremde als bedroht wahrgenommen wird. Das Individuum nimmt seine soziale Position und seine gesellschaftliche Lage subjektiv als beängstigend wahr und steht im Konflikt mit den tatsächlichen Ansprüchen und Wünschen, was sich in einem subjektiven Gefühl der Diskriminierung und Benachteiligung zeigt (vgl. Goldberger 2013: 121 f.).

Die Desintegrationsthese

Der „Prozess der Auflösung stabiler lebensweltlicher Bezüge [wird] als Desintegration“ (Goldberger 2013: 67) bezeichnet. Das Desintegrationstheorem von Wilhelm Heitmeyer und Reimund Anhut erweitert das Deprivationskonzept, indem dieser Ansatz um diverse inhaltliche Bereiche ergänzt wird. Von ihnen werden in Bezug darauf die verschiedenen sozial relevanten Bereiche benannt, in welchen Desintegration, Unzufriedenheit und dementsprechendes Verhalten verursacht werden (vgl. Rippl & Baier 2005: 648 f.). Die Orientierung erfolgt an dem von Beck vorgelegten Konzept einer Risikogesellschaft, in der zunehmende Individualisierungstendenzen, das Bestreben nach Reizsuche und die Pluralisierung von Lebenschancen und Lebenslagen wichtige gesellschaftliche Merkmale sind (vgl. Heitmeyer 1987: 64; Nollmann 1997: 262).

Drei Desintegrationspotenziale für das sozialisationstheoretische Konzept werden durch die ansteigende Enttraditionalisierung und die Individualisierung der Lebensläufe von Heitmeyer benannt: die Auflösung der Verständigung über gemeinsame Wert- und Normvorstellungen als Folge der Pluralisierung von Wertvorstellungen, das Schwinden traditionel-

ler Beziehungen zu anderen Personen und Lebenszusammenhängen sowie die Abnahme der Teilnahme an gesellschaftlichen Institutionen im Zuge des Verlusts allgemeingültiger Wertewelten. Relativ feste Lebensgemeinschaften und traditionelle Milieus lösen sich daher langsam auf. Dies führt in den sogenannten Orientierungsmilieus zum Verlust traditioneller Wertesysteme. Nachbarn, Freunde, Familie etc. verlieren hinsichtlich der geteilten Erfahrungs- und Deutungszusammenhänge an Bedeutung und das Individuum mit seinen Bedürfnissen gewinnt an Relevanz. Wohn- bzw. Wohnfeldbedingungen, Arbeits-, Freizeit-, soziale Sicherheit, Beziehungen und soziale Ungleichbehandlung geraten stärker in den Vordergrund. Hieraus wiederum leitet sich eine verstärkte Identitätssuche ab, die verbunden ist mit dem Streben nach Anerkennung (vgl. Simon 1996: 249 f.; Stromer 2013: 40). Misslingt die Integration in das soziale Umfeld und die Gesellschaft, kommt es zu einem Fehlen von Anerkennung und zu Desintegrationserfahrungen (vgl. Heitmeyer & Anhut 2000: 48). Die fortschreitende Desintegration und das damit einhergehende "Zuviel" an Individualisierung bringen Handlungsunsicherheit, Angst, Vereinzelungs- und Ohnmachtserfahrungen mit sich (vgl. Nollmann 1997: 262; Goldberger 2013: 63). Dieser Prozess kann politische Folgen in Form von Fremdenfeindlichkeit, Ethnisierung bis hin zur Gewalt haben (vgl. Heitmeyer & Anhut 2000: 32).

Die hier beschriebenen Desintegrationserfahrungen werden als Resultat makrosozialer Veränderungen aufgefasst und erweitern dadurch den Deprivationsansatz um inhaltliche Bereiche. Auf der operationalen Ebene wird zwischen diesen nicht mehr differenziert (vgl. Rippl & Baier 2005: 649).

Sowohl bei dem Desintegrationstheorem als auch bei der Deprivationsthese stellt die Unsicherheit ein zentrales Element dar. Bei der Deprivationsthese zeigt sich dies durch Verlusterfahrungen von Vertrauten, bei der Desintegrationsthese führen die zunehmende Individualisierung und Pluralisierung von Lebenslagen zu existentiellen Ängsten. Dies hat eine verstärkte Identifikation mit einer herkunftsbezogenen Gemeinschaft und

eine Abwertung von als anders festgelegter Gruppierungen zur Folge und geschieht in Zusammenhang mit den Rahmenbedingungen auf der Makroebene.

Hypothesenbildung

Wird der soziale Status als bedroht wahrgenommen, kommt es zu einer verstärkten Identitätssuche, welche mit der Abwertung einer fremden Gruppe und der Aufwertung der eigenen Gruppierung und somit der eigenen nationalen Identität einhergeht. So lautet die erste Hypothese:

H1: Menschen, die sich sozial benachteiligt fühlen, tendieren zu einer Überbewertung ihrer eigenen Nation.

Nehmen Menschen die ökonomisch-soziale Lebenssituation als benachteiligt oder bedroht wahr, führt dies zu Unsicherheit bei den Betroffenen. Zum Aufbau des Selbstbewusstseins finden aus diesem Grund eine verstärkte Identifikation mit einer herkunftsbezogenen Gruppierung und die Abwertung einer als "anders" festgelegten Gruppierung statt. Folglich kann dies zu einer Überbewertung der eigenen Nation führen. Somit lautet die zweite Hypothese:

H2: Personen, die ihre ökonomische Lage als unsicher wahrnehmen, neigen zu einer Überbewertung ihrer eigenen Nation.

Diese Hypothese bezieht sich auf die politische Situation. Die politische Lage wird von den Individuen als nicht beeinflussbar wahrgenommen. Durch Unzufriedenheit mit der eigenen Lebenssituation und das Empfinden der politischen Situation als unbeeinflussbar erscheint der eigene Status gefährdet. Die Identifikation mit der herkunftsbezogenen Gemeinschaft und die Herabsetzung der als andersartig bezeichneten Gruppierungen werten das Selbstwertgefühl auf und schaffen Orientierungssicherheit. In Folge dessen lautet die dritte Hypothese:

H3: Individuen, die ihre politische Situation als einflusslos einschätzen, sind anfällig für die Überbewertung der eigenen Nation.

Modell und Daten

Wie einleitend erwähnt, scheint eine nationalistische Denkweise in Europa, die sich unter anderem in der Wahl rechtspopulistischer Parteien äußert, verstärkt in den Vordergrund zu treten. Aus diesem Grund wird der Datensatz der European Values Study von 2008 verwendet. Die European Values Study ist ein umfassendes Forschungsprojekt über menschliche Werte in Europa. Es ist eine großflächig angelegte, länderübergreifende Längsschnitt-Umfrage, wie Europäer*Innen über Familie, Arbeit, Religion, Politik und Gesellschaft denken. Die Studie wird alle neun Jahre durchgeführt. Die Umfrage von 2008 beinhaltet dabei 47 Länder und Regionen in Europa (vgl. European Values Study 2013: 5). Für die Analyse werden jedoch nur die Staaten verwendet, welche 2016 nach dem Freedom House Index als "frei" klassifiziert werden. Aus diesem Grund werden Länder wie die Türkei, Russland, Ukraine, Moldawien, Albanien, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Kosovo, Montenegro, Georgien, Aserbaidschan, Weißrussland und Armenien nicht in die Analyse aufgenommen (vgl. Freedom House 2016).

Als Analysemethode wird die Mehrebenenanalyse verwendet. Hierbei können sowohl die Unterschiede zwischen den Ländern untersucht, als auch Einflussfaktoren auf der Makroebene getestet werden (vgl. Langer 2010: 742). Obwohl kein Einfluss von unabhängigen Variablen in dieser Analyse auf der Kontextebene getestet wird, wird ein Mehrebenenmodell verwendet, da Standard-Regressionstechniken in Bezug auf Daten mit mehreren Ebenen oft zu einem überhöhten Niveau von statistischer Signifikanz von Koeffizientenschätzern, insbesondere von Länderebenen-Variablen führen. Dieses Ergebnis entsteht, da Mehrebenenendaten mehrere Beobachtungen pro Staat beinhalten. Diese Beobachtungen sind oft nicht unabhängig und verletzen die Annahme in der Regressionsanalyse, dass die Fehler unabhängig und identisch verteilt sind (vgl. Primo et al. 2007: 447).

Das Signifikanzniveau der Analyse beträgt fünf Prozent. Zudem findet eine Grand-Mean-Zentrierung der metrischen unabhängigen Variablen

statt, um die Schätzung am Durchschnitt der europäischen demokratischen Staaten zu verankern. Die abhängige Variable bildet ein Nationalismusindex. Die drei unabhängigen Variablen setzen sich zusammen aus einem politischen Deprivationsindex, einem sozialen Deprivationsindex und der Einschätzung, ob die befragte Person befürchtet, dass durch die EU Arbeitsplätze im eigenen Land verloren gehen. Die Kontrollvariablen bilden die Dummyvariable *Geschlecht*, *hohes Bildungsniveau* und *niedriges Bildungsniveau*. Auf eine Gewichtung wird verzichtet, da im Datensatz keine Gewichtungen nach der Populationsgröße der einzelnen Länder vorhanden ist.

Angelehnt an Oepkes Operationalisierung der *Überbewertung der eigenen Nation* besteht der Nationalismusindex aus sechs quasimetrischen Variablen und reicht von 1 „nicht nationalistisch“ bis 4 „sehr nationalistisch“ (vgl. Oepke 2007: 337). Der Index begrenzt sich dabei nicht auf vier feste Ausprägungen, sondern kann auch Werte zwischen den natürlichen Zahlen annehmen. Bei den ersten fünf Variablen wird abgefragt, welche Eigenschaften wichtig dafür sind, der Nationalität des*der Befragten anzugehören. Eingegangen wird auf die Geburt in dem entsprechenden Land, das Respektieren der politischen Institutionen und Gesetze der Nation, das Vorhandensein von Vorfahren in diesem Staat, das Sprechen der nationalen Sprache und das Leben in diesem Land für eine lange Zeit. Dies ist von 1 „sehr wichtig“ bis 4 „überhaupt nicht wichtig“ codiert. Die letzte Variable des Index bezieht sich auf die Frage, wie stolz die befragte Person ist ein*e Bürger*in des eigenen Landes zu sein. Die Antwortmöglichkeiten reichen von 1 „sehr stolz“ bis 4 „überhaupt nicht stolz“. Der Wert von Cronbachs Alpha beträgt dabei 0,7175, deutet somit eine auf akzeptable interne Konsistenz und kann daher für die Analyse verwendet werden. Zur Erfassung der politischen Deprivation wird auf das Vertrauen politischer Institutionen aufgrund der begrenzten Auswahl der Variablen im Datensatz zurückgegriffen. Zwar messen diese Variablen nicht direkt den politischen Einfluss, jedoch kann durch das Vertrauen in die gesellschaftlichen Institutionen ein Rückschluss auf den wahrgenommenen Einfluss gezo-

gen werden. Denn das Institutionenvertrauen gibt auch wieder, inwiefern die Menschen wahrnehmen, ob sie einen Einfluss auf das politische Geschehen haben können. Der politische Deprivationsindex setzt sich aus sieben Variablen zusammen. Das Vertrauen in die Regierung, das Parlament, die Behörden, die Europäische Union, das Rechtssystem und die politischen Parteien wird von einem Wert von 1 „sehr starkes Vertrauen“ bis 4 „kein Vertrauen“ abgefragt. Der Wert von Cronbachs Alpha beträgt 0,8483; somit ist die Reliabilität zufriedenstellend. Der politische Deprivationsindex reicht von 1 „keine politische Deprivation“ bis 4 „hohe politische Deprivation“. Auch dieser Index beschränkt sich nicht auf Werte der natürlichen Zahlen, sondern erreicht ebenfalls Ausprägungen zwischen 1 und 4. Die soziale Deprivation wird erhoben durch die Fragestellung, ob die Menschen versuchen, einen eigenen Vorteil herauszuschlagen, wenn sie die Möglichkeit haben, oder ob sie fair bleiben mit einem Wert von 1 „die meisten Menschen versuchen einen Vorteil zu bekommen“ bis 10 „die meisten Menschen bleiben fair“. Die wirtschaftliche Deprivation wird durch die Variable mit der Fragestellung erhoben, ob die befragte Person Angst davor hat, dass durch die EU im eigenen Land Jobs verloren gehen, was mit 1 „keine Angst“ bis 10 „große Angst“ codiert ist.

Analyse der Untersuchungsergebnisse

Das in Tabelle 1 veranschaulichte Zweiebenenmodell wird in drei aufeinanderfolgenden Schritten erstellt. Als erstes wird ein Random-Intercept-Only-Modell (R-I-O-M) geschätzt, um die Bedeutung der Länder für den Nationalismusindex zu ermitteln. Das Random-Intercept-Modell (R-I-M) berechnet anschließend die Populationsschätzer der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Deprivation unter Kontrolle von Geschlecht und Bildungsniveau. Im letzten Schritt prüft das Random-Slopes-Modell (R-S-M), ob die Werte der Variablen für die soziale, politische und ökonomische Unsicherheit systematisch zwischen den Ländern variieren.

Im ersten Analyseschritt schätzt das R-I-O-M für die untersuchten Länder einen Grand-Mean von 3,1759, der sich signifikant von null unterscheidet.

det. Im Hinblick auf die Intraklassenkorrelation p beträgt die durch den Länderkontext maximal zu erzielende Varianzaufklärung 8,7 Prozent und belegt somit die Abhängigkeit des Nationalismusindex vom Länderkontext.

Tabelle 1: Geschätzte Fixed- und Random-Effects der Random-Intercept-Only-, Random-Intercept und Random-Intercept-Random-Slope-Modelle

	R-I-O-M	R-I-M	R-S-M
Populationsschätzer			
Konstante	3,1759** (0,0272)	3,1827** (0,0260)	3,1783** (0,0247)
Politische Deprivation		-0,1127** (0,0044)	-0,1166** (0,0107)
Wirtschaftliche Deprivation		0,0236** (0,0008)	0,0249** (0,0031)
Soziale Deprivation		0,0047** (0,0011)	0,0048** (0,0028)
Kontrollvariablen			
Geschlecht		-0,0075 (0,0048)	-0,0097* (0,0047)
Bildungsniveau (Ref.: mittleres Bildungsniveau)			
Hohes Bildungsniveau		-0,1005** (0,0060)	-0,0916** (0,0060)
Niedriges Bildungsniveau		0,1407** (0,0079)	0,1398** (0,0078)
Varianzkomponenten			
σe^2	0,2540 (0,0017)	0,2410 (0,0054)	0,2373 (0,0016)
σu_0^2	0,0242 (0,0060)	0,0217 (0,0016)	0,0195 (0,0049)
σu_1^2			0,0031 (0,0009)
σu_2^2			0,0002 (0,0001)
σu_3^2			0,0001 (0,0000)
PRE- R^2 Ebene 1		0,0512	0,0657
PRE- R^2 Ebene 2		0,1033	0,1942
Devianz	63425,676	61195,392	60686,548
p	0,0870	0,0826	0,0759

ANMERKUNGEN: abhängige Variable: Nationalismusindex.

SIGNIFIKANZNIVEAUS: ** $p < 0.01$; * $p < 0.05$.

n (Länder) = 33; n (Befragte) = 43.142.

QUELLE: Eigene Berechnung.

Im nächsten Analyseschritt schätzt das R-I-M für die Referenzgruppe der befragten Personen der europäischen demokratischen Länder einen durchschnittlich signifikanten Wert für den Nationalismusindex von 3,1827. Zudem ist ein signifikant negativer Einfluss der unabhängigen Variable zur politischen Deprivation auf die Überbewertung der eigenen Nation zu erkennen, als auch ein positiver Effekt der wirtschaftlichen und sozialen Deprivation. Somit tendieren in diesem Modell Menschen, welche ihre ökonomische und soziale Lage als unsicher wahrnehmen, verstärkt zu einer Überbewertung der eigenen Nation. Hingegen neigen Personen, die ihre politische Lage als unsicher einschätzen, weniger zu einer Überbewertung der eigenen Nation. Bei den Kontrollvariablen weisen das hohe Bildungsniveau einen negativ und das niedrige Bildungsniveau einen positiv signifikanten Einfluss auf den Nationalismusindex auf. Der Wert des Ebene-1-PRE- R^2 liegt bei 0,0512. Somit können 5,12 Prozent der Varianz auf der Individualebene durch die Aufnahme der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Deprivation sowie der Kontrollvariablen erklärt werden. Durch das Aufnehmen der Variablen zu politischer, wirtschaftlicher und sozialer Unsicherheit sowie der Kontrollvariablen können 10,33 Prozent der Varianz auf der Länderebene beschrieben werden. Zudem sinkt durch die Aufnahme der unabhängigen Variablen, die durch den Länderkontext maximal zu erzielende Varianzaufklärung auf 8,26 Prozent und es ergibt sich eine geringere verzerrte Schätzung von Standardfehlern als im Vormodell.

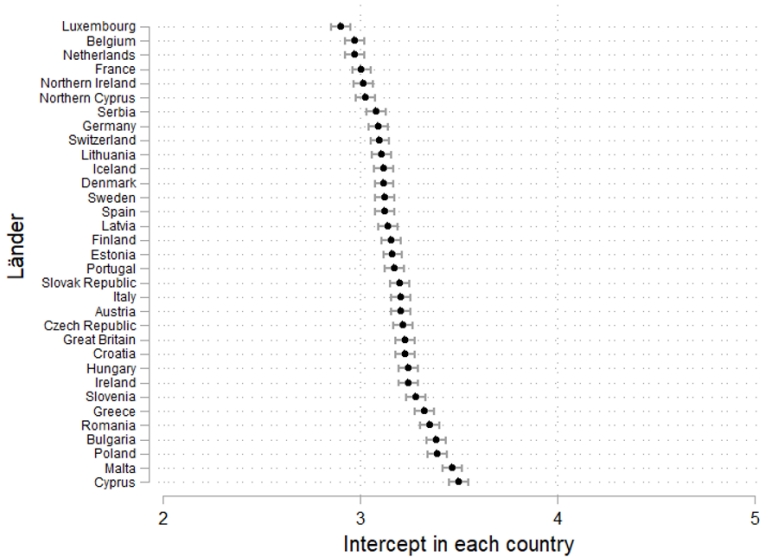
Im R-S-M wird zusätzlich geprüft, ob der geschätzte Testunterschied der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Deprivation zwischen den Ländern variiert. Um zu testen, ob sich das Modell durch die Aufnahme von Random Slopes signifikant verbessert hat, wird ein Likelihood-Ratio Test (LR-Test) angewandt mit dem Ergebnis, dass sich das Modell durch die Aufnahme der Random Slopes signifikant verbessert hat. Der Wert der Konstante bleibt signifikant positiv bei 3,1783. Ebenso weist die politische Deprivation einen negativen signifikanten Einfluss wie im Vormodell auf. Zudem bleibt der Einfluss der ökonomischen und sozialen Deprivation po-

sitiv. Auch bei den Kontrollvariablen ist der Effekt des hohen Bildungsniveaus negativ und beim niedrigen Bildungsniveau signifikant positiv. Das Geschlecht weist im Vergleich zum Vormodell einen signifikant negativen Einfluss auf. Der Wert des Ebene-1-PRE- R^2 steigt im Vergleich zum vorherigen Modell auf 0,0657. Dadurch können 6,57 Prozent der Varianz auf der Individualebene durch die Aufnahme der unabhängigen Variablen sowie der Kontrollvariablen beschrieben werden. Ebenso vergrößert sich der Wert der Ebene-2-PRE- R^2 auf 0,1033. Daraus folgt, dass 10,33 Prozent der Varianz auf der Länderebene im R-S-M durch das Aufnehmen der Variablen zu politischer, wirtschaftlicher und sozialer Unsicherheit sowie der Kontrollvariablen erklärt werden können. Im Hinblick auf die Intraklassenkorrelation sinkt die durch den Länderkontext maximal zu erzielende Varianzaufklärung auf 7,59 Prozent und daraus resultiert eine geringere verzerrte Schätzung von Standardfehlern im Vergleich zum Vormodell.

Im Hinblick auf die aufgestellten Hypothesen kann bei Betrachtung des R-I-M und des R-S-M nur bestätigt werden, dass Personen, die ihre ökonomische und soziale Lage als unsicher wahrnehmen, dazu neigen, ihre eigene Nation überzubewerten. Bei der Betrachtung der politischen Deprivation ist festzustellen, dass der Einfluss in die gegenteilige Richtung zeigt, denn eine niedrige politische Deprivation führen eher zu einer Überbewertung der eigenen Nation.

Bei der Betrachtung der länderspezifischen Konstanten in Abbildung 1 ist festzustellen, dass es zwar Unterschiede im Hinblick auf die Überbewertung der eigenen Nation zwischen den einzelnen Ländern gibt, diese sich jedoch nicht gravierend unterscheiden. Signifikante Unterschiede bestehen dabei hauptsächlich zwischen Ausreißern wie Zypern, wo die Überbewertung der eigenen Nation im Durchschnitt am höchsten, und Luxemburg, wo sie am niedrigsten ist.

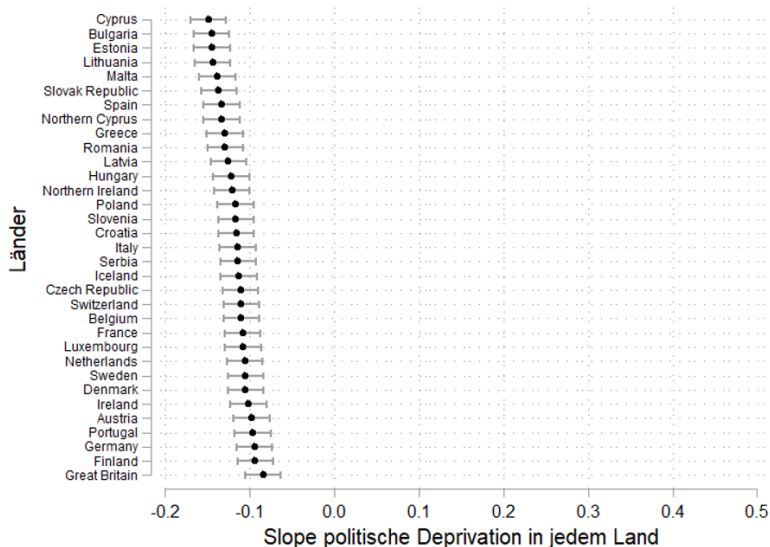
Abbildung 1: Random-Intercept des Nationalismusindex der einzelnen Länder



Quelle: Eigene Darstellung

In Abbildung 2 sind die Effekte des politischen Deprivationsindex nach Ländern aufgelistet. Dabei sind keine großen Unterschiede hinsichtlich des Einflusses der politischen Deprivation auf die Überbewertung der eigenen Nation zu erkennen – bis auf Zypern, wo der negative Einfluss der politischen Deprivation auf Nationalismus am stärksten ausgeprägt ist, und in Großbritannien, wo der negative Einfluss der politischen Deprivation am geringsten ist.

Abbildung 2: Random-Slope Effekt des Index zur politischen Deprivation zwischen den einzelnen Ländern mit dem Nationalismusindex als abhängige Variable



Quelle: Eigene Darstellung

Diskussion der Analyseergebnisse

Da im Hinblick auf die Analyseergebnisse die erste und die zweite Hypothese bestätigt werden konnten, werden diese zunächst auf theoretischer Basis diskutiert und anschließend werden mögliche Ursachen genannt, warum Menschen mit zunehmender politischer Deprivation weniger zu einer Überbewertung der eigenen Nation tendieren.

Individuen, die von gesellschaftlichem Wandel und Individualisierungsprozessen verunsichert sind, sind nach dem Deprivationsansatz für ein geschlossenes Weltbild, wie es der Nationalismus darstellt, besonders empfänglich. Um Orientierungssicherheit wiederherzustellen und durch das Bedürfnis nach einer positiven ökonomischen und sozialen Identität wird

dies durch die Aufwertung der eigenen und der Abwertung einer Fremdgruppe befriedigt. Die als Benachteiligung wahrgenommene Unzufriedenheit mit der eigenen ökonomischen und sozialen Situation führt aus diesem Grund zur Ausgrenzung. Vor allem die subjektive Wahrnehmung ist ausschlaggebend für die individuelle Reaktion, die jedoch nicht mit der objektiven Situation übereinstimmen muss. Der soziale und ökonomische Status wird als bedroht wahrgenommen und muss unter großem Aufwand erhalten werden. Die Identifikation mit einer herkunftsbezogenen Gemeinschaft und die damit einhergehende Abwertung von als anders festgelegten Gruppierungen dienen dabei dem Aufbau des Selbstwertgefühls. Die Wahrnehmung der ökonomisch-sozialen Position steht im Konflikt mit den tatsächlichen Ansprüchen und Wünschen, was sich in einem subjektiven Gefühl der Diskriminierung und Benachteiligung zeigt.

Im Gegensatz zum Deprivationsansatz geht die Desintegrationsthese auf die sozial relevanten Bereiche ein, in welchen Desintegration, Unzufriedenheit und dementsprechendes Verhalten entstehen. Hierbei stellen zunehmende Individualisierungstendenzen, das Bestreben nach Reizsuche und die Pluralisierung von Lebenschancen und Lebenslagen wichtige gesellschaftliche Merkmale dar. Desintegration auf der sozialen und ökonomischen Ebene löst vor allem dann eine Überbewertung der eigenen Nation aus, wenn die Integration in das soziale Umfeld und die Gesellschaft fehlschlägt. Dies führt zu einem Mangel an Anerkennung, was wiederum in Desintegrationserfahrungen resultiert, die sich in Nationalismus widerspiegeln können. Dies geschieht zum einen, um Orientierungssicherheit wiederherzustellen und auf der anderen Seite, um das erhöhte Bedürfnis nach einer positiven sozialen Identität zu befriedigen. Hier sind vor allem diejenigen Menschen betroffen, die von den negativen Eigenschaften der Individualisierung und Enttraditionalisierung betroffen sind und unter sozialer und ökonomischer Ausgrenzung leiden beziehungsweise Angst davor haben, von der Gesellschaft und dem sozialen Umfeld ausgegrenzt zu werden. Neben Nationalismus kann dies auch Ethnisierung, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt zur Folge haben.

Die politische Deprivation hingegen geht mit geringem Nationalismus einher. Die Effekte zwischen den Ländern unterscheiden sich dabei nicht signifikant. Daher kann eine länderspezifische Erklärung ausgeschlossen werden. Oliver Decker und Elmar Brähler fanden in ihrer Studie zu rechtsextremen Einstellungen in Deutschland heraus, dass gefestigte Rechtsextreme eine niedrigere politische Deprivation aufweisen, hingegen bei noch nicht gefestigter rechtsextremer Einstellung die politische Deprivation sehr hoch ist. Sie folgern daraus, dass gefestigte rechtsextreme Einstellungen das Gefühl politischer Ohnmacht aufheben kann (vgl. Decker & Brähler 2006: 127). Eine weitere mögliche Erklärung liegt darin, dass im Allgemeinen Postmaterialist*Innen, die in der Regel als progressiver gelten, nicht nur autoritäre Regierungsformen stark ablehnen, sondern auch Institutionen skeptischer gegenüberstehen. Sie lehnen vor allem hierarchische Institutionen wie Polizei, Kirche und Militär ab. Zudem setzen sie ihren Institutionen höhere Maßstäbe an und misstrauen ihnen, wenn ihnen diese nicht demokratisch genug sind. Infolge dessen kann die Befürwortung demokratischer Werte zu fehlendem Vertrauen gegenüber den demokratischen Institutionen führen (vgl. Bauknecht 2007: 27; Westle 1995: 235). Da die politische Deprivation hauptsächlich im Hinblick auf die politischen Institutionen gemessen wurde, kann ein niedriges Institutionenvertrauen mit einer rationalen Skepsis einhergehen, welche aus der Befürchtung über einen möglichen Amtsmissbrauch resultiert. So wird weniger auf die wertgeprägten Güter und Weisheiten der Leiter*Innen von Institutionen vertraut, sondern vielmehr auf die Sanktionsmechanismen der demokratischen Logik. Daher kann ein von Misstrauen gekennzeichnetes Verhältnis zu den etablierten Institutionen der Gesellschaft einen Nachweis für ein aufgeklärtes Demokratiebewusstsein darstellen (vgl. Krüger 1995: 246). Es kann davon ausgegangen werden, dass Personen, die kritischer mit den Institutionen im eigenen Land umgehen, dies auch kritischer im Hinblick auf ihre Nation tun, was ein Erklärungsgrund für das Analyseergebnis im Hinblick auf die politische Deprivation sein kann.

Fazit

In dieser Arbeit wurde auf die Frage eingegangen, ob soziale, politische und ökonomische Unsicherheit zu einer Überbewertung der eigenen Nation führt. Hierbei wurde festgestellt, dass ökonomische und soziale Unsicherheit in einer Überbewertung der eigenen Nation resultieren. Die politische Deprivation hingegen führt zu weniger Nationalismus, unabhängig von länderspezifischen Effekten. Dies kann auf der einen Seite darauf zurückzuführen sein, dass bei gefestigten Rechtsextremen die politische Deprivation eher gering ist und somit auch die politische Deprivation eher einen gegenteiligen Effekt hat und auf der anderen Seite, dass Postmaterialist*Innen, die auch den politischen Institutionen kritisch gegenüber stehen, diese Kritik gegenüber der Nation und dem Staat ebenfalls äußern.

Die unterschiedlichen Ergebnisse sind hierbei auf der einen Seite darauf zurückzuführen, dass keine länderübergreifenden Studien verfügbar sind und auf der anderen Seite auf die zu ungenaue Differenzierung des Konzeptes von Deprivation, wie es Rippl und Baier in ihrer Studie zum Deprivationskonzept in der Rechtsextremismusforschung kritisieren. Denn die Befunde sind zum Teil widersprüchlich und es gibt keine eindeutige Aussage dazu, wann welches der Deprivationskonzepte von besonderer Bedeutung ist. So fehlt auch eine umfassende Systematisierung und Bewertung der diversen Varianten des Deprivationsbegriffes (vgl. Rippl & Baier 2005: 645).

Im Hinblick auf das latente Konstrukt *Rechtsextremismus* nach Oepke, in welchem die Überbewertung der eigenen Nation einen Teilaspekt darstellt, und den Ergebnissen dieser Analyse, widersprechen sich die bisherigen Ergebnisse zum Teil. So wird in der Studie von Decker und Brähler *Vom Rand zur Mitte* sowie der von Decker, Weißmann, Kiess, Brähler verfassten Untersuchung mit dem Titel *Die Mitte in der Krise* festgestellt, dass Personen mit einer rechtsextremen Einstellung eine höhere soziale, politische und wirtschaftliche Deprivation aufweisen (vgl. Decker & Brähler 2006: 119 f.). Bei den Forschungsergebnissen der hier vorliegenden Untersuchung wurde jedoch festgestellt, dass nur eine höhere ökonomi-

sche und soziale Deprivation zu einer Überbewertung der eigenen Nation führt und im Gegensatz dazu die politische Deprivation mit einem geringeren Nationalismus einhergeht. Es muss jedoch auch angemerkt werden, dass die Überbewertung der eigenen Nation nur einen Teilaspekt des Konzepts von Rechtsextremismus darstellt. Eine weitergehende Auseinandersetzung mit den zuvor genannten Studien sollte den Einfluss von sozialer, wirtschaftlicher und politischer Deprivation auf einen Rechtsextremismusindex beinhaltet und die Aspekte Ausländerfeindlichkeit, Demokratiefeindlichkeit sowie die Überbewertung der eigenen Nation verbinden.

Literaturverzeichnis

- Arzheimer, Kai (2009): Contextual Factors and the Extreme Right Vote in Western Europe, 1980-2002. *American Journal of Political Science* 53(2): 259–275.
- Bauer, Werner T. (2010). Rechtspopulismus in Europa – Vergängliches Phänomen oder auf dem Weg zum politischen Mainstream? FES Internationale Politikanalyse. <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/07293.pdf> [30.11.2017].
- Bauknecht, Jürgen Jens (2007). Determinanten politischen und ökonomischen Vertrauens. http://www.ffg.tu-dortmund.de/cms/de/Publikationen/Buecher_Buchbeitraege_und_Zeitschriften/2013/Determinanten_politischen_und___-___konomischen_Vertrauens.pdf [31.07.2016].
- Decker, Oliver & Brähler, Elmar (2006): Vom Rand zur Mitte: Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung Forum Berlin.
- Decker, Oliver; Kiess, Johannes; Eggers, Eva & Brähler, Elmar (2016): Die Mitte-Studie 2016: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In: Brähler, Elmar; Decker, Oliver & Kiess, Johannes (Ed.): *Die enthemmte Mitte*. Gießen: Psychosozial-Verlag.

- Decker, Oliver; Langenbacher, Nora; Kiess, Johannes & Bräher, Elmar (2010): Die Mitte in der Krise: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung Forum Berlin.
- European Values Study (2013): European Values Study - 2008: Variable Report Germany. GESIS-Variable Reports No. 48, 2013. Köln: GESIS – Leibnitz Institute for the Social Sciences.
- Freedom House (2016). Freedom in the World 2008. Anxious Dictators, Wavering Democracies: Global Freedom under Pressure. <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/freedom-world-2016> [26.06.2016].
- Goldberger, Bernadette (2013): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit: Gesellschaftstheoretische und sozialpsychologische Erklärungsfaktoren basaler Zugehörigkeitskonflikte. Wien: Wiener Verlag für Sozialforschung.
- Heitmeyer, Wilhelm (1987): Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen: Empirische Ergebnisse und Erklärungsmuster einer Untersuchung zur politischen Sozialisation. Weinheim: Juventa-Verlag.
- Heitmeyer, Wilhelm & Anhut, Reimund (2000): Desintegration, Konflikt und Ethnisierung. Eine Problemanalyse und theoretische Rahmensektion. In: Heitmeyer, Wilhelm (Ed.): *Bedrohte Stadtgesellschaft*. Weinheim: Juventa-Verlag: 17–75.
- Helbling, Marc (2009): Nationalism and Democracy: Competing or Complementary Logics? *Living Reviews in Democracy* (1): 1–14.
- Krüger, Winfried (1995): Vertrauen in Institutionen. In: Hoffmann-Lange, Ursula (Ed.): *Jugend und Demokratie in Deutschland*. Opladen: Leske + Budrich: 245–274.
- Langer, Wolfgang (2010): Mehrebenenanalyse mit Querschnittsdaten. In: Wolf, Christof & Best, Henning (Ed.): *Handbuch der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften: 741–774.

- Nollmann, Gerd (1997): Konflikte in Interaktion, Gruppe und Organisation. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Oepke, Maren (2007): Rechtsextreme Einstellungen bei Jugendlichen in Mannheim und Leipzig: Einflüsse von sozialem Wandel, Schulbildung und elterlichen rechtsextremen Orientierungen. In: Biedermann, Horst; Oser, Fritz & Quesel, Carsten (Ed.): *Vom Gelingen und Scheitern politischer Bildung: Studien und Entwürfe*. Zürich: Rüegger: 333–343.
- Primo, David M.; Jacobsmeier, Matthew L. & Milyo, Jeffrey (2007): Estimating the Impact of State Policies and Institutions with Mixed-Level Data. *State Politics & Policy Quarterly* 7(4): 446–459.
- Quent, Matthias (2012): Mehrebenenanalyse rechtsextremer Einstellungen: Ursachen und Verbreitung in unterschiedlichen sozioökonomischen Regionen Hessens und Thüringens. Magdeburg: Meine Verlag.
- Rippl, Susanne & Baier, Dirk (2005): Das Deprivationskonzept in der Rechtsextremismusforschung. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 57(4): 644–666.
- Simon, Titus (1996): Raufhändel und Randalen: Sozialgeschichte aggressiver Jugendkulturen und pädagogischer Bemühungen vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Weinheim: Juventa-Verlag.
- Stöss, Richard (2010): Rechtsextremismus im Wandel. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Stromer, Anett (2013): Rechtsextreme Einstellungen sächsischer Jugendlicher. Marburg: Tectum Wissenschaftsverlag.
- Thurich, Eckart (2011): Pocket Politik: Demokratie in Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Westle, Bettina (1995): Nationale Identität und Nationalismus. In: Hoffmann-Lange, Ursula (Ed.): *Jugend und Demokratie in Deutschland*. Opladen: Leske + Budrich: 195–243.

Who Wants Which Europe?

The Role of Different Effects on Support for Aspects of European Integration

SABINE HOFMANN

Abstract

The support for European integration differs notably between individuals as well as between different member states. In this paper, several hypotheses concerning the varying support for European integration between both individuals and member states are analysed to give some explanation for these differences. After a description of the development of support for the European Union membership in general and further European integration, theories explaining support for European integration are presented. On the individual level, the economic situation, education, national identity and political orientation could influence the position on European integration. On the national level, financial transfers from the European Union and the rate of people with secondary education are included. Furthermore, recent controversial issues like the Euro, the free trade agreement with the USA or European enlargement could influence the support for European integration. Multilevel analyses using Eurobarometer data show that country specific factors have only a small effect. Factors on the individual level seem to be more important. Higher age, being female and especially having an exclusive national identity make support for European integration

less likely while a good economic situation, a centrist political self-placement and higher education have the opposite effect.

Keywords: European integration, multilevel modelling, EU attitudes, public opinion, socio-economic factors, political identity

Introduction

In September 2017, both the president of the European Commission Jean-Claude Juncker and the French president Emmanuel Macron gave speeches concerning the future development of the European Union. Both proposed a further European integration in several policy areas. In the area of trade, they are in favour of further trade agreements with better transparency. They also want to keep the high social and environmental standards of the European Union. Concerning energy policy, there should be a common reduction of carbon emissions (European Political Strategy Centre 2017: 3). Security is another area of further European integration. Both Juncker and Macron propose further cooperation against terrorism and for cybersecurity (European Political Strategy Centre 2017: 4). For a further cooperation on defence policy, Juncker proposes a Defence Union by 2025 while Macron is in favour of a common defence force with an own budget (European Political Strategy Centre 2017: 7). Additionally, the European Union should be further enlarged with the Western Balkan states as possible new members (European Political Strategy Centre 2017: 5). Concerning migration, they want to strengthen the European Union's borders by common protection. Legal possibilities for migration into the European Union should be created. Macron also proposes a European Asylum Office (European Political Strategy Centre 2017: 6). He also supposes convergence in social and tax models across European (European Political Strategy Centre 2017: 8). Both politicians see the Euro as a single currency of the European Union which means that the Eurozone has to be enlarged. They propose that there should be a minister coordination economic and financial policy on European level, with Juncker calling this

office “European Minister of Economy and Finance” (European Political Strategy Centre 2017: 9). Furthermore, they want the European Union to become more efficient and democratic (European Political Strategy Centre 2017: 10).

However, there is not so much unanimity between the leaders of the member states about the future development of the European Union and the recent proposals (Herszenhorn et al. 2017; de La Baume 2017; Bayer 2017). Additionally, the opinions between elites and the population can also be different (Raines et al. 2017: 15 ff.; Bayer 2017). How useful are broad visions of the future of the European Union in such a situation? How likely is the support for further European integration in the population of the European Union? Depending on the support, these visions could make the European Union more popular or cause further discontent. How diverse are the positions between the citizens and what factors cause these differences?

My paper tries to answer the question why there is variation in the support for European integration, both between individuals and member states. I first describe the development of support for both the European Union membership in general and further European integration. In the next section, theories explaining support for European integration are presented. These include perceiving the own economic situation as being good, being higher educated and not having an exclusive national identity or an extreme political orientation on an individual level. On a national level, a higher amount of financial transfers from the European Union and a lower rate of people with secondary education should make a higher support for further European integration more likely. Furthermore, recently controversial issues like the Euro, the free trade agreement with the USA or European enlargement should receive less support.

For analysing these factors, I mainly use data from the Eurobarometer which also include the support for further integration in the policy areas which Juncker and Macron mentioned. The results show that the previously mentioned variables indeed influence the support of further Euro-

pean integration in the assumed directions. Additionally, the Euro, a free trade agreement with the USA or further European enlargement are less supported than the other policy areas. However, the independent variables have an approximately similar effect on all policy areas. Country-specific factors only have a small or no significant impact on the support for further integration. Nevertheless, there are differences between the countries. The final section summarizes the main findings, mentions additional factors influencing support for further European integration and describes its meaning for the future development of the European Union.

Theory and Hypotheses

The Development of Support for European Integration

The support for the European Union in general as well as its further integration has been varying over time and member states. After its lowest point in 1981, the support for European integration increased almost constantly for a decade until 1991 (Eichenberg & Dalton 2007: 128 f.). The decreasing support after this year can be explained by the changes in the scope of European Integration by the Maastricht Treaty which was signed on the 7th February 1992 (Europäische Union 2017). It added political integration to the existing economic integration as well as the reduction and control of budget deficits to meet the compliance criteria for the developing European Monetary Union. Therefore, support for European integration became more than just perceiving economic benefits. The new integration measurements were not as approved as economic integration (Eichenberg & Dalton 2007: 132). Furthermore, the economic expectations, on which the support for European integration was based, were not fulfilled. This reduced the support for European integration further (Panebianco 2016: 25 f.). Moreover, the first large drop in general support of European Union membership happened at this time in France, Belgium, Germany, the United Kingdom, Portugal and Spain (Henjak et al. 2012: 173 f.). The decreasing support had also effects in referenda concerning the Maastricht Treaty. Only a slight majority of 51,1% of the participation pop-

ulation voted in favour of the treaty in France in 1992 while it was rejected in the first referendum in Denmark in the same year. The second referendum in the following year only had 56,8% of the votes supporting the treaty. On the other hand, 89,0% of the French and 72,6% of the Danish parliament voted for the Maastricht Treaty (Haller 2008: 10 ff.). This shows that there was a difference in support between politicians and population. Besides a lower level of support in Scandinavia, the United Kingdom and Austria, the support for the membership in the European Union remained stable from the early 1990s until the start of the recent financial and economic crisis in 2007 (Henjak et al. 2012: 173 ff.). Examples for the low support in Scandinavia are the referenda in Denmark and Sweden where joining the European Monetary Union was rejected. Furthermore, the referenda about joining the European Union 6 since the 1990s showed less support than the decisions in the respective parliaments (Haller 2008: 11 f.). Since 2007, the support for the membership in the European Union has been decreasing in Eastern and especially Southern Europe. On the other hand, the general support for policy integration in the European Union increased in all member states but especially in the Southern and Eastern ones. However the support for the Euro decreased in these countries and in the non-Eurozone member states. Overall, the non-Eurozone members show the least support in all areas (Hobolt & de Vries 2016: 147 ff.). Furthermore, trust in the European Union decreased sharply in Southern Europe while it remained stable or even increased in the generally least supporting non-Eurozone member states (Mungiu-Pippidi 2015: 116 f.; Armingeon & Ceka 2013: 92 ff.).

Which Factors Influence the Support for Further European Integration?

The cases of Greece, Spain and Portugal show how different factors influence support for the European Union itself as well as for European integration. In 2000, these countries received financial transfers and its population supported European integration (Hooghe & Marks 2005: 431). In

the Eurobarometer from 2013, these countries had the least trust in the European Union, due to the current financial crisis. Generally, a bad economic situation causes low trust in the European Union (Mungiu-Pippidi 2015: 116 ff.).

On the other hand, Southern European member states as well as Eastern European ones support further European policy integration. This could be caused by a wish for redistribution which could be an effect of further integration. Indeed, a higher sum of financial transfers from the European Union was positively related with support for European Integration (Brinegar & Jolly 2005: 177; Hooghe & Marks 2005: 431). Furthermore, people living in countries with higher debts are more supportive of financial aid measurements like Eurobonds or bailouts while being less supportive of consultations with European institutions about national budgets (Daniele & Geys 2014: 663). Therefore, expected benefits could increase the support for European integration while the loss of national sovereignty could decrease it. Indeed, countries with a worse economy see the European Union as a means to improve their own economic situation. This is the case both in Southern (Haller 2008: 227 f.) and Eastern European member states (Haller 2008: 233 f.). A growing economy increases support for European integration (Henjak et al. 2012: 202 f.), as well as a positive evaluation of the own and the country's economic situation by an individual. Especially the opinion that the European Union itself is good for the own economic situation increases the support for integration (Verhaegen et al. 2014: 306 f.). However, when being an European Union member does not improve the economic situation, discontent with the European Union can occur, especially for people who did not trust their national governments before the crisis (Armingeon & Ceka 2013: 99 f.). This explains why the support for European integration was larger in Southern Europe than in Western Europe until 2004 and has been decreasing in the former since then while it remained stable in the latter (Verhaegen et al. 2014: 303). Usually, approval for the national government increases support for European integration (Boomgaarden et al. 2011: 254) while approval of the political system

increases support for the European Union membership because information about the national political situation replaces the missing information about European Union politics (Anderson 1998: 590 f.). Interestingly, people in the member states which accessed between 2004 and 2007 are more supporting of European integration than the founding members (Anderson 1998: 306 f.) despite having a worse economic situation. Maybe they still see economic benefits in being European Union members because the crisis did not affect them as much as the Southern European member states. Furthermore, these countries seem to perceive the European Union as a corrective for their national governments which they do not trust (Mungiu-Pippidi 2015: 119). On the other hand, the richer Scandinavian member states, Austria and the United Kingdom view(ed) the European Union as necessary but do not show much support for it (Haller 2008: 221). It seems that there are national factors besides the general economic situation. The average support for European integration across all policy areas is the lowest in Scandinavia, the United Kingdom and Austria while it is the highest in large parts of Eastern and Southern Europe (Magalhaes 2012a: 229). Furthermore, elites perceive more benefits from the European Union for their respective country than citizens (Haller 2008: 21 ff.). The lower capacity of financial transfers of the European Union compared to those within the member states and the unclear attribution of benefits could cause this.

Nevertheless, a more positive judgement of the own economic situation and living in a country receiving a higher rate of financial transfers seems to increase the support for further European integration, since these factors make benefits from European integration more likely.

H1: When the personal economic situation is evaluated more positively, the support for more European integration is higher.

H2: When the rate of financial transfers is higher in a country, the support for more European integration is higher.

Support of European integration based on expected economic benefits could also be affected by education and occupation status. According to the Heckscher-Ohlin model, the owners of abundant resources profit from economic liberalisation caused by European integration. Lesser educated people from richer countries with high levels of education could fear that they would lose their jobs to cheaper concurrence from poorer countries with many less educated workers. Contrary, good educated people with well-paid jobs from richer countries should support European integration (Tiemann et al. 2011: 58 f.). Indeed, professionals and managers in richer countries are more supportive than manual workers as well as higher educated people in all countries (Hooghe & Marks 2005: 434) since education generally improves the labour market situation of an individual (Henjak et al. 2012: 207 f.). Better educated people are also more likely to see a positive effect of the European Union on economic growth and reducing unemployment (Haller 2008: 254) and to support a deepening of the European Union (Hobolt 2014: 674 f.) while people with a lower education are more in favour of returning powers of the European Union back to the member states (Raines et al. 2017: 24 f.). A lower rate of people who finished secondary education in a member state increases the support for European integration in a country because they could enter new markets. On the other hand, skilled people could fear losing their advantage on holding scarce factors of production. Therefore, there would be less support for European integration among them in countries with fewer people with completed secondary education, although they could be still more supportive than less skilled manual workers (Brinegar & Jolly 2005: 159 ff.). Indeed, manual workers are overall less supportive of European integration than managers or students (Verhaegen et al. 2014: 305 ff.). Furthermore, education strengthens the positive effect of receiving financial transfers from the European Union (Chalmers & Dellmuth 2015: 401 f.). Overall, a higher education should increase the support for further European integration, since it makes benefits from European integration more likely.

H3: When the level of education is higher, the support for more European integration is higher.

However, manual workers in countries with a lower rate of people with completed secondary education could profit from European integration because they could work in countries with higher wages. Therefore, the difference in support between more and less educated people should be smaller than in countries with a higher rate of people with completed secondary education. Nevertheless, higher educated people are generally more supportive of the European Union, even in countries with a lower rate of people with completed secondary education (Brinegar & Jolly 2005: 161 ff.).

H4: When the rate of people with completed secondary education in a country is lower, the support for more European integration is higher.

Besides consideration about possible benefits from European Union membership, identity is an important factor in determining the support for the European Union in general as well as its integration. People with an exclusive national identity, which means being only attached to a nation but not to Europe, mostly do not support the European Union in general while a majority of the people who only have an attachment to Europe or both support the European Union do (Carey 2002: 402). Additionally, an attachment only with the nation and not with the European Union at all, lowers the support for European integration (Hooghe & Marks 2005: 433 ff.; Magalhaes 2012b: 125 ff.). People with such an identity could have the feeling that their national identity could be threatened by European integration since the national state loses competence to the European Union and cannot pursue its own interests as easily as before (Hooghe & Marks 2005: 423). The influence of identity varies between the different member states (Fuchs 2011: 231 ff.). A collective European identity could legitimise the power transfer from the national to the European level because

people would feel as strongly attached to their national governments as they would be with an exclusive national identity (Magalhaes 2012b: 119). The type of identity also interacts with the financial transfers a country receives. Except exclusive national identity, the more European the identity of a person is, the stronger is the effect of the transfers his country receives from the European Union (Chalmers & Dellmuth 2015: 400 f.). Besides the general self-identification, the fear of losing the national identity also varies between the countries and has sometimes more influence than having an European identity (Fuchs 2011: 231 ff.). However, economic concerns seem to have a stronger influence (McLaren 2004: 908), at least in most countries (Fuchs 2011: 236). Especially in countries that benefitted from the European Union like Greece, Spain or Portugal, such fears existed but did not decrease the support for the European Union (McLaren 2004: 899). However, these countries suffered most from the financial and economic crisis since 2007, thus, the economic benefits might not balance the fear of losing the own national identity for people with an exclusive national identity anymore.

H5: An exclusionary national identity decreases the support for more European integration.

Political ideology is also important for determining the support for European integration. People who place themselves on the centre right are more supportive than people on the centre left. People on both political extremes show the least support (Henjak et al. 2012: 207 f.). The lower support of people on the centre-left can be explained at least recently by the effects of the current financial and economic crisis. The following austerity measurements caused a decrease in welfare and general government spending which could reduce the support of people who are in favour of these kinds of spending (Armingeon & Ceka 2013: 95 f.). People who place themselves at the extreme left should be even less supportive of such measurements. People on the right could interpret their self-placement as being against immigration. They could perceive people from other groups as

a cultural threat for their own group. Since European integration brings different European groups closer together, people with such fear reject European integration to avoid contact with out-groups (de Vreese & Boomgaarden 2005: 64 f.).

H6: A more centrist ideological self-placement increases the support for the European Union.

Moreover, the support for the European integration depends on the issue. In the areas development cooperation policy, science and technology policy, foreign policy, environmental policy, fighting organized crime and currency, the support for further European integration is higher than for the areas social security, worker rights, education policy, media and culture, which most people do not support (Eichenberg & Dalton 2007: 141; Magalhaes 2012a: 228). The support for the latter ones even decreased after the Maastricht treaty while the support for the other areas increased. Therefore, the discussion about the Maastricht treaty emphasized the support and rejection of European integration in the different areas (Eichenberg & Dalton 2007: 141). There are also differences in support for rather recent issues of European integration. An exclusionary national identity decreases the probability of supporting the Euro. While its effect was stable during the crisis outside the Eurozone, it became less important within the Eurozone. Economic concerns seem to be more important for those people who were more affected by the financial crisis (Hobolt & Wratil 2015: 248 ff.). The difference between Eurozone members and other member states is also visible in the general support for the Euro. During the crisis, the support for the common currency only decreases in the states outside the Eurozone, especially in those who rejected the Euro voluntarily. The latter non-Eurozone countries are only the only one whose citizens think that their country handled the crisis better than the European Union. In the rest of the European Union, the national government are perceived as less competent than the European Union. Furthermore, they might fear that the consequences of abandoning the Euro are worse than keeping it.

Therefore, these countries still support monetary integration despite the crisis (Hobolt 2015: 58 ff.).

Another part of further European integration is the further enlargement of the European Union. Higher educated people with an European identity are more supportive than people with who feel their national identity is threatened. Furthermore, feeling economically threatened makes support for an enlargement of the European Union also less likely (Dixon 2010: 142).

Since the support for more European integration varies between the different policy areas, I think there is a difference in the support for European policy areas like foreign policy or internal freedom of movement on the one hand and current issues like the monetary union, a free trade agreement with the USA or further European enlargement especially in the case of Turkey which became controversial in the last years. Contrary to the first mentioned policy areas, there seems to be discontent in the population.

H7: The support for recently important issues is lower than for other policy areas concerning European integration.

Additionally to the general differences in support for controversial and non-controversial policy areas, the factors determining overall support in further European integration should also have influence on the respective policy areas. Furthermore, I assume that the direction of the effects should be the same. Therefore, the first six hypotheses also apply for the more controversial policy areas of further European integration as well as for the other areas. Since there are not so many studies analysing all current 28 member states, a comparison between the individuals in the countries as well as between the countries themselves should be interesting, especially since there are differences between the rather supportive Southern and Eastern European member states and the least supportive Scandinavian countries and the United Kingdom.

Operationalisation

To test my hypotheses, I mainly use data by the latest Eurobarometer 87.3 from May 2017 (European Commission 2017). The dependent variable, the support for further European integration, is measured by the question “What is your opinion on each of the following statements? Please tell me for each statement, whether you are for it or against it.” I create an index which sums up the answers for the nine different categories: a monetary union, a common foreign policy, further enlargement of the European Union, a common defence and security policy, a free trade agreement between the European Union and the US, a common policy on migration, a common energy policy, a digital single market and the free movement of European Union citizens (European Communities 2017: 17 f.). Every answer in favour of a statement is counted as 1. Therefore, the index varies from 0 to 9. To examine the support for more and less controversial areas of European integration, I created two other indices. Analyses of the support for all the single policy areas would be too extensive. The index for the issues where I expect less support contains opinions on the economic and monetary union including the Euro, further enlargement of the European Union and a free trade agreement with the USA while the other index contains the other policy areas. All indices are divided by the number of policy areas they contain to allow independent examinations of the influence of the independent variables.

For the independent variable education, I use the age when the respondent stopped full time education. Exclusionary national identity is a dummy variable which has the value 1 for respondents who only mention their national identity and do not see themselves as European at all. People who identify themselves both with their nation and Europe, only Europe or none are coded with the value 0. The personal economic situation consists of the added values for the judgements for the personal job situation and the financial situation of the household. For both parts, the answers are “very good”, “rather good”, “rather bad” or “very bad” (European Communities 2017: 5). The higher the value of the variable is,

the worse the personal economic situation. For the rate of people with completed secondary education, I use data by Eurostat from the year 2016, which includes all people between the age of 15 and 64 (Eurostat 2017). The financial transfers of a country are the result of the funding a country receives from the European Union less its respective contributions. The data are provided by the European Commission from the financial report of 2015 (European Commission 2016). The political position is measured by the ideological self-placement on a left-right scale which goes from 1 to 10. Because of the focus on centrist versus extreme positions, a new dummy variable is created. It has the value 0 for the left-right scale values 1-2 and 9-10. Value 1 covers the other positions in the centre. People who do not know their political position or do not answer get no value. As control variables, I add age and gender since these factors also have influence on the support for the European Union. Older people and women are more sceptical towards the European Union (Lubbers & Scheepers 2010: 799 f.). A higher age lowers the trust in the European Union (Brinegar & Jolly 2005: 176). All of these variables are taken from the latest Eurobarometer. Age, education and the rate of people with finished secondary education are centred since they do not start at zero.

Analysis

Since I want to examine both individual and aggregate level, I use a multilevel model calculated with Stata. This type of model analyses data on different hierarchic levels with two regressions and two different residual variances. I assume that variables on both levels interact with each other. Using this model, no weights can be included because it would make the model too complicated, except for the basic models where I use a weight for the 28 current member states. The weight is part of the dataset and recommended for analyses including several member states (European Commission 2017). Furthermore, I used two other models for the different kinds of policies concerning European integration based on the different dependent variables I mentioned in the previous section.

Because I only want to include respondents who live in member states of the European Union, I drop those from the Turkish part of Cyprus, the Republic of Macedonia, Montenegro, Serbia and Albania from the Eurobarometer data. I do the same with observations from Iceland, Norway, the Republic of Macedonia and Turkey in the Eurostat data concerning the rate of people with completed secondary education.

To merge the two datasets, a common variable is necessary. I use country abbreviations for all datasets to keep it simple. Since the Eurostat data does not differentiate between Western and Eastern Germany as well as Northern Ireland and Great Britain, I combine the respective values for Germany and the United Kingdom in the Eurobarometer dataset. After merging the two data sets, I also add the financial transfers from the European Union to the dataset. The final combined dataset contains 16.958 observations after deleting missing observations which is a common practice in research.

Before calculating a multilevel model, I do a linear regression with a weight for the member states which has to be omitted from the further models. All variables except education are significant in this model. However, the influence of financial transfers from the European Union is positive but very small. Having a centrist political position has a small positive effect on support for European integration while all other variables have a negative effect. Especially people who have an exclusive national identity are less likely to support further European integration.

The intra-class coefficient, which describes the similarity between individual observations in the same group, of the random-intercept-only-model, which only consists of the constant, shows that about 7% of the variance can be explained by influences from the respective countries. In this kind of model, the intercepts between the regressions of the different levels' intercepts can vary and the strengths of the effect are assumed to be fixed. An analysis containing only variables on the individual level in a random intercept model shows that all of them have a significant effect on the attitude towards further European integration in general, even education

which was insignificant previously. More educated people and those who have no extreme political position are more likely to support a further European integration. Contrary, the other variables are all likely to decrease the support for further overall European integration. A higher age has the smallest negative effect on the support for further European integration. The largest effect is having an exclusively national identity. It decreases the support for further European integration strongly. Adding variables on country level has almost no effect on the variables used in the previous model. The additional variables measuring the rate of people with completed secondary education in a country and the rate of European Union funds versus contributions are not significant.

Since it is not likely that the effects are the same in the different member states, I do random slope models with slopes for different independent variables on individual level except age, gender and political ideology which would make the models too complicated. The likelihood ratio-tests show that including random slopes improves the models. The final model combines random slopes for all individual-level variables except age, gender and political ideology. Although there could be fixed effects of the respective countries on the individual, the models in this paper assume that there are individual specific effects. The results are similar to the other models. The country-level variables are not significant while the individual-level variables are (Table 1). Respondents who have a higher education or a more centrist political position are likely to support further European integration. On the other hand, a worse economic situation, a higher age, being female and especially having an exclusive national identity have the opposite effect. There is also variation between the countries, for all variables with random slopes. Therefore, the first, the third, the fifth and the sixth hypothesis can be confirmed. A higher education, a good evaluation of the own economic situation and a more centrist political position make further support for further European integration more likely while an exclusive national identity decreases the likelihood for support. Overall, the country level variables are insignificant across all models.

Therefore, the second and the fourth hypothesis cannot be confirmed. Neither the rate of financial transfers nor the share of people with completed secondary education have a significant influence on the support of further European integration.

Visualisations of the constants and the effects of the variables allow an interpretation of the general support for further European integration and the influence of the variables between the different countries. The visualisation of the constants supports the findings mentioned in the theoretical section of this essay that the United Kingdom, Austria and the Scandinavian countries are the least supporting member states concerning further European integration (see appendix, graph 1). Interestingly, the Czech Republic has an equally low rate of support and thus differs from the other Eastern European member states. The highest support show Eastern and Southern European member states, especially Lithuania, Greece, Slovakia and Slovenia, as well as Germany.

The effects of an exclusive national identity are negative in all member states. However, there are also differences in their strength (see appendix, graph 4). They are strongest in Italy, Bulgaria and the United Kingdom with Italy having the strongest effect. The weakest effects of identity are in Portugal, Sweden, Latvia and Romania. Therefore, a pattern following geographical regions or year of accession is not visible. The visualisation of the effects of education share that a higher education does not always make support for further European integration more likely (see appendix, graph 5). In the cases of Hungary, Greece and Sweden, the whole confidence interval is below zero with Hungary being a negative outlier. On the other hand, the positive effect of education on the support for general further European integration is the strongest in the United Kingdom, Poland, Bel-

Table 1: Regression of models

	Model 1 support	Model 2 support1	Model 3 support2
main			
Education	0.00217* (0.000867)	0.000436 (0.00103)	0.00298*** (0.000882)
National Identity	-0.144*** (0.00953)	-0.132*** (0.0119)	-0.150*** (0.0103)
Economic Situation	-0.0249*** (0.00239)	-0.0276*** (0.00312)	-0.0235*** (0.00245)
Central Political Position	0.0189*** (0.00505)	0.00558 (0.00627)	0.0256*** (0.00556)
Control Variables			
Age	-0.000492*** (0.000125)	-0.00116*** (0.000155)	-0.000158 (0.000137)
Female	-0.0230*** (0.00377)	-0.0246*** (0.00469)	-0.0222*** (0.00416)
Secondary Education	-0.00149 (0.00134)	-0.00144 (0.00168)	-0.00113 (0.00129)
Transfers	0.00000346 (0.00000291)	0.00000749* (0.00000363)	0.000000332 (0.00000279)
Constant	0.751*** (0.0158)	0.650*** (0.0205)	0.802*** (0.0155)
Components of Variance			
$\sigma_{1_1_1}$	-5.574*** (0.216)	-5.417*** (0.247)	-5.592*** (0.221)
$\sigma_{1_1_2}$	-3.105*** (0.168)	-2.881*** (0.169)	-3.035*** (0.169)

	Model 1 support	Model 2 support1	Model 3 support2
σ 1_1_3	-4.652*** (0.234)	-4.350*** (0.231)	-4.677*** (0.263)
σ 1_1_4	-2.429*** (0.154)	-2.109*** (0.154)	-2.462*** (0.161)
$\rho(\sigma)$ 1_1_1_1_2	-0.173 (0.258)	0.0354 (0.253)	-0.295 (0.279)
$\rho(\sigma)$ 1_1_1_1_3	0.179 (0.290)	0.224 (0.275)	0.280 (0.339)
$\rho(\sigma)$ 1_1_1_1_4	-0.270 (0.240)	-0.291 (0.246)	-0.250 (0.252)
$\rho(\sigma)$ 1_1_1_2_3	0.133 (0.284)	0.266 (0.282)	0.173 (0.303)
$\rho(\sigma)$ 1_1_1_2_4	-0.115 (0.231)	-0.388 (0.231)	-0.00867 (0.245)
$\rho(\sigma)$ 1_1_1_3_4	-0.621* (0.250)	-0.732** (0.248)	-0.682* (0.266)
$\sigma \epsilon^2$	-1.414*** (0.00545)	-1.197*** (0.00545)	-1.317*** (0.00545)
N	16958	16958	16958

Notes: standard errors in parentheses.

Statistical significance level: *** $p < 0.01$, ** $p < 0.05$, * $p < 0.1$.

Source: own calculation.

gium, Bulgaria and Slovakia. In the cases of Germany, Croatia, Slovenia, Latvia, Estonia and Lithuania, the confidence interval spans across both positive and negative values which make the effect insignificant in these member states. The effects of a bad personal economic situation are also negative in all member states but smaller than those of an exclusive national identity. The largest effects are in Slovakia and Italy. Denmark, Sweden, Cyprus, Spain, the United Kingdom and Finland show the least strongest effects (see appendix, graph 6). Interestingly, these groups includes most of the countries with the respondents who are least supporting European integration. It seems that in these countries, the low support for European integration is present regardless of the economic situation. An overview over the distribution of the dependent variable shows that most people support a majority of the proposals concerning further European integration. However, none of the proposals cover the rather unpopular integration in the areas social policy, education and culture (Eichenberg & Dalton 2007: 141 f.). Most proposals are supported by around two thirds of the respondents. The free movement of citizens is supported by 84% of the respondents while a common defence policy and a common energy policy reach over 70% support. However, the issues which were assumed as more controversial are supported by fewer respondents. 62% of them support a common economic and monetary Union with the Euro. A free trade agreement between the European Union and the USA is only supported by 59% of the respondents while a future European Union enlargement is supported by a minority of 43%. Therefore, the seventh hypothesis is confirmed. Areas of further European integration which are recently discussed are less supported than other areas. Since I am also interested in the effects of the variables from the previous models on different types of European integration, I also calculate models for the two dependent variables encompassing different kinds of further European integration, namely more and less supported policy areas. Thereby, the impact of the first six hypotheses is also analysed for the two separated parts of further European integration. In the basic model for support for the economic

and monetary union, a free trade agreement with the USA or further European enlargement without multilevel effects, all variables except education and gender are significant. Like in the previous model, financial transfers have a very small positive effect. A centrist ideological self-placement also make support for further European integration in these areas more likely. An exclusionary national identity decreases the probability for supporting further European integration strongly. All other variables are negative but have a smaller effect. When a random intercept model is calculated, the intra-class coefficient shows that about 8% of the variance can be explained by influences from the respective countries. Like in the previous models, the weight cannot be included anymore. A random intercept model which includes only individual level variables shows no different to the first model for this kind of support for European integration except that gender becomes significant again. Adding country level variables, the effects of individual level variables stay the same. The effect of financial transfers is small and significant while the share of people with completed secondary education has no significant effect. Random slope models with respectively one random slope show improvement to the previous models. However, the effect of the variables stays approximately the same. The same applies to a model with two random slopes. The final model with three random slopes for education, national identity and economic situation is an improvement on the other models but does not show important differences. The main finding from models concerning support for further European integration on rather controversial issues is the insignificance of education on individual level and the political position on the one side and the very small but significant effect of financial transfers on the other side (Table 1). Having an exclusive national identity has still the strongest effect and makes support for further European integration in these areas less likely. All in all, the first, the second and the fifth hypothesis can be confirmed for this model. The visualisation shows that the support for the more controversial parts of further European integration is noticeably smaller in all countries (see appendix, graph 2). Like in

the model for general support, the Scandinavian countries, Austria, the United Kingdom and the Czech Republic are the least supporting countries with the latter one having the lowest value. Additionally, the support for these areas of further European integration is also low among respondents from Luxemburg. However, Finland does not belong to this group now. Besides Austria and Luxemburg, all of these countries are outside the Eurozone. Therefore, the low support could be explained by the rejection of the Euro in these countries. On the other end of the graph, Lithuania, Italy and Romania are the most supportive of this kind of European integration. Romania is also a member state outside the Eurozone but seems to be more supportive of these areas of European integration. Compared to the general support of further policy integration, the differences between the countries are higher.

The influence of having an exclusive national identity is the largest in Italy, Bulgaria and Greece (see appendix, graph 7) while it becomes smaller in the United Kingdom. In Latvia, Sweden, the Netherlands and Finland, the identity has the smallest effect. Concerning the effects of the evaluation of the personal economic situation, the variance between the countries is larger than in the previous model (see appendix, graph 8). The effect of the variable is notably stronger in Italy and Portugal than in the other member states. On the other hand, it is rather weak in Denmark, Spain, Sweden, the United Kingdom and Luxemburg. In the basic model for the less controversial areas of further European integration, the effect of education is significant and positive again. However, age and financial transfers are not significant. Besides having a centrist political position, all the other variables have a negative effect on support for this category of European integration. The intra-class coefficient of the random-intercept-only-model shows that about 6% of the variance can be explained by influences from the respective countries. In the random-intercept-model with all the variables on individual level, age is still not significant. A model with additional country-level variables shows no difference for the individual-level variables but also no significance for the added variables.

The random slope models show almost no difference in the coefficients and significance but improvement to the previous models. This also applies to the final model with three random slopes for education, national identity and economic situation (Table 1). Age and the country-level variables are still insignificant. A centrist political position and better education make support for further European integration in these policy areas more likely while the other variables, especially an exclusive national identity, have the opposite effect. Like in the first model, the first, the third, the fifth and the sixth hypothesis can be confirmed. On the other hand, the second and the fourth hypothesis, which assume effects on country-level, cannot be confirmed due to the insignificance of the respective variables. The visualisation illustrates the higher support for further European integration in these policy areas. Like in the previous models, respondents from the Scandinavian countries, the United Kingdom and Austria show lower rates of support for these policy fields of further European integration (see appendix, graph 3). The Czech Republic is still one of the less supporting countries but shows more support than in the previous models. On the other side, Greece, Germany, Slovenia and Slovakia are the most supportive countries. Generally, the differences between the countries are approximately as large as in the first model but not as large as in the model concerning the more controversial parts of European integration. The influence of having an exclusive national identity has the largest effect in the United Kingdom and Italy. While the effect in the United Kingdom becomes stronger again, it decreases in the case of Bulgaria and Greece. It has the least impact in Portugal, Romania, Lithuania and Latvia (see appendix, graph 9). Overall, the general effect of this variable stays similar across the models and seems to have no connection to geographic region or year of accession. In this model, the evaluation of the personal economic situation has its strongest effect in Slovakia and the Czech Republic while it has the weakest effect in Finland and Denmark (see appendix, graph 10). There is less variation between the effects across the member states than in the previous model. Contrary to the first model, the group of

countries with the weakest effect is now a mix of more and less eurosceptic countries. Like in the first model, education has a mixed effect for the support of further European integration in more popular policy areas (see appendix, graph 11). Having a higher education decreases the support in Hungary and Sweden while it has the opposite effect in Poland, the United Kingdom and Belgium. In Germany, Greece, Estonia, Lithuania, Croatia and Latvia, the confidence interval spans across both positive and negative values again, which makes the effect of education insignificant in these countries. There is also no geographic or temporal pattern for the effects of this variable. All in all, individual-level factors seem to influence the attitude towards further European integration. The most important factor is having an exclusive national identity which makes a support for plans concerning European integration in general less likely. There is variation of the effects of national identity, economic situation and education across the countries with education being insignificant in the recently discussed policy areas of European integration. Dividing the policy areas of further European integration in one more and one less controversial part shows that the general support across the European Union member states is smaller for the more controversial policies. Concerning the variation in support across the member states, the Scandinavian countries, the United Kingdom, Austria and the Czech Republic are generally the least supportive countries of further European integration while most Southern and Eastern member states show the largest support. Interestingly, the financial crisis did not cause a lower support for further European integration in Southern Europe. Maybe European integration could be seen as necessary to improve the current situation. On the other side, the countries with the lowest support were the same ones which showed the lowest support already more than 20 years ago. The interesting case is the Czech Republic which has the same low support today as these member states. Together with Poland, this country differs from the other more supportive Eastern European member states. However, it must be considered that the questionnaire formulated the policy areas for further European integration

rather broadly. Therefore, different respondents could understand different things when they hear about a common foreign or migration policy.

Conclusion

This paper showed that only the individual-level factors were significant or had a notable effect on the support for further European integration. Since only 6 to 8% of the variation could be explained from country-level effects, individual factors are most important in determining the support for further European integration. A good economic situation, a central political self-placement and higher education make the support more likely while higher age, being female and especially having an exclusive national identity make support for European integration less likely. Nevertheless, there is variation between the average attitude of the member states. Therefore, there must be some other country specific factors which influence the opinions on the future development of the European Union. For example, an elite which is divided over the issue of further European integration is likely to decrease the support in the population because people often follow the opinion of a party they feel close to (Hooghe & Marks 2005: 425 f.). The size of a country or the time since it has been part of the European Union or the Eurozone could have an influence. The latter factors could also be observed over time. Additionally, the welfare system interacts with the political position. In countries with a large welfare state, more left people fear that the high standard will decrease due to integration while people on the right side of the political spectrum are in favour of lower standards (Hooghe & Marks 2005: 436). Generally, using a left to right variable for the political spectrum would be interesting. Having authoritarian values also decreases the support for European integration (Raines et al. 2017: 24 ff.). Furthermore, the origin of having an exclusive national identity, the most important factor in the analysis, is also an interesting issue for further exploration. This paper includes three models: One for support for all areas of further European integration together and two for different parts of the first model. Analyses for the single areas of support

would be interesting for further research. Especially the less popular policy areas of further European integration showed some variation between the single member states. Therefore, analysing them singularly could give more insights in the factors influencing support for the respective parts of further European integration. But what do these findings imply for the process of further European integration? The proposals from the Eurobarometer were mostly supported but they did not include policy areas like social policy or culture in which integration is seen as unpopular. Should European integration only be furthered in popular areas? A restriction to rather popular issues might increase the support for the European Union itself since the population would see benefits of their country being a member state. However, comprehensive proposals like the ones from Jean-Claude Juncker and Emmanuel Macron would be hard to implement since they include rather unpopular measurements like further enlargement of the European Union and the Eurozone. Single parts like a common defence or energy policy could be realised with more support. There seems to be a distinction between broader visions which give a rough direction of the further development of the European Union and some concrete parts of them which can be implemented.

References

- Anderson, Christoph J. (1998): When in Doubt, Use Proxies. *Comparative Political Studies* 31(5): 569–601.
- Armingeon, Klaus & Ceka, Besir (2013): The Loss of Trust in the European Union During the Great Recession Since 2007: The Role of Heuristics From the National Political System. *European Union Politics* 15(1): 82–107.
- Bayer, Lili (2017). EU Divisions on the Eastern Front: EU's Newest Members Split on Future of the Eurozone and Greater Integration. <http://www.politico.eu/article/eu-divisions-eastern-integration-romania-bulgaria-croatia-poland-hungary-czech-republic/> [10.10.2017].

- Boomgaarden, Hajo G.; Schuck, Andreas R. T.; Elenbaas, Matthijs & de Vreese, Claes H. (2011): Mapping EU Attitudes: Conceptual and Empirical Dimensions of Euroscepticism and EU Support. *European Union Politics* 12(2): 241–266.
- Brinegar, Adam P. & Jolly, Seth K. (2005): Location, Location, Location: National Contextual Factors and Public Support for European Integration. *European Union Politics* 6(2): 155–180.
- Carey, Sean (2002): Undivided Loyalties. *European Union Politics* 3(4): 387–413.
- Chalmers, Adam William & Dellmuth, Lisa Maria (2015): Fiscal Redistribution and Public Support for European Integration. *European Union Politics* 16(3): 386–407.
- Daniele, Gianmarco & Geys, Benny (2014): Public Support for European Fiscal Integration in Times of Crisis. *Journal of European Public Policy* 22(5): 650–670.
- de La Baume, Maïa (2017). Juncker Chides ‘Ignorant’ EU Leaders for Criticizing His Speech: The Dutch and Danish Leaders Described the Commission President’s Proposals Last Week as Unnecessary. <http://www.politico.eu/article/jean-claude-juncker-chides-ignorant-eu-leaders-for-criticizing-his-state-of-union-speech/> [03.10.2017].
- de Vreese, Claes H. & Boomgaarden, Hajo G. (2005): Projecting EU Referendums: Fear of Immigration and Support for European Integration. *European Union Politics* 6(1): 59–82.
- Dixon, Jeffrey C. (2010): Opposition to Enlargement as a Symbolic Defence of Group Position: Multilevel Analyses of Attitudes Toward Candidates’ Entries in the EU–25. *The British Journal of Sociology* 61: 127–154.
- Eichenberg, Richard C. & Dalton, Russell J. (2007): Post-Maastricht Blues: The Transformation of Citizen Support for European Integration, 1973–2004. *Acta Politica* 42(2): 128–152.

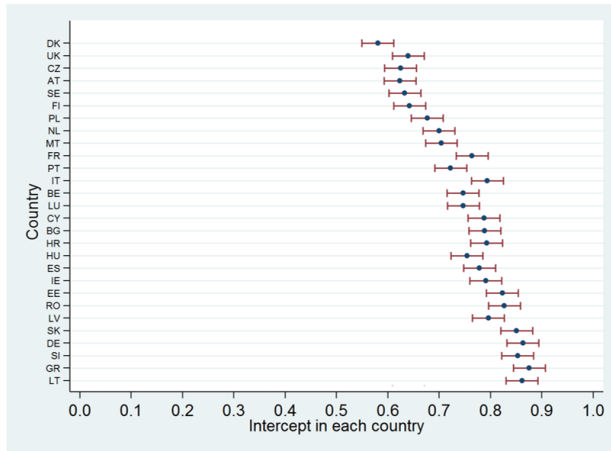
- Europäische Union (2017). EU-Verträge. https://europa.eu/european-union/law/treaties_de [31.08.2017].
- European Commission (2016). EU Budget 2015: Financial Report 2015 - European Commission. http://ec.europa.eu/budget/financialreport/2015/foreword/index_en.html [02.08.2017].
- European Commission, Brussels (2017). Eurobarometer 87.3 (2017): ZA6863 Data file Version 1.0.0.
- European Communities (2017): Eurobarometer 87.3 May 2017 Basic Bilingual Questionnaire TNS Opinion. Luxembourg: Office for Official Publications of the European Communities.
- European Political Strategy Centre (2017). Two Visions, One Direction: Plans for the Future of Europe Speech as Laid Out in President Juncker's State of the Union Speech and President Macron's Address Initiative for Europe. https://ec.europa.eu/epsc/sites/epsc/files/epsc_-_two_visions_one_direction_-_plans_for_the_future_of_europe.pdf [01.10.2017].
- Eurostat (2017). Population by Educational Attainment Level, Sex and Age (%) - Main Indicators.
- Fuchs, Dieter (2011): Explaining Support for European Integration: An Attitudinal Model. In: Fuchs, Dieter & Klingemann, Hans-Dieter (Ed.): *Cultural Diversity, European Identity and the Legitimacy of the EU*. Cheltenham: Elgar: 220–240.
- Haller, Max (2008): *European Integration as an Elite Process: The Failure of a Dream?* New York: Routledge.
- Henjak, Andrija; Toka, Gabor & Sanders, David (2012): Support for European Integration. In: Sanders, David; Magalhaes, Pedro C. & Toka, Gabor (Ed.): *Citizens and the European Polity*. Oxford: Oxford University Press: 167–211.
- Herszenhorn, David M.; Eder, Florian & Plucinska, Joanna (2017). Talk of Tallinn, Empty Except for the Calories.

- <http://www.politico.eu/article/talk-of-tallinn-empty-except-for-the-calories/> [01.10.2017].
- Hobolt, Sara B. (2014): Ever Closer or Ever Wider? Public Attitudes Towards Further Enlargement and Integration in the European Union. *Journal of European Public Policy* 21(5): 664–680.
- Hobolt, Sara B. (2015): Public Attitudes Towards the Euro Crisis. In: Cramme, Olaf & Hobolt, Sara Binzer (Ed.): *Democratic Politics in a European Union Under Stress*. Corby: Oxford University Press: 48–66.
- Hobolt, Sara B. & de Vries, Catherine E. (2016): Public Support for European Integration. *Annual Review of Political Science* 19(1): 413–432.
- Hobolt, Sara B. & Wratil, Christopher (2015): Public Opinion and the Crisis: The Dynamics of Support for the Euro. *Journal of European Public Policy* 22(2): 238–256.
- Hooghe, Liesbet & Marks, Gary (2005): Calculation, Community and Cues: Public Opinion on European Integration. *European Union Politics* 6(4): 419–443.
- Lubbers, Marcel & Scheepers, Peer (2010): Divergent Trends of Euroscepticism in Countries and Regions of the European Union. *European Journal of Political Research* 49(6): 787–817.
- Magalhaes, Pedro C. (2012a): Europe à la Carte? Public Support for Policy Integration in an Enlarged European Union. In: Sanders, David; Magalhaes, Pedro C. & Toka, Gabor (Ed.): *Citizens and the European Polity*. Oxford: Oxford University Press: 212–244.
- Magalhaes, Pedro C. (2012b): The Scope of Government of the European Union: Citizens' Support for a More Powerful EU. In: Sanders, David; Bellucci, Paolo; Toka, Gabor & Torcal, Mariano (Ed.): *The Europeanization of National Politics?* Oxford and New York: Oxford University Press: 113–136.
- McLaren, Lauren M. (2004): Opposition to European Integration and Fear of Loss of National Identity: Debunking a Basic Assumption Regarding Hostility to the Integration Project. *European Journal of*

- Political Research* 43(6): 895–912.
- Mungiu-Pippidi, Alina (2015): Fixing Europe Is About Performance, Not Democracy. *Global Policy* 6(1): 115–126.
- Panebianco, Stefania (2016): European Citizenship and European Identity: From Treaty Provisions to Public Opinion Attitudes. In: Moxon-Browne, Edward (Ed.): *Who are the Europeans now?* London: Routledge: 18–36.
- Raines, Thomas; Goodwin, Matthew & Cutts, David (2017). The Future of Europe: Comparing Public and Elite Attitudes. www.chathamhouse.org/sites/files/chathamhouse/publications/research/2017-06-20-future-europe-attitudes-raines-goodwin-cutts-final.pdf [11.10.2017].
- Tiemann, Guido; Treib, Oliver & Wimmel, Andreas (2011): Die EU und ihre Bürger. Wien: Facultas-Verl.
- Verhaegen, Soetkin; Hooghe, Marc & Quintelier, Ellen (2014): European Identity and Support for European Integration: A Matter of Perceived Economic Benefits? *Kyklos* 67(2): 295–314.

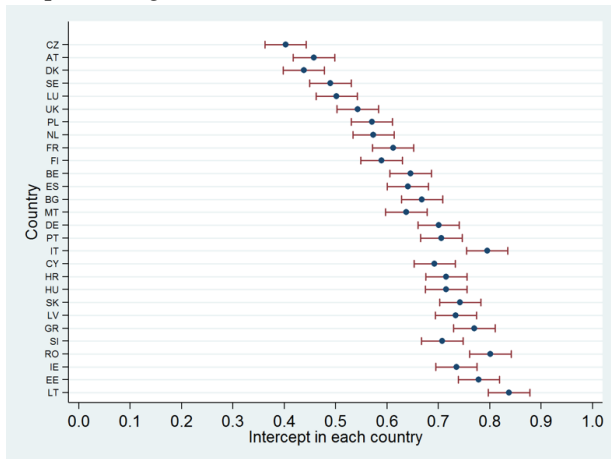
Appendix

Graph 1: Intercept in each country for support of European integration.



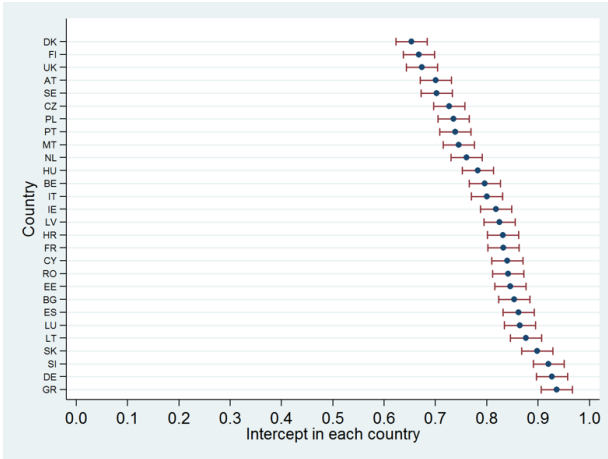
Source: own representation

Graph 2: Intercept in each country for support of controversial issues of further European integration.



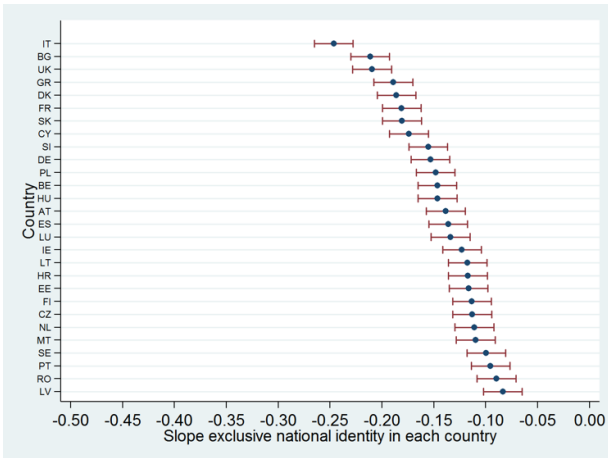
Source: own representation

Graph 3: Intercept in each country for support of less controversial issues of further European integration.



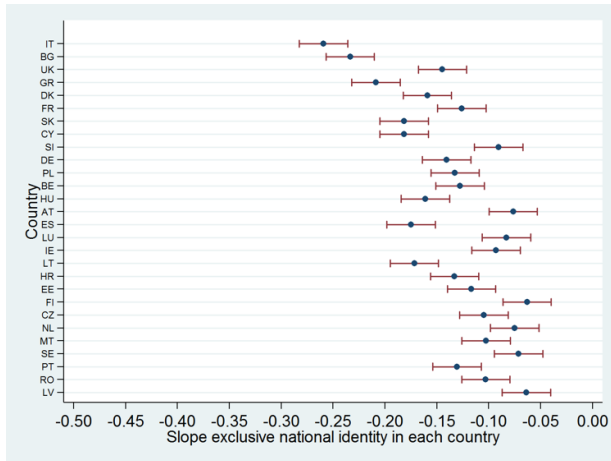
Source: own representation

Graph 4: Slope in each country for support of further European integration.



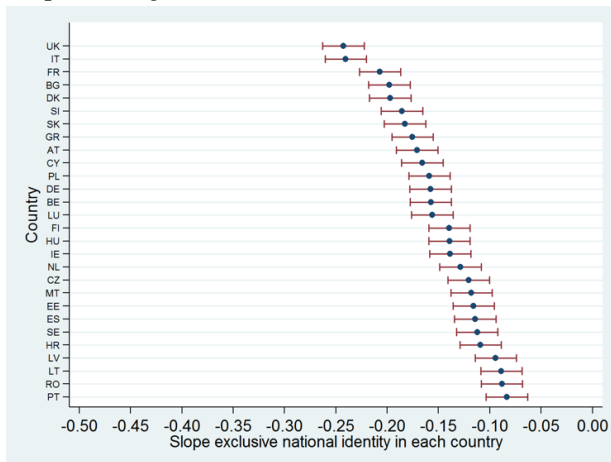
Source: own representation

Graph 5: Slope in each country for support of more controversial issues of further European integration.



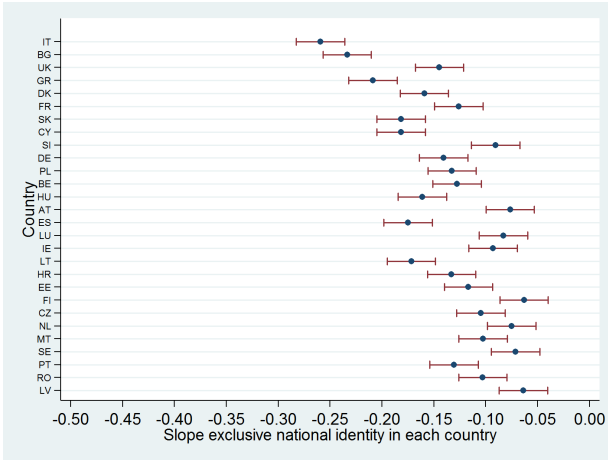
Source: own representation

Graph 6: Slope in each country for support of less controversial issues of further European integration.



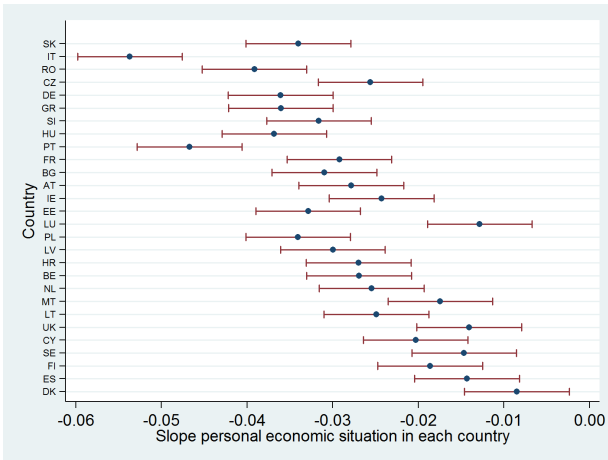
Source: own representation

Graph 7: Slope of exclusive national identity in each country for support of more controversial issues of further European integration.



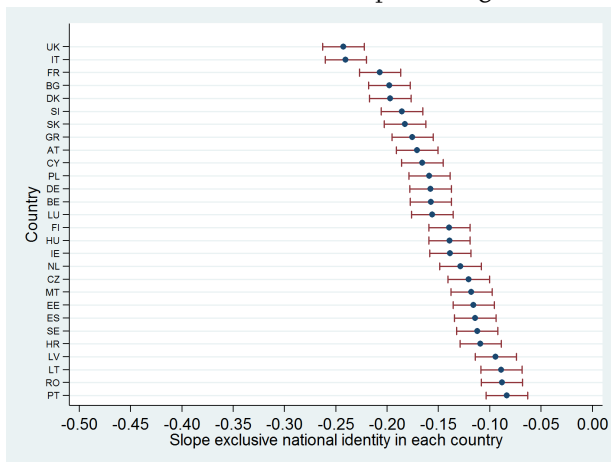
Source: own representation

Graph 8: Slope of personal economic situation in each country for support of more controversial issues of further European integration.



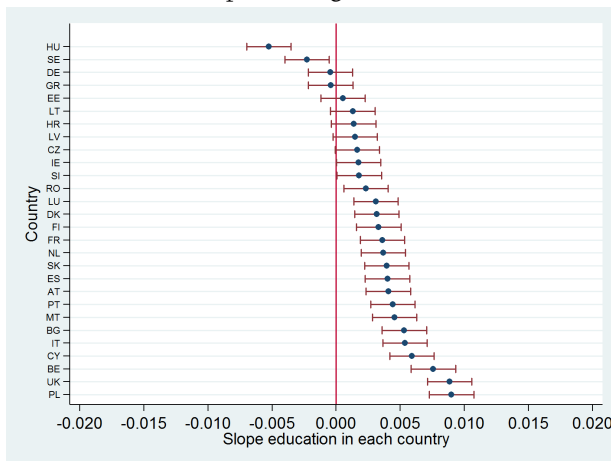
Source: own representation

Graph 9: Slope of exclusive national identity in each country for support of less controversial issues of further European integration.



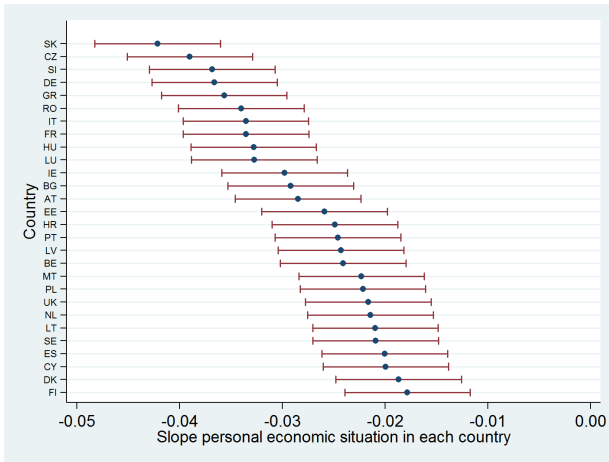
Source: own representation

Graph 10: Slope of education in each country for support of less controversial issues of further European integration.



Source: own representation

Graph 11: Slope of personal economic situation in each country for support of less controversial issues of further European integration.



Source: own representation

Autorinnen und Autoren

Thomas Bollwein, M.A., studierte Politikwissenschaften an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg. Er schloss das Studium mit einem Master of Arts ab und promoviert seit Januar 2018 als externer Doktorand bei Prof. Dr. Olaf Struck in Soziologie und arbeitet beim Bayerischen Flüchtlingsrat. Seit November 2018 ist er Promotionsstipendiat der Hans-Böckler-Stiftung. Seine Dissertation trägt den Titel „Der Einfluss wohlfahrtsstaatlicher Institutionen auf rechtsextreme Einstellungen – eine Mehrebenenanalyse“.

Sabine Hofmann, M.A., studierte Politikwissenschaft in Mannheim und Bamberg. Ihre Forschungsinteressen lagen in den Bereichen Vergleichende Politikwissenschaft und Statistik. Nach der Beendigung ihres Studiums als M.A. arbeitet sie als Datenanalystin im Raum Frankfurt.

Dominik Huf, B.A., studiert Soziologie an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg. Im Wintersemester 2019/20 begann er sein Master Studium. Seine Forschungsinteressen liegen im Bereich soziologischer Theorie sowie Europäischen- und globalen Studien. Er ist außerdem als freier Autor tätig. Der vorliegende Beitrag entspringt einer Seminararbeit zum Thema „Soziologie des Imperialismus“.

Kathrina Schafhauser, (Dipl.-Ing. (FH) Forstwirtschaft) arbeitet als freiberufliche Försterin und staatlich zertifizierte Waldpädagogin. Sie berät private Waldbesitzer, bietet Fortbildungen für Erwachsene, Workshops und Vorträge zum Thema Nachhaltigkeit an. Im Rahmen ihres Masterstudiums Erwachsenenbildung und Weiterbildung befasst sie sich mit Bildung für nachhaltige Entwicklung in unterschiedlichen pädagogischen Kontexten.

Annika Schubert, M.Sc., hat Soziologie an der Universität Bamberg und der London School of Economics and Political Science studiert. Derzeit schließt sie einen zweiten Master in Survey Statistik an der Universität Bamberg ab. Ihre Forschungsinteressen liegen im Bereich der sozialwissenschaftlichen Umweltforschung mit Schwerpunkt Klimawandelforschung sowie Methoden der quantitativen Sozialforschung. Der vorliegende Beitrag ist eine revidierte Fassung ihrer 2017 an der Universität Bamberg eingereichten Bachelorarbeit.

Jakob Wiesinger, B.A., studiert im Anschluss an seine Berufsausbildung zum Elektroniker für Geräte und Systeme Soziologie im Master an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg. Seine Forschungsinteressen liegen im Bereich der Technik- und Mediensoziologie. Im Zentrum dieser Beschäftigung stehen Fragen der Transformation von Öffentlichkeit, Wohlfahrtsstaaten und Legitimationsmuster der Demokratie. Die Arbeit entstand während seines Bachelorstudiums im Rahmen des Seminars „Soziologie der Globalisierung und der Weltgesellschaft“.

Studentische Schriften zu den Sozialwissenschaften

Die Studentischen Schriften zu den Sozialwissenschaften (SSS) stellen eine Plattform für Studierende und Studierendengruppen der Otto-Friedrich-Universität Bamberg dar, herausragende wissenschaftliche und wissenschaftsunterstützende Arbeiten zu veröffentlichen. Diese landen in den meisten Fällen nur in irgendwelchen Schubladen und geraten, neben den AutorInnen, meist nur zum Korrekturlesen und zur Begutachtung unter die Augen anderer Personen. Um ebendiesen Arbeiten zu einem weiteren Publikum zu verhelfen, stehen die SSS bereit.

Als Beiträge sind Schriften aus allen Disziplinen der Sozialwissenschaften und angrenzender Fachbereiche willkommen. Insbesondere die Auslotung von Grenzen und das bewusste interdisziplinäre Arbeiten stehen für die Innovationskraft studentischer Arbeiten. Eben dieser blinde Fleck der etablierten Wissenschaftslandschaft kann durch die SSS beseitigt und ein Lernprozess für NachwuchswissenschaftlerInnen initiiert werden. Hierdurch werden Anstöße zur eigenständigen Auseinandersetzung mit neuen Forschungsfeldern, -methoden und -verständnissen gegeben.

Neben der offenen und innovationssuchenden, inhaltlichen Dimension steht vor allem der Lernprozess für NachwuchswissenschaftlerInnen im Vordergrund. Studierende kommen dabei häufig zum ersten Mal mit dem Publikationsprozess etablierter Wissenschaftsformate in Kontakt. So werden zur Qualitätssicherung der einzelnen Beiträge studentische Peer-Reviews sowie Reviews durch den wissenschaftlicher Beirat eingesetzt. Dadurch ist gewährleistet, dass an allen Stationen des Herstellungsprozesses des Werkes studentische Arbeitskraft, Kreativität und Ideen einfließen und wissenschaftliche Standards eingehalten werden.



University
of Bamberg
Press

Das Wiederaufleben des Nationalismus führt Gesellschaften in ein zunehmend angespanntes Verhältnis mit den Herausforderungen einer globalisierten Welt. Dieser Sammelband beinhaltet herausragende Beiträge Bamberger Studentinnen und Studenten zu dem Thema Nationalismus und Globalisierung. Das Thema bot die Möglichkeit, sowohl Nahes als auch Fernes in allen Facetten sozialwissenschaftlicher Theorien und Methoden zu beleuchten. Diese Vielfalt an Möglichkeiten wurde von unseren Autorinnen und Autoren genutzt: Der Bogen der Disziplinen lässt sich von der Erwachsenenbildung über die Politikwissenschaft bis hin zur Soziologie spannen. Auch die Bezüge erstrecken sich von lokalen über europäische bis hin zu globalen Blickwinkeln. Damit findet sich die Breite der studentischen Interessen in den studentischen Schriften zu den Sozialwissenschaften wieder.

Die erste Hälfte des Sammelbandes beinhaltet theoriegeleitete Ausarbeitungen zu einem möglichen Bildungskonzept zur Förderung von Nachhaltigkeit, der Entwicklung des Wohlfahrtsstaates, unter Bedingungen zunehmender technischer Möglichkeiten und der Frage nach der imperialen Qualität globaler Strukturen. Die zweite Hälfte liefert empiriebasierte Analysen zu der Rolle sozialer, ökonomischer und politischer Unsicherheit für die Bewertung der eigenen Nation in Europa, dem Einfluss von Religiosität auf Einstellungen zum Klimawandel und abschließend von Faktoren der Unterstützung einer zunehmenden europäischen Integration.

Der zweite Band der Reihe Studentische Schriften zu den Sozialwissenschaften setzt damit die erfolgreiche Geschichte des ersten Bandes fort, Studierenden der Sozialwissenschaften eine Plattform zu bieten, wissenschaftlich tätig zu werden und unter fachkundigem Coaching erste Erfahrungen mit dem Publikationsprozess zu sammeln.

ISBN 978-3-86309-734-9



9 783863 097349

www.uni-bamberg.de/ubp